DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

196 | 18. JAHRGANG | Januar 2001 | 8,00 DM / 4,00 Euro

»Arsch mit Ohren« jetzt auch patentwürdig?

Gen-Money-Polution

Es schmeckt deftig und wirkt wie ein knock-out. Die Rede ist von »Skunk« aus Holland – so beurteilen leidenschaftliche KifferInnen den Stoff ihrer Träume. »Skunk« ist holländisches Edelmarihuana und... wahrscheinlich genmanipuliert. Übrig bleibt ein schales Gefühl und ein hirnloser Rausch, aber im Labor manipulierte »Alternativen« zu Rauschmitteln der Natur kommen heutzutage offensichtlich wohl nicht nur in Form blöd machender Ecstasy-Pillen, sondern auch als Gras.

Von Kurt Regenauer aus Heidelberg ● Die Mehrzahl von uns hat wahrscheinlich schon gentechnisch beeinflusstes Zeug zu sich genommen, ohne dass wir's wollten oder wussten. Da hätten wir schon »mit der Lupe in den Supermarkt« (*siehe auch unser Schwerpunktartikel auf S. 7*) gehen müssen und wären auch so bebrillt nicht schlauer geworden: irgendwie heißt es jetzt, mit den fraglich befummelten Genen zu leben, denn sie sind längst da.

Das Internetforum unserer Kollegen von www.LifeScience.de

Inzwischen *reicht* es längst nicht mehr, wie etwa *noch vor 10/20* Jahren, die so befasste Wissenschaft als Wegbereiterin einer Sackgassentechnologie zu kritisieren, denn der Punkt ist ja schon erreicht, wo sie sein wollten und ihre so fabrizierten Gene mendeln freilich munter herum. Patente wurden erteilt und irreversible Weichen gestellt. Jetzt ist der medizinische Nutzen so hergestellter Präparate keine Heilsversprechung gewiefter Lobbyisten mehr. Wenn die Nächsten sterben, werden solche Medikationen selbstverständlich gebraucht. Dann sind sie vom Totschlagargument zur letzten Hoffnung geworden.

Also stellen wir uns wohl besser ein etwa auf Walfische, die in unserem Aquarium schwimmen können. Ist ja auch niedlich und »Save the whales« war doch schon immer unser Slogan. Denn das reine Schokkiert-Sein führt nur zur religiösen Erstarrung. Die reine »Ehrfurcht vor der Kreatur« wird wohl dann lediglich zur Ehrfurcht vor ihren SchöpferInnen, die ja jetzt schon hemmungslos und dann noch viel mehr klonen und manipulieren können. Jawohl: die »Büchse der Pandora« ist längst offen und wir alle dürfen sie auslöffeln.

Heutzutage besteht die Schwierigkeit schon längst eher darin, nachzuweisen, wo gar nichts, aber auch überhaupt nichts gentechnisch Verändertes drin ist (*siehe unser Artikel auf S. 10*). Im Freiland Angebautes macht natürlich nicht an Grundstückgrenzen halt. *Pollen fliegt durch die Luft und Bienen schwärmen aus:* der BUND versucht daher bereits heute, ein Nachbarschaftsvertragswerk zu entwickeln, nach dem gentechnikfreie Inseln aufgebaut werden können. Solche Aktionsgemeinschaften *Faire Nachbarschaft* finden ihre Grenzen aber selbstredend auch wieder da, wo dann doch Freisetzungen stattfinden und sind auch keine ewigen Bollwerke gegen einmal in den Kreislauf der Natur Hineingegangenes.

Wichtig ist daher ebenso das Wissen über die ökonomischen Hintergründe des ganzen Gen-Tech-Hypes. Eine Handvoll Firmen versucht, unsere künftige Versorgung mit Lebensmitteln in den Griff zu kriegen. Fünf Konzerne, die auf dem internationalen Markt ihr Hybridsaatgut vertreiben, setzen voll auf Genmanipulation.

Dafür werden Patente angemeldet und in der Propaganda Überbevölkerungsfantasien bemüht. Die traurige Realität ist dann aber eine totale Abhängigkeit »vom Acker bis an den Tellerrand«, bei der die Monopole genau vorschreiben, wann und wie viele Pflanzen der »gläserne Landwirt« anbaut und – einmal Gen-Keimlinge, immer Genware – die Grundfläche samt Nachbarterrain einer »transgenen« (wirklich gentechnikfreien) Nutzung entzogen wird. Sie wollen uns »natürlich nur« retten und schaffen in Wirklichkeit aus uns »ihren Frankenstein«, dem sie ihr »soilent green« als Lebenselixier veräußern.

Vielleicht müssen wir einfach kontern. Befassen sich doch mal »unsere« Bio-Gen-Tech-Leute mit der Patentierung und anschließenden Produktion eines »Arsch mit Ohren«. Schließlich hatte sich doch schon einmal ein relevanter deutscher Entscheidungsträger in der bloßen Karikatur eines solchen A... erkannt und uns bleibt nur zu treten. Und darüber nachzudenken mit welchem wirklichen Ziel und welchen tatsächlichen Alternativen ich jetzt noch zutrete... ●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

SCHWERPUNKTTHEMA

Auf's Kleingedruckte achten: Mit der Lupe in den Supermarkt
Patentierung von Saatgut
Die Bauern in der Zange Seite 7
»Ja« zu Gen-Mais: Vertrauen ist alles
Hunger und Patente Seite 8
Biobauern in der Zwickmühle
Mit Monsanto im Dialog Seite 9
Nur, wo Gentech draufsteht...?
Dreschflegel Saatgut: Sorten sanft selektieren Seite 10

AUS DEM INHALT:

BEILAGENHINWEIS

Dieser Ausgabe liegt erstmals die Zeitschrift »Ö-Punkte« bei. Dieser »Infodienst für UmweltakteurInnen« soll von nun an vierteljährlich der CONTRASTE beigelegt werden – als zusätzlicher Service und sicherlich wertvolle Ergänzung für viele LeserInnen.

TÜRKEI

Mindestens dreissig Tote hat die Zwangsverlegung politischer Gefangener in die neuen Knäste des »F-Typ« in der Türkei gefordert. Trotz dieser »Operation«, die von der türkischen Regierung unter der Bezeichnung »Rückkehr zum Leben« durchgeführt wurde, befinden sich noch 2.018 Personen im Todesfasten und Hungerstreik. Seite 3

ISRAEL/PALÄSTINA

Seit dem von 1.000 Soldaten begleiteten provokativen Rundgang des rechtsextremen israelischen Politikers Ariel Sharon auf dem Gebiet der Al-Aqsa-Moschee am 28. September 2000 herrscht in den von Israel besetzten Gebieten Krieg. Bericht zur Lage der Menschenrechte in Israel/Palästina auf Seite 4.

ITALIEN

Im Abruzzenstädtchen Guardiagrele gibt es seit einigen Monaten eine neue Währung mit dem Namen »Simec«. Um der italienischen Notenbank nicht ins Gehege zu kommen, tragen die Scheine den Aufdruck »Besitz des Überbringers«. Mehr über eine wundersame Kaufkraftvermehrung auf Seite 5.

GELDORDNUNG

Mitte der 90er Jahre musste der Bund fast ein Viertel seiner Steuereinnahmen für den Zinsendienst aufwenden, weit mehr als für die vielgeschmähten Militärausgaben. Warum unsere Geldordnung den sozialen Frieden gefährdet – dazu Helmut Creutz auf Seite 6.

EU-GIPFEL IN NIZZA

»Tous Ensemble – Alle Gemeinsam!« war der Schlachtruf der DemonstrantInnen gegen den EU-Gipfel in Nizza. Immer deutlicher wird das Vorhaben der Regierungen – der Abbau der Sozialstandards. Bericht auf Seite 10.

GENOSSENSCHAFTEN

Im vergangenen Jahr wurde der Gesamtverband Deutscher Konsumgenossenschaften (GDK) mit dem Ziel gegründet, seine Mitglieder national und international zu vertreten, damit sie sich im rauhen Klima von Preiskrieg und Globalisierung behaupten können. Mit 150 Jahren ist die Konsumgenossenschaft Sachsen-Nord die älteste in Deutschland. Seite 13

www.contraste.org

D 8008

ETHISCHE GELDANLAGEN UND BANKEN IN DER KRITIK:

Knallharte Profitorientierung ?

Die Ökobank ist pleite, ein Weiterbetrieb nur möglich, weil die Volks- und Raiffeisenbanken den Vorstand übernommen haben. Werbung für ethische Geldanlagen konzentrieren sich immer mehr auf die zu erwartende Rendite, die Projekte werden über die Köpfe der Menschen hinweg geplant und umgesetzt. Das weckt immer mehr Widersprüche, die Kapitalisierung ökologischer Ideen gräbt sich immer sehr das Grab. Darüber können auch schöne Begriffe nicht hinwegtäuschen, auch was »ökologisch«, »alternativ«, »ethisch« oder »genossenschaftlich« heißt, kann knallharte Profitorientierung sein.

Jörg Bergstedt, Red. Umweltschutz von unten ● Das wichtigste Beispiel zur Zeit ist die Ökobank. Am 18.11. fand deren VertreterInnenversammlung statt. Ziel der Versammlung war nur eines: Den Kurs der harten Sanierung und der Übernahme der Ökobank durch die Volks- und Raiffeisenbanken absegnen zu lassen. Das war schon Fakt, denn der Sanierungsvertrag überträgt alle wesentlichen Rechte der Bank auf die VR-Bankkreise einschließlich des Rechtes auf Auflösung der Ökobank durch Erklärung des Scheiterns der Sanierung.

Entsprechend verlief die Versammlung. Die Debatte hatte Alibicharakter, Vorstand und Aufsichtsrat warten auf das Ende der Versammlung, drängten auf die zügige Abwicklung der Tagesordnung, um dann unter sich und pseudodemokratisch legitimiert weitermachen zu können. Am deutlichsten wurde das bei den wiederholten Antworten auf Fragen der VertreterInnen (immerhin das ranghöchste Gremium der Ökobank), die mit Verweisen auf Datenschutz oder Sätze wie »Verlassen Sie sich drauf, dass wir das im Griff haben« abgespeist wurden.

Einige Einzelvorgänge sind erwähnenswert und zeigen, wo die Ökobank gelandet ist. Das anwesende Publikum wirkte wie das Podium auch nicht mehr wie eine Versammlung etablierter Ex-Linker, sondern einfach klassisch wie die neue gesellschaftliche Mitte. Leute aus sozialen oder Umweltverbänden usw. waren kaum anwesend. Die Ökobank ist eine Bank, die mit dem Label »Öko« auf KundInnenfang geht. Mehr nicht.

● Der Prüfungsbericht des Genossenschaftsverband war niederschmetternd. Er bezeichnete fast alle organisatorischen Einheiten als fehlerhaft organisiert usw.

● Bereits 1997 war in einem Vermerk des Aufsichtsrates zum Geschäftsbericht zu lesen, dass die Bevorzugung von Großprojekten als problematisch bewertet würde. Ein Jahr später erfolgt die Anweisung an den Vorstand, sich stärker um Klein- und Mittelprojekte zu kümmern. Es war also alles bekannt, gehandelt hat niemand.

● Zitate zum Selbstverständnis der Ökobank: Vorstand *Wolfram Herath* (kommt von VR-Banken) auf die Frage, ob alleinerziehenden Personen passende Arbeitsstellen weiter angeboten würden: »Die Menschen müssen sich jetzt nach dem Unternehmen richten«. Aufsichtsrat *Jochen Mende* (DER Vorzeige-Ex-Linke dort): »Ich teile die Befürchtung, dass inhaltliche Prämissen in der kommenden Zeit hintanstehen müssen« und »Bitte nehmt zur Kenntnis: Die Ökobank ist kein selbstverwalteter Betrieb. Sie ist ein ganz normales Unternehmen«.

● Vor allem ältere Menschen im Publikum (aber insgesamt nur wenige) bemängelten den inhaltlichen Verlust. Einer befürchtete, dass der Label Ökobank künftig nur noch wegen der Werbewirkung erhalten bleiben würde, die Bank selbst aber nichts mehr davon aufweisen würde.

● Bei nur einen Wortbeitrag, der darauf hinwies, dass mehr zu bemängeln sei als Einzelfehler einzelner Personen in Geschäftsvorgängen und »Ökobank wird immer mehr zu einer kapitalistischen, ...

Fortsetzung auf Seite 4

AKTION 2001: ERFOLGREICHER START IN DAS NEUE JAHRTAUSEND

Nun doch kein Bankraub !

»Gibt es einen Markt für Alternative Medien ???« hatten wir in unserem Spendenaufruf und in unserer Ausgabe vom Dezember unsere LeserInnen gefragt und an die Solidarität und Unterstützung der Menschen appelliert, die eine Zeitung wie CONTRASTE als Forum und Medium der Gegenöffentlichkeit zu schätzen wissen. Der Erfolg unseres Aufrufes war überwältigend. Ihr habt das vorausberechnete Defizit für das Jahr 2001 in Höhe von 5.600 DM schon jetzt bereinigt und wir konnten durch die eingegangenen Spenden auch einen Teil unserer Altschulden aus vergangenen Jahren tilgen. Der schon ins Auge gefasste Bankraub – unter unserem Aufruf gab es Termine für die Unterweisung in die Technik und Ausführung eines solchen – konnte so gerade nochmal verhindert werden. Uns jedenfalls gibt die Solidarität unserer LeserInnen das Gefühl, ein Projekt zu betreiben, das von Euch, liebe Leserinnen und Leser, mit getragen wird. Herzlichen Dank!

Redaktion Heidelberg ● Gefreut haben wir uns auch über die zahlreichen Ermunterungen, Anmerkungen und Anregungen, die uns mit der Spendenflut erreichten. So schrieb uns u.a. der Löhrbacher Verleger Werner Pieper (Grüne Kraft/MedienXperimente): »Hallo – Gibt es einen Markt für Alternative Medien? – Klar doch, sonst gäbe es von euch und von uns nix zu lesen. Auch wenn hier im Haus die Umsätze in den vergangenen Jahren um rund 60% gesunken sind, werde ich im 30. Verlagsjahr nicht das Handtuch werfen.

Und auch wenn ihr von uns, so weit ich das überschaue, noch nie eine Publikation rezensiert oder erwähnt habt, lese ich CONTRASTE (schickt mir Herrmann Cropp regelmäßig) und finde sie wichtig. Also anbei ein Scheck als Tropfen aufs heiße Bankkonto.«

Hier nun der aktuelle Stand unserer Aktion:
Ein neues Fördermitglied können wir begrüßen:
● Peter Schneider, Offenbach (150 DM)
Umgestellt auf eine Fördermitgliedschaft hat:
● Leo Grimm, Uhldingen (120 DM)
Zusammen mit vier neuen Abos ergibt das in diesem Jahr Mehreinnahmen in Höhe von **510 DM**. Wie immer blieben Kündigungen nicht aus, drei Abos, ein Buchhandelsabo und eine Fördermitgliedschaft über 300 DM wurden gekündigt. Das ergibt Mindereinnahmen in Höhe von **596 DM** und erhöht unsere voraussichtlich zu erwartende Deckungslücke auf **5.686 DM**.

Spendenliste

Und nun zu unserer langen Spendenliste:
● Christina Ahr, Creußen (10 DM)
● Backwerk GbR, Hannover (100 DM)
● Felix Bartholl, Waal (500 DM)
● Peter Behrendt, Freiburg (10 DM)
● Hermann Benz, Villingen-Schwenningen (100 DM)
● Christian Biermann, Bielefeld (150 DM)
● Andreas Birkert, Stuttgart (200 DM)
● Isolde Bräuner, Baden-Baden (100 DM)
● Hinnerk Brockmann, München (100 DM)
● Cuba e.V. (100 DM)
● Karl Dietz, Schwäbisch Gmünd (40 DM)
● Kristin Eisen, Hamm (10 DM)
● Frank Ellinghaus, Frankfurt/Oder (10 DM)
● Jan Engbers, Frankfurt/Main (100 DM)
● Günter Greuel, Mainz (184 DM – für eine Ausgabe – Verschuldungsstand vom November 2000)
● Leo Grimm, Uhldingen (50 DM)
● Martin Harder, Berlin (184 DM – für eine Ausgabe – Verschuldungsstand vom November 2000)
● Fred Hey, Essen (100 DM)
● Burkhard Hollaz, Güstrow (75 DM)
● Uta Hohenberger, Stuttgart (30 DM)
● Holzmanufaktur, Rottweil (300 DM)
● Ilona Hopp, Berlin (100 DM)
● Wolfgang Jakob, Roßdorf (80 DM)
● Klaus und Helga Kaczerowsky, Berlin (100 DM)
● Frank Kemmerling, Düsseldorf (50 DM)
● Kommune-Infotour 2000 (118 DM)
● Kommune Niederkaufungen (200 DM)
● Laus-Peter Kurch, Lychen (50 DM)
● Christina Läpple, München (50 DM)
● Astrid Linz, Bohmte (10 DM)
● Andreas Lorenz, Berlin (100 DM)
● Burkhard Luner, Düsseldorf (30 DM)
● Netzwerk Münsterland (1.000 DM)
● Chris Maßholder, Bad Homburg (50 DM)
● Astrid und Michael Meyer, Lüdenscheid (1.000 DM)
● Heinz-Jürgen Michel, Bremen (25 DM)
● Thomas Mitsch, Hockenheim (10 DM)
● Stefan Merten, Kaiserslautern (200 DM)
● Andrea Munjic, Bremen (30 DM)
● Stefan Naumann, Idar-Oberstein (20 DM
● Manfred Nausester, Berlin (200 DM)
● Günther Offermann, Solingen (100 DM)
● ostseh Redaktions Bureau, Gingst/Rügen (250 DM)
● Götz Paschen, Ottersberg (10 DM)
● Ulrich Peschel, Mittelherwigsdorf (20 DM)
● Georg Petau, Polle (50 DM)
● MedienXperimente Werner Pieper, Löhrbach (234,56 DM)
● Druckerei PLAKATIV, Kirchhatten (100 DM)
● Jürgen Podlutzky, Wiesbaden (50 DM)
● Praktische Pädagogik e.V., Berlin (100 DM)
● Carla Rimbach, Aachen (100 DM)
● Barbara Schäfer, Wuppertal (50 DM)
● Nico Schindler, Mannheim (100 DM
● Reinhard Schmitt, Vaals/Niederlande (30 DM)
● Armin Scholl und Gabriele Stefan, Münster (200 DM)
● Reinhard Scholtes, Rudolstadt (20 DM)
● Reinhart Schwarz, ??? (50 DM)
● Jörg Schwensen, Berlin (30 DM)
● Jörg Sommer, Heidelberg (20 DM)
● Volker Spiel, Mönchhagen (100 DM)
● Frank und Simone Steiner, Lampertheim (300 DM)
● Elmar Still, Erfurt (25 DM)
● Andreas Traupe, Karlsruhe (50 DM)
● Bäckerei Weber, Winnenden (100 DM)
● ungenannt, Aachen (500 DM
● ungenannt, Bonn (150 DM)
● ungenannt, Bonn (200 DM)
● ungenannt, Heidelberg (20 DM)
● ungenannt, Köln (500 DM)
● ungenannt (50 DM)
● Martin Weicker, Bayreuth (100 DM)
● Heinz Weinhausen, Köln (55 DM)
● Gisela Wilcken, Mannheim (17 DM)
● Cornelia und Charles Wockenfuß, Trier (50 DM)
● Günter Zur Nieden, Architekturwerkstatt Lübeck (100 DM)

Das ergibt eine Summe von **9.707,56 DM**. Nach Abzug des von uns errechneten voraussichtlichem Minus von **5.686 DM** verbleibt ein Betrag von **4.021,56 DM**, den wir zur Tilgung unserer Altschulden in Höhe von **23.500 DM** verwenden werden. CONTRASTE hat nunmehr noch **19.478,44 DM** abzutragen.

Bedanken möchten wir uns auch bei allen Fördermitgliedern, die dazu beigetragen haben, das Projekt CONTRASTE zu stablisieren.

Wir hoffen weiterhin auf Neuabos, weitere Fördermitgliedschaften und Spenden (Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 – bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!) und werden in der nächsten Ausgabe über den neuesten Stand berichten.●

dp

Regionalentwicklung und WorldWideWeb

Eine kritische Übersicht

Bernd Hüttner, Redaktion Bremen ● Die Präsenz von Projekten der eigenständigen Regionalentwicklung im WorldWideWeb scheint eher gering zu sein. Zu finden sind vor allem die einschlägigen, mit dem Thema eher am Rande befassten Körperschaften und Verbände wie die *Akademie für Raum- und Regionalplanung* (www.arl-net), oder die *Vereinigung der Stadt-, Regional- und Landesplaner* (www.srl.de) und die diesbezüglichen Universitätsinstitute wie z.B. die *Trierer Arbeitsgemeinschaft für Umwelt-, Regional- und Strukturforschung* (www.uni-trier.de/taurus). Das deutsche *Agrarinformationsnetz* (www.dainet.de) ist ein wichtiger Knotenpunkt für deutsche Infos zu Landwirtschaft und ländlichem Raum, und enthält z.B. einen Überblick über Förder- und Forschungsprogramme. Eine Förder-Datenbank enthalten auch die Seiten zum Wettbewerb »Regionen der Zukunft« des *Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung* (www.zukunftsregionen.de). Natürlich finden sich hier fast durchgängig nur theoretische und praktische Ansätze, die mit dem Gedanken der eigenständigen Regionalentwicklung als *Gegenmodell* zur patriarchal-kapitalistischen Wettbewerbs-Ökonomie, wie er ja auch einmal existierte, nichts zu tun haben.

Das gleiche gilt für *euregia/neuLAND,* ein Regionalentwicklungsbüro, das auch jährlich die europäische Messe für Regionalentwicklung in Leipzig mitorganisiert. Unter www.euregia.de bzw. www.neuLAND-regionalentwicklung.de findet sich eine Selbstdarstellung des neuLAND-Büros samt einschlägigen Referenzen. Nützlich ist die Adressenliste, die mit ihrer hohen Anzahl von off-line-Adressen deutlich macht, dass viele noch nicht im WWW vertreten sind. Angeschlossen ist auch der euregia-Buchversand, der ca. zwei Dutzend mehr schlecht als recht beschriebene und online bestellbare Titel zum Thema bereitstellt. Wichtige Adressen oder Periodika, wie etwa die wichtige Zeitschrift *pro regio* samt dem dazugehörigen *pro provincia Institut* sucht mensch allerdings vergebens. Das ist eigentlich nicht weiter verwunderlich, wird Regionalentwicklung von den *euregia*-MacherInnen doch vor allem als Innovationsmanagement verstanden. So werden folgerichtig fast nur wirtschaftlich orientierte Regionalentwicklungsbüros aufgeführt – sozial bewegte AkteurInnen oder Kritik stören da nur.

Ein sehr interessantes Projekt ist das *Netzwerk für Regionalstudien* aus Österreich (http//:members.telering.at/nrs), das sich vor allem als Plattform für nicht-institutionalisierte Regionalforschung versteht. Es arbeitet mit modernen soziologischen und kulturwissenschaftlichen Methoden und Theorien zu ländlichem Raum, Dorf und Landwirtschaft. Etwas vergleichbares ist mir für die BRD nicht bekannt. Die drei Macher sind ein bisschen an Universitäten angedockt, leben aber, wie mensch in Österreich sagt, »am Dorf«. Spannend sind ihre Themen: Sie untersuchen z.B. die Zwangsarbeit in der österreichischen Landwirtschaft, Erinnern und Vergessen in der Dorfkultur und allgemein die bäuerliche Gesellschaft in der Moderne. Die Seite enthält zu allen laufenden und zu einigen schon abgeschlossenen Forschungsprojekten kurze Texte. Der von den Machern angestrebte Vernetzungscharakter ist noch nicht so stark ausgeprägt, da andere Projekte und Texte als die der Macher bislang nicht auf der Seite vertreten sind und auch die Links sind eher langweilig.

Das *Institut für Theorie und Praxis der Subsistenz*, der think-tank des deutschen Ökofeminismus beteiligt sich mit einem Projekt in der ländlichen Region der westfälischen Warburger Börde am Modellversuch »Regionale Ansätze im nachhaltigen Wirtschaften« des *Bundesministeriums für Bildung und Forschung* (www.nachhaltig.org). Das Unternehmen ist eines der üblichen »nachhaltigen« Forschungsprojekte wo mit viel Geschwafel wenig neues erforscht wird und die immer gleichen grossen Forschungseinrichtungen das umfangreiche finanzielle Fell des Bären unter sich aufteilen. Das Verständnis von Regionalisierung und Regionalentwicklung ist das des mainstreams, wie er an dieser Stelle schon öfters kritisiert wurde (ausführlich zuletzt in *CONTRASTE* Juni 1998 S. 10). Die meisten der insgesamt vierzehn Modellprojekte entstammen dem klassischen Stoffstrommanagement (Metallindustrie, Förderung nachwachsender Rohstoffe) oder der Wirtschaftsförderung für mittelständische Betriebe. Einen agrarzentrierten Ansatz haben knapp die Hälfte der Projekte. Das Frankfurter *Institut für sozialökologische Forschung* (www.isoe.de) ist mitbeteiligt. Es hat zur Begleitforschung des Modellversuchs auch schon eine kleine sehr akademische und todlangweilige Broschüre vorgelegt hat (Horst Luley, Engelbert Schramm: Regionale Ansätze nachhaltigen wirtschaftens in Deutschland, Frankfurt 2000, MSÖ Band 15).

Die Ökofeministinnen wollen in ihrem noch bis Sommer 2002 laufenden Projekt die »Möglichkeiten und Hemmnisse für nachhaltiges Wirtschaften in einer globalisierten Welt« erkunden. Sie schliessen damit an die Vorstudien z.B. von Christa Müller (siehe die Besprechung ihrer Doktorarbeit »Von der lokalen Ökonomie zum globalen Dorf« in *CONTRASTE* Februar 1999) an und beziehen sich überraschend positiv auf den Nachhaltigkeitsbegriff. In dem Projekt sollen vor allem die sozialen und kulturellen Dimensionen nachhaltigen und re-regionalisierten Wirtschaftens untersucht werden. Lobenswert ist auch der geschlechtsspezifische Ansatz des Projektes, der stark auf die Situation und Kompetenzen von Frauen abhebt. Mensch darf auf die weiteren Ergebnisse gespannt sein, zumal es nicht einer gewissen Komik entbehrt, wenn Veronika Bennholdt-Thomsen die ostwestfälischen Schützenvereine untersucht. Unter www.nachhaltig.org/itps/reg12fr.htm stehen fünf lesenswerte Texte, die zum Teil aus diesem Projekt stammen, zum kostenlosen Download im PDF-Format bereit. Apropos PDF-Download: Auf den Seiten der *Bundesstiftung Rosa Luxemburg*, der PDS-nahen Parteistiftung, findet sich eine interessante Studie zum sozialen Potential von Agrargenossenschaften (www.rosaluxemburg.de/Bib/doku/Agrar2000.htm). Die 41-seitige Studie enthält auch Ergebnisse einer nichtrepräsentativen Umfrage und andere statistische Daten, die sich sonst nicht so leicht finden lassen. Lobenswert ist die starke Betonung sozialer Aspekte, ärgerlich das permanente Ausblenden der ökologischen Folgen industrialisierter Landwirtschaft in der reformlinken Debatte: Industrielle Landwirtschaft hat ja nicht andere Folgewirkungen, nur weil sie genossenschaftlich organisiert ist.●

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr.
(mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

WWW – Neues aus dem Internet

Die kostenlose Mitfahrzentrale im Internet

Immer mehr Menschen nutzen die Möglichkeit für längere Strecken Fahrgemeinschaften zu bilden. Auf der Internetseite www.mitfahrzentrale.de besteht die Möglichkeit aus über 18.000 Angeboten eine(n) passende(n) ReisepartnerIn zu finden. Frauen, die ausschließlich mit anderen Frauen gemeinsam fahren möchten, finden sich unter der Internetadresse www.she-drives.de.

Die Bedienung des Services ist sehr einfach. Nachdem der oder die passende FahrerIn gefunden ist, kontaktiert man diese(n), um einen Treffpunkt zu verabreden. Als Kostenbeteiligung schlägt die Mitfahrerzentrale.de acht Pfennig pro Kilometer vor, die jedoch nicht bindend ist. Desweiteren befinden sich auf der Seite Tipps zum Versicherungsschutz, die Adressen regionaler Mitfahrzentralen und ein Meinungsforum. Der Service ist wie alle Internetangebote 24 Stunden täglich erreichbar. Gerade in Zeiten hoher Benzinpreise stellen Fahrgemeinschaften die wirtschaftliche Alternative dar.●

TÜRKEI: HUNGERSTREIK IN TÜRKISCHEN GEFÄNGNISSEN NIEDERGESCHLAGEN

Neuer Knasttyp im Sturm eingeführt

Das Blutbad, dass das türkische Militär am 19.12 morgens um 3.30 Uhr in den Gefängnissen begonnen hatte, dauerte vier Tage an. In Ümraniye (Istanbul) verteidigten sich die Gefangenen bis zum Nachmittag des 22.12. gegen die Erstürmung der Zellen. Wie viele Tote die Militäroperation gekostet hat, kann niemand sagen.

Redaktion Heidelberg/Libertad! ● Menschenrechtsvereine schätzen die Zahl der massakrierten Gefangenen auf mindestens 30. Allein im Gefängnis von Bayrampasa soll die Zahl der Getöteten mindestens 20 betragen. Gefangene des Frauentraktes berichten, dass Soldaten einzelnen Frauen die Kleider vom Leib rissen, sie mit einer Flüssigkeit überschütteten und in Brand steckten. Die Verletzten sind bisher ungezählt. Von schweren Schussverletzungen wird aus dem Gefängnis in Gebze berichtet. Zahlreiche Gefangene werden unterdessen in Militärkrankenhäusern auf Pritschen geschnallt und gegen ihren Willen zwangsernährt.

In den letzten 48 Stunden wurden sämtliche F-Typ-Gefängnisse belegt. Zum Teil sind die Zellen im Rohbau, zum Teil sind ganze Gebäudeteile noch nicht fertiggestellt. Die türkische Ärztekammer hat keinen Zugang zu den Gefangenen. Der Verbleib und der gesundheitliche Zustand der Gefangenen ist unklar. Haluk Tokucoglu, Staatssekretär im Gesundheitsministerium droht allen Ärzten mit Lizenzentzug und Strafverfahren wegen Unterstützung einer »terroristischen Vereinigung« an, wenn sie sich weigern Zwangsernährung zu praktizieren. Die Militäroperation, die zynischerweise den Namen »Zurück zum Leben« trägt, sollte den Widerstand der Gefangenen brechen und ihren seit 63 Tagen andauernden Hungerstreik beenden. Das Ziel der Hungerstreikenden ist unter anderem die Schließung der F-Typ Gefängnisse.

Die Gefangenen in der Türkei kämpfen seit Jahren gegen ihre Verlegung in diese Isolationstrakte. Schon 1996

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

starben in einem Hungerstreik gegen die Verlegung 12 Menschen. Die Gefangenen in der Türkei wollen nicht – wie die türkischen Medien und Politiker nicht müde werden zu propagieren – in völlig überbelegten Zellen unter katastrophalen hygienischen Bedingungen vor sich hinvegetieren. Ihre Forderungen sind Zellen mit Gruppen von zehn Personen und die Möglichkeit der Interaktion untereinander. Die Gemeinschaft gibt ihnen Schutz vor den Übergriffen ihrer Folterer und die Möglichkeit, ihre politische Identität aufrecht zu erhalten.

Export des Modell »Stammheim« an den Bosporus

Im Laufe des letzten Jahres war die Einführung der F-Typ-Gefängnisse ein Thema, das in der Türkei Staat und Gesellschaft beschäftigte. Die Technologie und die Erfahrung der Disziplinierung von Gefangenen durch Isolation wurde von Deutschland an den Bosporus exportiert. Türkische Beamte besuchten die JVA Stammheim und zeigten sich von der Effizienz »weißer Folter« beeindruckt. In der Türkei werden die Isolationszellen als Luxuszellen nach europäischem Muster gepriesen. Vielleicht schwiegen deshalb 61 Tage lang die Medien, vielleicht ließ sich deshalb 61 Tage lang kaum etwas aus Regierungskreisen zu diesem Hungerstreik vernehmen.

Mindestens zwei Delegationen mit Bundestagsabgeordneten befanden sich während des Hungerstreiks in der Türkei. Sowohl *Cem Özdemir*, als auch *Claudia Roth* haben dort Gespräche über die Situation in den türkischen Gefängnissen geführt. In der deutschen Öffentlichkeit wurde all dies totgeschwiegen, bis zu viele Tote dem Schweigen ein Ende machten.

Und jetzt? Der Kampf der Gefangenen in der Türkei geht weiter, die Überlebenden erklärten, ihr Todesfasten weiterführen zu wollen. Nahezu alle linken und demokratischen Organisationen und Vereine in der Türkei verurteilen die Massaker und rufen zum Protest auf. In den letzten 48 Stunden wurden mehrere tausend Menschen bei dem Versuch, ihre Empörung über dieses neue Massaker auszudrücken verhaftet.

Die Türkei ist Beitrittskandidat der EU, permanent werden ihr Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen, ernsthafte Konsequenzen hat sie jedoch nicht zu fürchten. Als hofierter NATO-Partner braucht sie sich keine Gedanken zur Ächtung in der westlichen Welt zu machen.●

Wir fordern die deutsche Regierung auf alles in ihrer Macht stehende zu tun, das Massaker zu beenden und die überlebenden Gefangenen zu schützen. Wir fordern eine internationale Kommission zur Aufklärung des Massakers.

Wir fordern die sofortige medizinische Untersuchung der überlebenden Gefangenen durch internationale Ärzteteams.

Libertad!

GENERATIONSÜBERGREIFENDES SIEDLUNGSPROJEKT

Gemeinsam statt einsam leben

Der Vereinsname »Integrativ wohnen – Zu neuen Ufern e.V.« zeugt von Aufbruchstimmung zu neuen Formen des Zusammenlebens. Knapp 30 Menschen verschiedenen Alters haben sich in Altdorf bei Nürnberg zu einem gemeinnützigen Förderverein zusammengetan. Was sie trägt, ist ihre gemeinsame Vision von einem lebendigen Zusammenleben in guter Nachbarschaft.

Redaktion Heidelberg ● »Unser Ziel ist ein Wohnprojekt, in dem Familien, Alleinstehende, Junge, Alte, Menschen verschiedener Religionen und Behinderte ein buntes und vielfältiges Gemeinwesen bilden, in dem gegenseitige Unterstützung zur Selbstverständlichkeit wird«, heißt es in der Konzeption des Vereins. Werk- und Jugendräume, Gemeinschaftsküche, ökologische Landwirtschaft, gemeinsames Arbeiten und Feiern sollen den Rahmen des Gemeinschaftslebens bilden. Selbstverwaltung, konsequent ökologische Bau- und Lebensweise und ein tragfähiges Netz auf der Basis von Teilen und Tauschen gehören zur Vorstellung der Siedlung.

Die Sehnsucht nach einem Leben in Gemeinschaft kommt nicht von ungefähr. Die Großfamilie ist praktisch ausgestorben und auch die moderne Kleinfamilie erweist sich heute als zunehmend instabil. Die Jungen leben für sich und die Alten leben für sich. Individualisierung bringt zwar Unabhängigkeit, die sich in vielen Fällen aber als Einsamkeit erweist, besonders im Alter.

Konsum und und unpersönliche Dienstleistung sind kein wirklicher Ersatz für lebendige zwischenmenschliche Beziehungen. In einem Wohnprojekt können sich Wahlfamilien und intensive nachbarschaftliche Kontakte entwickeln und gelebt werden.

Die Nürnberger stehen mit ihrer Vision nicht allein auf weiter Flur. Es gibt in Europa über 300 Projekte, die von ähnlichen Idealen getragen sind, viele davon auch in Deutschland. Sie beweisen, dass Gemeinschaft machbar ist, dass neue Ufer tatsächlich erreichbar sind. Sie beweisen, dass Gemeinschaft machbar ist, dass neue Ufer tatsächlich erreichbar sind.

Für »Integrativ wohnen« geht es jetzt darum, eine geeignete Immobilie bzw. einen Baugrund von ca. 10.000 qm im Großraum Nürnberg zu finden und eine Wohnbaugenossenschaft zu gründen. Die Siedlung soll Platz bieten für 80-100 Menschen. Wer in irgendeiner Form mitmachen möchte beim gemeinsamen Planen, Arbeiten und Leben, ist herzlich eingeladen, seine Fähigkeiten in das Projekt einzubringen und schon jetzt etwas vom Gemeinschaftsgeist zu spüren. In der Phase der Genossenschaftsgründung sind besonders Juristen und Finanzexperten gesucht. Weitere Infos gibt es bei Gisela Käb, Tel. (0 91 87) 72 81 und über www.contraste.org/iwoev.●

KOMPETENZ FÜR FRAUEN E.V.

Unter Beteiligung von rund einhundert Frauen wurde Mitte September der Verein »Kompetenz für Frauen e.V.« gegründet.

Der Verein verfolgt das Ziel, die beruflichen und persönlichen Perspektiven von Mädchen und Frauen in IT-Berufen zu verbessern, innovative Bildungskonzepte auszuarbeiten und die künstlerische, kreative und kritische Auseinandersetzung mit neuen Medien und IuK-Technologien zu ermöglichen.

Im Vorstand sind sowohl Vertreterinnen des Medienkompetenzzentrums München und der Frauen-Computer-Schule AG München vertreten. Die erste Mitfrauenversammlung findet am 23. Januar 2001 statt.●

Information: Frauen-Computer-Schule München, Tel. (0 89) 167 55 89

ATOM/GORLEBEN

Klage gegen »Turmbesetzer« von Gorleben wird zurückgezogen

Nach über zehn Jahren wird unter das Schadensersatzverfahren gegen die »Turmbesetzer« von Gorleben ein Schlussstrich gezogen. Bundesumweltminister Jürgen Trittin hat das Bundesamt für Strahlenschutz angewiesen, die Klage gegen 14 Atomkraftgegner, die im Juni 1990 Fördertuerme des Erkundungsbergwerks in Gorleben besetzt hatten, zurückzunehmen. Die Demonstranten waren von der damaligen Bundesregierung auf insgesamt 100.000 DM Schadensersatz verklagt worden (siehe CONTRASTE Nr. 147).

Die Rücknahme der Klage wurde möglich aufgrund der Atomkonsens-Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen. In der Vereinbarung hatten die Unternehmen erklärt, auf die Erstattung geleisteter Vorauszahlungen hinsichtlich der Erkundung des Salzstocks Gorleben zu verzichten. Damit ist auch der Schadensersatzanspruch des Bundes gegen die Demonstranten gegenstandslos geworden.

Bundesumweltminister Jürgen Trittin: »Es war nach über 10 Jahren höchste Zeit, dass ein Schlussstrich unter dieses Verfahren gezogen wird. Ich freue mich, dass dies durch die Konsensvereinbarung möglich geworden ist.«●

Quelle: BMU Pressedienst Nr. 230/00
Berlin 09. November 2000

REGIERUNG: NUR EIN HUMANISTISCHER AKT

Landesweit protestierten über 1.000 Gefangene seit zwei Monaten gegen den Plan der türkischen Regierung, in neuen sogenannten F-Typ-Gefängnissen die Zahl der Insassen auf ein bis drei pro Zelle zu reduzieren.

In kaum zu überbietendem Euphemismus erklärte der türkische Justizminister Hikmet Sami Türk während der anhaltenden Aktionen gegen die Gefangenen, die Sicherheitskräfte ließen Vorsicht walten, um kein weiteres Menschenleben zu gefährden. Ministerpräsident Bülent Ecevit meinte allen Ernstes, die Soldaten würden »langsam und gefühvoll« vorgehen. Allein: Die Schwerverletzten und Toten, die aus den Haftanstalten getragen werden, sprechen dagegen für einen geplanten Tod auf Raten. Den Angehörigen wurde es bisher nicht gestattet, die toten Gefangenen zu sehen.

Landesweit waren Tausende von Soldaten und Polizisten im Einsatz. Allein in Canakkale, wo der Widerstand am 22.12. gebrochen wurde, belagerten 600 Soldaten und 400 Polizisten den Knast. Polizei- und Gendamerieeinheiten bildeten einen dichten Ring, brachen Löcher in die Mauern und schossen Gasgranaten hinein. Insgesamt wurden nach offiziellen Angaben über 5.000 Gasgranaten verschossen. Angeblich wurden beim Sturm auf dieses Gefängnis drei Gefangene getötet, davon zwei durch Mitgefangene, als sie sich ergeben wollten.

Diese Angaben gehören zur Propaganda, mit der die Regierung den brutalen Sturm auf die Gefängnisse zu einem humanistischen Akt verbrämen will. Doch selbst die offiziellen Zahlen sind verräterisch. Die insgesamt 26 Toten sind 14 mehr als beim letzten großen Hungerstreik 1996 – was der Sturm auf die

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Gefängnisse angeblich verhindern sollte. Um den Sturm dennoch zu rechtfertigen, behaupten Ministerpräsident Ecevit und sein Justizminister, die Toten seien Opfer fanatischer Selbstverbrennungen oder gar von Mithäftlingen ermordet worden. Obwohl es gegenwärtig noch schwierig ist, sich ein genaues Bild zu machen – Anwälten und Angehörigen wird der Zugang zu überlebenden Gefangenen verwehrt –, widersprechen Menschenrechtsorganisationen und Anwaltskammer der offiziellen Version. Sie gehen von über 30 toten Gefangenen aus und glauben nicht an Selbstverbrennungen.

Ein Telefonmitschnitt, der den Befehl zu Selbstverbrennungen dokumentieren sollte, stellte sich als suspekt und vermutlich von der Polizei fabriziert heraus. Einige weibliche Gefangene aus Bayrampasa, wo sich 12 Häftlinge verbrannt haben sollen, erkärten nach ihrer Verlegung in ein Istanbuler Gefängnis, die Gefangenen seien durch Sonderkommandos verbrannt worden, nachdem sie bereits überwältigt waren. Der türkische Menschenrechtsverein fordert eine unabhängige Untersuchung und die Teilnahme an der Autopsie der Toten. Nur so könne geklärt werden, wie viele Menschen wie starben.●

KARLSRUHE: »WOHN- UND KULTURPROJEKT EX-STEFFI«

Zerstörungsattacke der Stadt

Seit einiger Zeit befindet sich das Zentrum »Steffi« in einem Gebäude in der Karlsruher Schwarzwaldstraße. Es bestand eine Option auf einen weiteren Gebäudeteil, der bis vor kurzem noch von der Karlsruher »Hochschule für Gestaltung« (HfG) genutzt wurde.

Redaktion Heidelberg ● Nach deren Auszug standen die Räume leer. Ein Passus im Mietvertrag der BewohnerInnen der »Ex-Steffi« mit der Stadt Karlsruhe besagt, dass bei Freiwerden der Räume die Stadt wegen einer Überlassung mit dem Nutzer entsprechende Verhandlungen aufnimmt. Entgegen dem Vertrag schritt die Stadt zur Tat und rückte am 16.12.2000 mit einem Polizeisonderkommando nebst Arbeitern der Stadtwerke an, um diesen Gebäudeteil unbewohnbar zu machen – Türen, Fenster und sanitäre Anlagen des »HfG-Flügels« wurden zertrümmert.

Die Nutzung der Räumlichkeiten im »HfG-Flügel« würde das Projekt »Ex-Steffi« aufwerten. Denkbar wäre, dass in eben diesen Räumen Gruppen und Initiativen Büroräume einrichten können. Die Funktion der »Ex-Steffi« als politisches und kulturelles Zentrum könnte an Bedeutung gewinnen. Gedanken und Bestrebungen in derlei Richtung stehen jedoch offensichtlich im krassen Gegensatz zu dem, was sich die Stadt unter politischer und kultureller Praxis vorstellt!●

ZUR LAGE DER MENSCHENRECHTE IN ISRAEL/PALÄSTINA

»Lasst uns wie Menschen leben!«

Seit dem von 1.000 Soldaten begleiteten provokativen Rundgang des rechtsextremen israelischen Politikers Ariel Sharon auf dem Gebiet der Al-Aqsa-Moschee am 28. September 2000 herrscht in den von Israel besetzten Gebieten Westjordanland und Gaza Krieg. Täglich flimmern Bilder von brennenden Städten, militanten Demonstranten, schwerbewaffneten Soldaten, Panzern und getöteten Menschen über die Fernsehschirme.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Redaktion Heidelberg ● Wie der amerikanische Journalist *Charles Glass* berichtet, sind im Verlauf der Kämpfe bereits 240 Menschen getötet worden. Obwohl die Opferbilanz sehr einseitig ist – 220 der Opfer sind Palästinenser – sind in den Medien vor allem sie es, denen die Hauptschuld an den nichtendenwollenden gewaltsamen Konflikten gegeben wird. Es heißt, sie seien nicht bereit zum Gewaltverzicht, es heißt, sie seien nicht kompromissbereit, es heißt, sie würden starrsinnig die Angebote der israelischen Regierung unter General Barak in den Wind schlagen. Solche Darstellungen lassen sich nur durch die Ausblendung der tatsächlichen Verhältnisse aufrechterhalten. In der Realität sieht die Lage völlig anders aus.

Die Realität einer brutalen Besatzung

Das Westjordanland, der Gazastreifen und Ostjerusalem werden von Israel seit 1967 völkerrechtswidrig besetzt gehalten. Ungeachtet zahlloser UN-Resolutionen, in denen Israel aufgefordert wird, sich aus diesen Gebieten zurückzuziehen, hält es einen Großteil dieser Gebiete weiterhin besetzt.

Der 1993 begonnene sogenannte Friedensprozess von Oslo stellte sich schnell als Fassade heraus, der an den grundlegenden Bedingungen nichts änderte. Statt die besetzten Territorien zurückzugeben, weitete Israel im Rahmen dieses »Friedens« ihre Siedlungen noch aus und eignete sich noch mehr von dem an, was in den besetzten Gebieten von Wert ist: das beste Land, das Wasser.

Den Palästinenser bleiben lediglich die wirtschaftlich unbrauchbarsten Gebiete, die zudem durch die zahlreichen weiterbestehenden israelischen Siedlungskomplexe und das diese miteinander verbindende Straßennetz, voneinander abgeschnitten sind. Der von den USA und Israel geplante »Friedensprozess« sieht vor, der Palästinensischen Nationalbehörde unter Arafat die Verwaltung dieser verelendeten und zersplitterten Kantone zu überlassen. Wann immer diese Behörde nicht zur Niederschlagung des unvermeidlichen Widerstandes gegen dieses Arrangement imstande ist, reagiert die israelische Besatzungsmacht zuerst mit Drohungen an Arafat und dann mit brutaler Gewalt, die von rücksichtslosem Schusswaffengebrauch bis zum Einsatz von Panzern und Raketen reicht.

Ein Frieden ist nur unter Gleichberechtigten möglich

Die israelische Verweigerung des Rechts der palästinensischen Bevölkerung auf nationale Selbstbestimmung ist heute das Haupthindernis für einen gerechten Frieden zwischen den beiden Völkern, die Anspruch auf das Gebiet des ehemaligen Palästina erheben. Ohne Gleichbehandlung der Palästinenser in Israel selbst, ohne Beendigung der Besatzung der von Israel 1967 eroberten Gebiete – des Westjordanlandes und Gazas – und ohne die Anerkennung des Rechts der im Lauf des arabisch-israelischen Konflikts vertriebenen palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr oder Entschädigung wird es in dieser Region weder Frieden noch ein Ende des Blutvergießens geben.

Die israelische Friedensorganisation *Gush Shalom* bemerkte dazu: »Wir befinden uns mitten im palästinensischen Befreiungskrieg. Es handelt sich um einen grausamen und unnötigen Krieg, der ausgebrochen ist, weil Israel gewaltsam darauf bestanden hat, die Gebiete zu behalten, die es sich 1967 gewaltsam genommen hat, obwohl diese Besatzung die fortdauernde Unterdrückung von zwei Millionen Palästinensern bedeutet. Dieser Krieg kann nur auf eine Art beendet werden: durch den israelischen Rückzug aus den besetzten Gebieten und die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit Ostjerusalem als Hauptstadt«.●

Aus einem Veranstaltungsflugblatt verschiedener Heidelberger Organisation, die zum 6.12.2000 die international anerkannte Expertin, die israelische Rechtsanwältin, Friedensaktivistin und Trägerin des alternativen Nobelpreises von 1990, *Felicia Langer* eingeladen hatte (siehe Kasten)

FELICIA LANGER

Felicia Langer (geb. 1930 in Polen) musste 1939 vor der deutschen Invasion in die Sowjetunion fliehen, ging 1950 nach Israel und lebt seit 1990 in Tübingen.

Sie verteidigte mehr als zwanzig Jahre lang Palästinenser vor den israelischen Militärgerichten im Westjordanland und Gaza. Durch ihre Arbeit gewann sie Einblicke in die Lebenssituation der Menschen. Die alltägliche Unterdrückung und Verfolgung in den vom israelischen Militär besetzten Gebieten, die katastrophalen Bedingungen in den palästinensischen Flüchtlingslagern und der Rassismus, dem die Menschen ausgesetzt sind, ließen sie zur harschen Kritikerin der israelischen Besatzungsmacht werden. Sie leistet seit vielen Jahren eine unermüdliche Aufklärungsarbeit, überzeugt, dass nur eine breite Verbreitung von Wissen über die Situation der Menschen im betroffenen Gebiet zu Frieden und Gerechtigkeit führen können. Dabei werden sowohl die israelische Besatzungsmacht als auch die Palästinensische Autonomiebehörde von ihr schonungslos kritisiert. Sie ist Autorin zahlreicher Bücher, zuletzt »Lasst uns wie Menschen leben!« (Lamuv 1999).

Prof. Norman Paech schrieb in »Ossietzky« Heft 23 vom 18. November 2000:

»Die UN-Menschenrechtskommission hat Israel eben jetzt zum wiederholten Mal wegen schwerer und massiver Verletzungen der Menschenrechte verurteilt, und die UN-Kommission für die Rechte der Palästinenser hat Israels Weigerung, die Normen des Völkerrechts zu beachten, für die aktuelle Situation verantwortlich gemacht – deutliche Hinweise auf die Gründe für die tägliche Gewalt.

Währenddessen stochern deutsche Medien scheinbar blind in dem Desaster, verwechseln Opfer und Täter und retten sich in schlecht dosierte Schuldzuweisungen an Jerusalem und Ramallah. Letztlich bleibt die Verantwortung für das Scheitern an den Palästinensern hängen.

Da diese offensichtlich nicht bereit sind, den fortdauernden Zustand der Unterdrückung und Besatzung, der faktischen israelischen Kontrolle über ihre Lebensgrundlagen, die Zerstückelung ihres Territoriums durch die Siedlungen und die ständigen Provokationen der Siedler zu ertragen, wird der Aufstand weitergehen – es sei denn, die Israelis und Amerikaner begreifen, dass Nachbarschaft nicht unter den Stiefeln des Nachbarn gedeihen kann.«

Der Beitrag von Norman Paech in Ossietzky »Die UNO und der Zionismus« wurde am 24.11. in der jungen Welt nachgedruckt:
www.jungewelt.de/2000/11-24/006.shtml
Zu empfehlen ist auch die Novemberausgabe der Le Monde diplomatique, online unter
www.taz.de/tpl/nf/mondeIndex)

Auszüge aus dem Entwurf von Akzeptanz-Kriterien für ethische Geldanlagen

1. Akzeptanz (statt Durchsetzung)
Für alle Projekte im Umweltschutz gilt nicht mehr der Profit als Ziel, sondern die Akzeptanz durch die Menschen. Voraussetzung für ein Projekt ist, dass es von den betroffenen Menschen aus ihrem Willen und ihren Bestimmungsmöglichkeiten heraus entwickelt wurde und umgesetzt wird.
Konkrete Kriterien:
● Es werden Beteiligungsstandards erarbeitet, nach denen ein Projekt eingestuft wird. Als Mindeststandard könnte die Beteiligung nach § 3 Bundesbaugesetz angesehen werden – auch dann (freiwillig), wenn diese tatsächlich nicht vorgeschrieben ist. Sinnvoll wäre zudem die Formulierung »gehobener Standards« von Beteiligung.
● Besondere Beteiligungsformen sollten für Menschen und Gruppen, z.B. Umwelt- oder soziale Gruppen, geschaffen werden, die eine kontinuierliche Mitarbeit anstreben würden.
● Neben den Beteiligungsverfahren ist auch der Beteiligungszeitraum wichtig. Als positiv kann nur gelten, die Menschen im betroffenen Gebiet bereits im Planungszeitraum umfassend zu beteiligen.
● Eine besonders positive Einstufung wäre dann vorzunehmen, wenn die Menschen im betroffenen Gebiet selbst zu den TrägerInnen des Projektes würden, also formal (als Mitglieder, GenossInnen, AnteileignerInnen u.ä.) zu Durchführenden werden.
● Diese Kriterien gelten global, es werden keine Unterschiede in den Beteiligungsstandards in Regionen Deutschlands oder Ländern des Südens gemacht. Hierin steckt ein »Sprengstoff«, der sehr schnell zu einer breiten Debatte und zu einer bemerkenswerten positiven Wirkung der mitbestimmungsorientierten Projekte wird.

2. Transparenz und Ansprechbarkeit (statt Phrasen und Show)
Echte Bilanzen zu den Zielen, die eben nicht Profit, sondern Demokratisierung, Beteiligung und Umweltschutz heißen, müssen kontinuierlich die Geschäftsberichte ausfüllen. Füll- und Modewörter, PR-Kampagnen bis hin zu ökomodernisierter Marktwirtschaft sind kein Aktionsfelder für Umweltfirmen – stoppt die Verwendung der intransparenten Begrifflichkeiten wie Agenda, Nachhaltigkeit, Öko-Audit, Effizienzrevolution usw.

Transparenz und konkrete Beteiligung (*siehe Punkt 1*) gehören eng zusammen.
Konkrete Kriterien:
● Offenlegung aller Daten (jederzeitige Einsichtnahme möglich).
● Gesonderte Untersuchungen zu Umwelt- und sozialer Verträglichkeit.
● Einrichtung einer gut erreichbaren Stelle in der betroffenen Region, wo Informationen, Beteiligungsmöglichkeiten usw. abgefragt, sowie eigene Ideen eingebracht werden können.

3. Direkte Ökonomie (statt Anonymität des Marktes)
Geld ist Macht. Anonyme Geldanlagen in der Hand anderer, die damit wiederum Geld machen sollen (Rendite), stellt einen Machtfaktor ohne Bindung an die konkreten Entscheidungen von und zwischen Menschen dar. Das unterhöhlt direkte Verantwortung und die Unmittelbarkeit von Handeln. Zukünftig müssen Firmen GeldgeberInnen bzw. alle, die Kapital in Form von materiellen oder geistigen Werten bereitstellen, in einen direkten Kontakt zu denen bringen, die damit agieren.
Konkrete Kriterien:
● Bewertet werden muss, inwieweit die Menschen in der betroffenen Region bzw. die ins Auge gefassten »KonsumentInnen« in einem direkten Verhältnis zur Firma bzw. zum Projekt stehen. Ziel wäre, eine direkte Beziehung zu schaffen, d.h. den Markt als Zwischenebene auszuschalten – Strom von einer Energieanlage direkt an die AnteilseignerInnen oder feste AbnehmerInnen, die gleichzeitig mitbestimmen; Nahrungsmittel vom Biohof direkt an Menschen in der Umgebung, die wiederum mitbestimmen, was und wie angebaut wird usw.
● Ziel ist, mit jedem Projekt (Produkte, Energie, Dienstleistungen) vorrangig die Menschen in der betroffenen Region zu versorgen bzw. Projekte auch dort anzusiedeln, wo die Menschen dieses wünschen und »Nachfrage« vorhanden ist.
● Geldanlage, Mitbestimmung und Konsum müssen im Verhältnis zwischen Firma/Projekt und den Menschen in der betroffenen Region möglichst stark zusammen entwickelt werden.

4. Bedürfnis und Willen (statt Bewerbung im Markt)
Wer für den Markt produziert, schafft Werte ohne ein Wissen von Bedarf. Diese Werte müssen im Markt beworben werden, um wieder zu Geld zu werden. Damit unterwerfen sich Firmen den Gesetzen des Marktes. Diese diktieren ständig höhere Werbeausgaben, Konkurrenzen und Kosteneinsparungen bei den Faktoren Mensch (Arbeit) und Natur (Rohstoffe, Umweltbelastung). Um diese Logik zu durchbrechen, müssen Produkte und Projekte jeweils an konkreten Bedürfnissen konkreter Menschen oder der von ihnen gebildeten Organisationen ausgerichtet sein.
Konkrete Kriterien:
● Bewertung, wieweit produzierte Güter, Energie u.ä. für einen unbekannten Markt oder für eine greifbare Nachfrage entstehen (ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Zusammenhang).
● Die »Nachfrage« in der Region muss vor der Planung eines Projektes ermittelt werden.

5. Kooperation statt Konkurrenz
Im Markt herrscht Konkurrenz. Gefragt aber ist Kooperation, das Sich-Ergänzen und die Orientierung am Zweck, nicht am Profit.
Konkrete Kriterien:
● Entwicklung kooperativer Arbeitsformen z.B. mit anderen Firmen in der betroffenen Region oder mit Einzelpersonen (VerbraucherInnen, LandwirtInnen usw.)
● Einbindung interessierter Fachpersonen oder z.B. Umweltgruppen in die Projekte, Beiräte bei Firmen u.ä.

6. Autonomie statt Abhängigkeit
Viele Betriebe sind abhängig von Zuschüssen, Krediten, Rückversicherungen usw. Sie haben sich auf die Logiken der herrschenden Wirtschaftssysteme eingelassen. Stattdessen müssen Firmen ihren Rückhalt in den Menschen finden, die ihre Arbeit unterstützen und die Existenz der Firmen wollen. Ohne diesen Willen kann es keine Ökonomie von unten geben.
Konkrete Kriterien:
● Transparenz über alle beteiligten juristischen Personen an Firmen und Projekten sowie die bestehenden oder entstehenden finanziellen Abhängigkeiten samt ihrer Konsequenzen.
● Bewertung der Höhe des Anteils finanzieller Beteiligung von Menschen und Gruppen aus der betroffenen Region, aus dem Themenbereich usw. sowie ihrer Mitsprachemöglichkeiten.

7. Mitbestimmung in Firmen (statt Chefentscheidungen)
Nicht nur das einzelne Projekt muss auf dem Willen von Menschen basieren – und nicht auf der Hoffnung auf Profit. Auch die Firmen selber müssen Experimentierfeld von Mit- und Selbstbestimmung sein. Materielle Werte, Gebäude, Plätze und Flächen gehören in die Hand vieler, die die Idee mittragen und gestalten. Statt Aktiengesellschaften und Genossenschaften, die vor allem dem Zweck dienen, Kapital zu schaffen, müssen echte Demokratisierungen her – zudem eine hohe Transparenz. Dabei darf das Stimmrecht nicht von der Anlagehöhe abhängen, denn das würde Geld wieder stärken.
Konkrete Kriterien:
● Bewertung der Demokratisierung von Entscheidungen zu Projekten bzw. innerhalb von Firmen, sowohl der MitarbeiterInnen in Firmen wie auch der Menschen in den betroffenen Regionen an konkreten Projekten oder Firmenansiedlungen.
● Kollektive Firmenstrukturen sind zu bevorzugen und zu benennen.●

Institut für Ökologie, Fachbereich Politik&Wirtschaft, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen

FORTSETZUNG VON SEITE 1

... profitorientierten Bank würde«, gab es »Aufhören, Aufhören«-Rufe! Einer (etwas unbeholfen redenden) Frau schleuderte ein Mann patriarchal aus dem Saal entgegen »Lass es!« Kein Protest regte sich.

● Auf eine Vielzahl von Fragen antworteten Vorstand und Aufsichtsrat gar nicht mit der Begründung des Datenschutzes (unter anderem bei allen Fragen zu den Fehlern der Vergangenheit) oder Sätzen wie »Seien Sie sicher, daß wir das alles überlegt machen«. Die Vorsitzende des Aufsichtsrates, *Katrin Ostertag*, insgesamt eine sehr hierarchisch vom Podium herunter agierende Person, antwortete auf die Kritik, dass der Aufsichtsrat zu dem Ganzen keine Stellungnahme verfasst habe, dass er das noch tun würde, aber diese Stellungnahme nicht an die eigene VertreterInnenversammlung geben, sondern nur intern in Führungsgremien behandeln würde.

● Der ethische Geldanlagefonds *Ökovision* soll verkauft werden (wenn jemand genug Geld dafür zahlt). Damit würde der hochgeputschteste Öko-Anlagefonds gefährdet - was sehr deutlich macht, welch dünnes Eis die Ökomarktwirtschaft bietet ... da kann noch soviel geschrieben werden über Glaubwürdigkeit usw. – am Ende wird das Ding einfach von jemandem anders aufgekauft. – Nicht fehlen durften natürlich die Harmoniefloskeln der Art »Wir sollten Vertrauen haben zueinander« usw.

Insgesamt eine Versammlung, bei der selbst etablierte Linke einfach Fremdkörper waren. Wo es langging, zeigte auch der äußere Rahmen: Auf dem Büffet gab es Weißmehlbrötchen mit Fleisch/Wurst – nicht einmal Käse. Auch das ist ein Signal: Ökos und Ex-Ökos, bleibt zu Hause.●

Hinweise: Auszüge aus einem Diskussionspapier des Instituts für Ökologie zu Akzeptanz-Kriterien ethischer Geldanlagen nebenstehend (die Ökobank antwortete darauf inzwischen schriftlich: »Machen wir eh schon alles«!). Ende Januar findet ein Seminar zum Thema »Ökologie, Geld und Markt« in Berlin statt. Teil des Seminars wird der Besuch der Messe »Grünes Geld« sein. Das Seminar läuft vom 25.-27.1.2001. Näheres siehe Seite 16.

ITALIEN:

Die wundersame Kaufkraftvermehrung

Das Abruzzenstädtchen Guardiagrele macht seit einigen Monaten weltweit Schlagzeilen. Was ist geschehen? – Da hat der reichste Mann in der 12.000-Seelen-Gemeinde, ein Großgrundbesitzer und Professor der Jurisprudenz mit dem Namen Giacinto Auriti, ein eigenes Geld drucken lassen, dessen Name »Simec« sich von »ökonometrisches Symbol« ableitet. Um der italienischen Notenbank nicht ins Gehege zu kommen, versah er die Simec-Scheine mit dem Aufdruck »Besitz des Überbringers«, womit er sich auf den Verfassungsartikel beruft, der das Privateigentum garantiert. Damit konnten bisher Anschuldigungen und Beschlagnahmen der Geldvorräte abgewehrt bzw. rückgängig gemacht werden.

Helmut Creutz, Aachen ● In Umlauf gebracht hat der Professor dieses Geld durch Pari-Umtausch gegen Lire. Da jedoch kaum ein Bürger in der Stadt echtes Lire-Geld für diese Simec-Scheine hergegeben hätte, versprach der Professor – und hier liegt der Clou – die Scheine zum doppelten Lire-Wert zurückzunehmen. Außerdem gewann er einige Geschäftsleute in der Stadt dafür, das Simec-Geld zur Hälfte des Kaufwertes anzunehmen und den Rücktauschvorteil an die Käufer weiterzugeben. Konkret: Wer in diesen Läden z.B. einen Mantel im Wert von 200.000 Lire kauft, braucht dafür nur 100.000 Lire und 50.000 Simec hinzublättern.

Für die Käufer ist das wie ein Rabatt von 25%. In Wirklichkeit aber geben die Verkäufer keinen Rabatt und verstoßen somit auch nicht gegen das Rabattgesetz, da sie mit der Zahlung den vollen Gegenwert erhalten. Denn sie können ja den von ihnen eingenommenen 50.000-Simec-Schein – anstelle von 100.000 Lire – entweder selbst bei einem Dritten in Zahlung geben, oder ihn beim Professore gegen 100.000 Lire einlösen. Der »Rabatt«, der Vorteil für den Käufer, resultiert also alleine aus dem Versprechen des Giacinto Auriti, die Simec-Scheine zum doppelten Lire-Wert zurückzunehmen. Kein Wunder, dass die Leute inzwischen bei dem Professore Schlange stehen, um auf so einfache Weise die Kaufkraft ihrer Lire zu vermehren. Ebenso kein Wunder, dass bei den Geschäften, die sich zur Annahme der Simec bereit erklären, die Kassen klingeln und sich inzwischen schon ein Drittel aller Kaufleute und Handwerker in der Stadt als Simec-Annehmer outet.

Natürlich war anfangs die Skepsis groß. Als aber dann die ersten Simec-Besitzer nach dem Rücktausch mit der doppelten Lire-Summe in der Hand den Palazzo des Professors verließen, trauten sich immer mehr Bürger, ihre Lire in die Simec-Scheine umzutauschen. Nicht zuletzt, weil sie die Wert-Verdopplung auch ohne Rücktausch in den mitmachenden Läden realisieren konnten.

Warum macht der Professore solche großzügigen Versprechen?

Schenkt man seinen Ausführungen Glauben, dann ist Giacinto Auriti ein Wohltäter, dessen Sinn und Trachten nur danach steht, den Bürgern zu helfen und gleichzeitig der italienischen Notenbank eins auszuwischen. Denn diese Banco d«Italia ist für ihn der große Sündenbock, da sie – anstatt das Geld den Bürgern zu schenken – es über zinsbelastete Kreditgewährungen an die Banken in Umlauf setzt und damit das Land in Schulden und Wucher stürzt. Und um das zu betonen, wird auf den Scheinen eine »Gewerkschaft gegen Geldwucher« als Herausgeber angeführt, als deren Generalsekretär Giacinto Auriti unterzeichnet.

Dennoch ist das finanzielle Risiko des Professore nicht gering, da die Rücknahme der Simec-Scheine zum doppelten Lire-Wert ja ein klares Verlustgeschäft ist. Dieses Verlustgeschäft verkehrt sich jedoch ins Gegenteil, wenn die Menge der zurückgegebenen Simec-Scheine unter die Hälfte der ausgegebenen fällt. Nach anfänglichen und wohl auch einkalkulierten Verlusten, trat diese Umkehr relativ schnell ein, vor allem als die ausgegebenen Simec-Scheine zu einem umlaufenden Tauschmittel wurden. Verstärkt wurde dieser für Aurite positive Effekt durch das wachsende Interesse der Numismatiker, die einen immer größeren Teil der Noten (ähnlich wie beim Knochengeld der Prenzlauer Künstler oder den Talent-Geldscheinen in der Schweiz!) in ihren Sammelalben verschwinden ließen.

Ist Giacinto Auriti tatsächlich ein Wohltäter?

Allzuleicht könnte man behaupten, der Professore wolle als Großgrundbesitzer mit dem Hinweis auf die Banken nur davon ablenken, dass auch sein eigener Reichtum aus Zinsen stammt, genauer: den Renten aus seinem Immobilienbesitz, die er laufend als Pacht oder Mieten von den Bürgern in der Stadt bezieht.

Doch auch wenn man solche Betrachtungen beiseite lässt und nur das Beste annimmt, fragt es sich, wie sich diese Simec-Aktion für den Geldherausgeber auswirkt. Denn für die kleinen buntbedruckten Papierzettel mit dem Aufdruck Simec (Herstellungskosten pro Stück vielleicht 100 Lire!), kassiert er ja erst einmal das Hundert- oder Tausendfache in echten Lirenoten. In dem Maße also, wie die Nachfrage nach Simec-Noten weiter zu- und der Rücktausch abnimmt, wird die ganze Sache für Auriti zu einer Goldgrube. Das heißt, der jetzt schon nicht gerade arme Mann kann bei dieser »Hilfsaktion« ganz erheblich reicher werden, und das umso mehr, je mehr auch die Bewohner aus der näheren und weiteren Umgebung zu ihm nach Guardiagrele zum Umtausch kommen.

Was passiert, wenn die Sache ausgereizt ist?

Ähnlich wie bei jedem Kettenbriefsystem oder Lawinenspiel, kommt auch die Simec-Aktion einmal an ihre Grenze und damit in die kritische Phase. Diese tritt ein, wenn die Zahl der Simec-Neuerwerber unter die Hälfte der Rückgeber fällt, die dabei ja das Doppelte ihrer Einzahlung zurückfordern. Wird diese kritische Phase durch ein staatliches Verbot der Simec-Scheine oder einen Vertrauenseinbruch plötzlich ausgelöst, werden alle Simec-Besitzer sogar ganz schnell Kasse machen wollen. Das aber ist alleine bei dem Professore möglich, da kein Geschäft mehr einen Simec-Schein annehmen wird, auch nicht zum Nennwert.

Ob dann über die vorgeschobene »Gewerkschaft gegen Geldwucher« noch ein Rückgriff auf den privaten Reichtum des Professore besteht, oder überhaupt noch auf ihn selbst, muss abgewartet werden. Denn er könnte ja seinen Grundbesitz längst versilbert und sich rechtzeitig über alle Abruzzenberge in Sicherheit gebracht haben. Und da in diesem Fall auch sonst niemand mehr etwas von den Scheinen des Giacinto Auriti wissen will, werden sie ganz schnell wieder zu jenen buntbedruckten Papierzetteln, die sie zu Beginn der Aktion waren. Selbst ihr Sammler- und Liebhaberwert wird mit dem Überangebot an Simec-Scheinen in den Keller gehen.

Warum ist Vorsicht geboten?

In den letzten zehn Jahren haben in Europa eine ganze Reihe ähnlicher und schließlich allesamt gescheiterter Geldexperimente stattgefunden. Auch bei diesen traten die Veranstalter meist als Wohltäter auf, versprachen den Mitmachern große Gewinne und klagten z.T. ebenfalls die Banken an, weil sie den Sparern solche Gewinne vorenthielten. So z.B. die Gründer des European-Kings-Club im deutschsprachigen Raum, die für ihre verkauften »Letter« Gewinne von 80 Prozent im Jahr garantierten und anfangs auch auszahlten. Oder jener sozial engagierte Mensch in Rumänien, der unter dem seriösen Firmennamen »Caritas« mit 800 Prozent Verzinsung alle Einwohner des Landes in kurzer Zeit zu Millionären machen wollte, und zu dessen Zeichnungen die Anleger schließlich sogar mit Sonderzügen anrollten. Oder die Organisatoren der Dollarfonds in Albanien, die mit hohen Zinsversprechen den Leuten ihre letzten Devisenreserven aus den Taschen zogen. – Doch ganz gleich wie die Sache in Guardiagrele ausgehen sollte: Giacinto Auriti hat jedenfalls – das muss man ihm bescheinigen – sein System viel intelligenter und schwerer durchschaubar konstruiert, als alle seine bisherigen Vorgänger.

DIE SACHLICHEN BEGRÜNDUNGEN

Wie schon erwähnt, hat Giacinto Auriti seine Geldausgabe vor allem mit Vorwürfen gegen die heutige Geldausgabe-Praxis der Notenbanken begründet, denen er die Schuld für Zinswucher, Verschuldungen und Inflationen anlastet. Zweifellos sind diese Vorwürfe nicht ganz unberechtigt, da die Notenbanken durch Korrekturen der Geldordnung bzw. der Geldpolitik die derzeitigen Gegebenheiten positiv verändern könnten. Entscheidend für diese Abhandlung aber ist die Frage, ob sich durch die Ausgabe des Simec-Geldes an den beklagten Zuständen etwas verbessert.

a) Verschwindet mit dem Simec-Geld der Zinswucher?

Dafür gibt es nicht den geringsten Anhaltspunkt. Denn wenn sich dieses Geld tatsächlich in einem größeren Umfang als umlaufende Währung durchsetzt, wird darin auch gespart werden. Und wenn die ersparten Simec-Scheine nicht im Kreislauf fehlen sollen, muss man sie anderen leihweise überlassen. Für diese Aufgabe der Liquidität aber werden die Simec-Sparer genauso eine Belohnung verlangen wie bei den normalen Währungen. Und diese Zinsbelohnungen könnten vielleicht sogar noch höher sein als üblich, da mit den Simec-Scheinen die Illusion eines größeren Wertes verbunden ist.

Hinzu kommt noch, dass durch die Kenntlichmachung der Simec-Scheine als Privateigentum das Recht der Geldhalter zur Geldzurückhaltung und -verknappung, aus dem wiederum die Zinserpressung resultiert, sogar ausdrücklich legitimiert wird.

b) Gehen mit der Simec-Ausgabe die Inflationsgefahren zurück?

Auch das trifft nicht zu, vielmehr ist das Gegenteil der Fall. Denn durch die Inumlaufsetzung der Simec-Scheine kommt es zu einer Vermehrung der Zahlungsmittel und damit zweifelsfrei zu einem Inflationseffekt. Das ist selbst dann der Fall, wenn Auriti die Lire-Scheine in seinem Palazzo unter Verschluss halten und nicht bei Banken anlegen würde. Denn aufgrund des doppelten Kaufwerts der Simec-Scheine nimmt das Kaufkraftpotential mindestens um diese Wertsteigerung zu. Auch wenn dieser Inflationseffekt auf Grund der geringen Simec-Menge kaum merklich sein wird, könnte er der Banco d«Italia bzw. der EZB eine rechtliche Handhabe bieten, gegen die Simec-Ausgabe vorzugehen.

c) Führt die Simec-Ausgabe zu einer Belebung der Wirtschaft?

Zweifellos kommt es im Rahmen der vorgenannten Ausweitung des Nachfragepotentials zu einer anfänglichen Belebung der Wirtschaft, wenn auch mit den erwähnten inflationären Folgen. Wird das zusätzliche Geld nur in einer begrenzten Zahl von Geschäften angenommen, macht sich dort diese Ausweitung der Zahlungsmittel natürlich als eine erhebliche Umsatzsteigerung bemerkbar. Der größte Teil dieser Mehrumsätze geht jedoch zu Lasten der Geschäfte vor Ort, die sich an der Aktion noch nicht beteiligen.

Kommen jedoch immer mehr Menschen von auswärts nach Guardiagrele um Lire gegen Simec einzutauschen und dort auszugeben, dann kann sich tatsächlich in dem Städtchen ein kleines Wirtschaftswunder entwikkeln. Das geht dann jedoch zu Lasten jener Orte, aus denen die Besucher angereist sind.

Der sich bei manchen Lesern vielleicht aufdrängende Vergleich mit dem »Wunder von Wörgl«, geht allerdings an den Realitäten vorbei. Denn einmal haben wir heute in Europa keine deflationäre Wirtschaftskrise die eine Einführung umlaufgesicherter Alternativ-Währungen sinnvoll und funktionsfähig machen würde. Zum Zweiten wurde das Wörgl-Geld nicht durch ein fragwürdiges Versprechen der Wertverdopplung in den Kreislauf gelockt, sondern seine Nutzung wie sein Rücktausch sogar mit einer Gebühr belastet. Und zum Dritten stand die Gemeinde der Stadt Wörgl hinter diesem Notgeld und garantierte seine Rücknahme, sodass kein Bürger einen Verlust befürchten musste.

d) Würde mit einer anderen Geldausgabe durch die Notenbanken die Zinsproblematik verringert oder abgebaut?

Hierzu sind zuerst einmal die Größenunterschiede zu beachten. So liegen beispielsweise in Deutschland die Kredite der Bundesbank an die Geschäftsbanken bei einer Größenordnung von rund 200 Mrd DM, die der Geschäftsbanken an Wirtschaft und Staat jedoch bei 8.000 Mrd DM. Das heisst, würde die Deutsche Bundesbank morgen die Geldmenge (wie bei einem Drittel bereits der Fall) zinslos in den Umlauf geben, würde sich die gesamte geldbezogene Zinsbelastung im Land nur um 2,5 Prozent verringern. Außerdem ist zu beachten, dass die an die Notenbank fließenden Zinsen an den Staat abgeführt werden, also indirekt wieder der Allgemeinheit zu Gute kommen. Das heißt, die Angriffe des Giacinto Auriti gehen an dem eigentlichen Problem vorbei und damit weitgehend ins Leere.

Zustimmen könnte man Auriti allerdings, wenn es ihm nicht nur um die Notenbankzinsen ginge, sondern um die Absenkung der Zinsen in der Wirtschaft. Diese Absenkung ist aber nicht mit einer Direktvergabe des Zentralbankgeldes an die Bürger zu erreichen, sondern nur durch Maßnahmen, mit der die heute möglichen Geld-Zurückhaltungen unterlaufen werden. Erst wenn diese Möglichkeiten zur künstlichen Geldverknappung unterbunden sind, würde auch der von Auriti gewünschte andere Weg der Geldausgabe realisierbar. Denn erst dann können die Notenbanken auf die Beeinflussung der Zinsen als Instrument der Geldmengensteuerung verzichten.

e) Ist die von Auriti geforderte Pro-Kopf-Verteilung des Geldes sinnvoll oder praktikabel?

Auch hier hilft eine Betrachtung der Realitäten weiter: Die in Deutschland jährlich hinzukommende Geldmenge schwankt z.B. um etwa 6 bis 8 Milliarden DM. Pro Kopf würde das also eine Ausgabe von knapp 100 DM im Jahr bedeuten. Schon die Auszahlung dieses relativ geringen Betrags wäre ziemlich aufwendig. In Wirklichkeit aber müsste er im Laufe des Jahres in schwankenden kleinen Teilmengen und Zeitabständen vergeben und ggfs. – was noch problematischer ist – auch wieder eingezogen werden, je nach den stabilitätsnotwendigen Mengenkorrekturen. Praktikabel dürfte deshalb für diese Geldmengen-Korrekturen nur eine Auszahlung an den Staat sein, der auch zu einer umgehenden Ausgabe dieser Beträge und umgekehrt zu entsprechend hohen Ausgabereduzierungen verpflichtet werden kann.

Selbst wenn man also unterstellt, dass die Aktion von Professore Giacinto Auriti in Italien nur mit lauteren Absichten verbunden ist, müsste er sich zur Erzielung dieser Absichten doch noch etwas intensiver mit den Gegebenheiten unseres heutigen Geldsystems befassen. Vor allem aber müsste er erklären, wieso und warum mit seinem Simec-Geld der mit Recht angeklagte Zinswucher verschwinden soll. ●

Anzeige

Da ärgert sich der Alte Herr, und die Füxe wundern sich:

NEUERSCHEINUNG!

VERBINDENDE VERBÄNDE

Ein Lesebuch zu den politischen und sozialen Funktionen von Studentenverbindungen

Bestellungen an: Projekt „Konservatismus und Wissenschaft" Postfach 1911, 35008 Marburg. Preis: DM 15,00 (zzgl. Porto)

Ein neuer Band in der Reihe „Marburger Beiträge zur Geschichte und Gegenwart studentischer Verbindungen".

SCHWINDEL MIT GÜTESIEGELN FÜR UMWELTVERTRÄGLICHEN TOURISMUS

Green Globe ist nicht grün

Weltweit schießen Ferienanlagen an Traumstränden und Mangrovenküsten wie Pilze aus dem Boden. Gleichzeitig werden die internationalen Urlaubskonzerne nicht müde zu beteuern, wie umweltfreundlich sie doch seien, und schmücken sich mit fantasievollen Öko-Siegeln wie dem »Green Globe 21«.

Von Norbert Suchanek ● Wie dieser offensichtliche Gegensatz zusammenpasst, wussten bislang nur die betroffenen Reiseunternehmen und die »unabhängigen« Zertifizierer der Umweltlabels. Nun wissen wir es auch: Der so genannte »Green Globe 21«, das bekannteste internationale Qualitätssiegel für umweltfreundlichen und sozial verträglichen Tourismus, ist eine Mogelpackung.

Wie eine vom *WWF* Großbritannien und dem *Global Environmental Network* in Auftrag gegebene Untersuchung von Umweltsiegelprojekten zeigt, ist die Bezeichnung »Green Globe 21« irreführend und wenig glaubwürdig. Das vermeintliche Ökosiegel würden Tourismusfirmen erhalten, die sich zwar auf dem Papier einem umweltfreundlichen Managementprogramm verschrieben haben, aber in der Praxis weiterhin keinerlei Rücksicht auf die Umwelt nähmen.

Kein Zufall: Zur selben Zeit, als der britische WWF seinen Bericht vorstellte, wurde ein besonders krasses Beispiel für eine Tourismusentwicklung auf Kosten von Natur und Einheimischen aus Malaysia gemeldet. Im Süden der malaiischen Halbinsel droht über 1.200 einheimischen Familien die Umsiedlung, denn die Bucht von Danga soll auf 400 Hektar Fläche gänzlich umgestaltet und dem Tourismus geopfert werden. Geplant ist eine Luxus-Feriensiedlung samt künstlichem Strand, ein Geschäftszentrum mit Strandpromenade und ein Unterwasserwelt-Themenpark. Weil das Tourismusprojekt darüber hinaus die letzten geschützten Tropenwaldflächen in der südlichen Region der malaysischen Halbinsel gefährdet, protestieren dagegen sechs lokale Umwelt- und Bürgerrechtsgruppen. Sie haben sich zum *Danga Bay Watch-Komitee* zusammengeschlossen. ●

Weitere Infos zum Danga Bay-Projekt bei:
Danga Bay Watch, Pemantau Danga Bay, 8, Jalan Kebudayaan 25, Taman University, 81300 Skudai, Johor
E-Mail: dangabaywatch@hotmail.com
Der Bericht »Tourism Certifikation: An analysis of Green Globe 21 and other certincation programmes« ist nachzulesen im Internet unter
www.wwf-uk.org/news/news/148.htm

Aus: ND vom 25.10. 2000

DIE KASSEN SIND LEER – WO IST DAS GELD GEBLIEBEN

Geldordnung gefährdet den sozialen Frieden

Bundesländer verringern ihre Personalausgaben – Gemeinden schließen Bibliotheken und Schwimmbäder – der Bund kürzt den Sozialetat – Nürnberg verringert die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen . . . Solche und ähnliche Meldungen kann man fast täglich in der Zeitung lesen. Doch trotz dieser Ausgabenkürzungen – irreführend als »Sparmaßnahmen« bezeichnet – verscherbeln Bund, Länder und Gemeinden auch noch ihr ganzes Tafelsilber: Post, Bahn, Beteiligungen und vor allem Immobilien, Werte, die letztendlich Eigentum der Bürger sind, mit ihren Steuergroschen einmal erworben.

Helmut Creutz, Aachen ● Doch auch dieser Rückgriff auf das Eingemachte reicht schon lange nicht mehr aus. Darum wurden und werden bislang immer höhere Schulden gemacht, die wegen ihrer Zinsbelastung die Engpässe noch vergrößern. Alleine der Bund musste Mitte der 90er Jahre fast ein Viertel seiner Steuereinnahmen für den Zinsendienst aufwenden, weit mehr als für die vielgeschmähten Militärausgaben.

Wie kommt es zu dieser Ebbe in den öffentlicher Kassen?

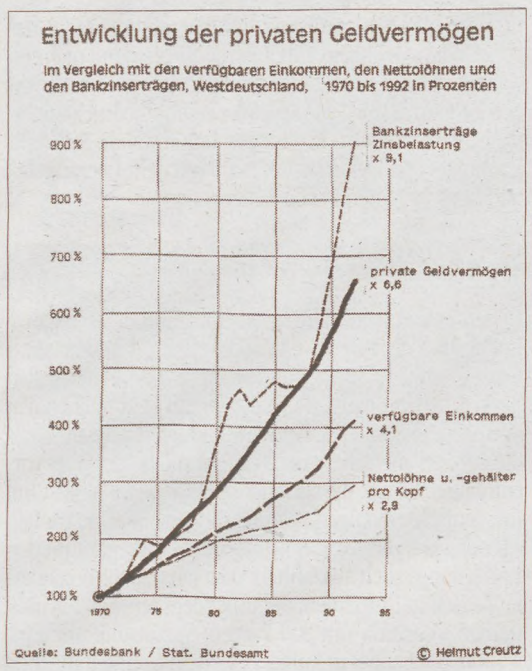
Ist ein Rückgang unserer Wirtschaftsleistung die Ursache? Oder wird unser Land durch andere Ursachen ärmer? – Keinesfalls! Von 1980 bis Ende 1999 haben wir unser reales Sozialprodukt nochmal fast verdoppelt. Selbst in den letzten Flautejahren konnten wir im Schnitt knapp zweiprozentige Wachstumsraten verbuchen. Zwei Prozent reales Wachstum heute aber sind – was kaum beachtet wird – in absoluten Mengen soviel wie zehn Prozent in den 50er Jahren! Für das Jahr 2000 und 2001 werden sogar gut drei Prozent reales Wachstum vorausgesagt, was in 24 Jahren eine Verdoppelung unseres heutigen Produktions- und Verbrauchsvolumen bedeuten würde, in 48 Jahren eine Vervierfachung und in 72 Jahren eine Verachtfachung!

Noch günstiger sieht die Sache bei den Geldvermögen aus. Sie haben von 1980 bis 1999 real sogar auf das Dreifache zugenommen und steigen inzwischen tagtäglich um 1,3 Mrd DM weiter an. Alleine die Zinserträge, die den vorhandenen Geldvermögen laufend gutgeschrieben werden, liegen inzwischen bei mehr als einer Milliarde täglich.

Wie aber ist es möglich, dass es angesichts dieses wachsenden Reichtums zu wachsenden Engpässen in öffentlichen und zunehmend auch privaten Kassen kommt? Wie ist es möglich, dass in unserem Land sogar die Armut wieder um sich greift?

Die Erklärung liegt in der Verteilung

Wenn man einen ausreichend großen Kuchen unter eine gleichbleibende Zahl von Essern aufteilt, braucht niemand Hunger zu leiden. Schneidet aber jemand ein von mal zu mal größeres Stück heraus, bleibt den anderen weniger übrig, es sei denn, sie backen einen immer größeren Kuchen. Wachsen die Ansprüche jenes Nimmersatten



jedoch rascher als der Kuchen vergrößert werden kann, dann nehmen – trotz des immer größeren Kuchens – zwangsläufig die Hungerleider zu.

Genauso ist es in der Wirtschaft: Unser Leistungskuchen – das Sozialprodukt und das daraus resultierende Volkseinkommen – wird jedes Jahr zwischen Kapital und Arbeit aufgeteilt. Der Staat, meist als Dritter im Bunde genannt, greift wiederum auf diese Einkommen zurück. Bei der Arbeit bekanntlich sehr präzise jede Mark an der Quelle erfassend, beim Kapital weniger genau. Man denke nur an Luxemburg und ähnliche Steueroasen. Oder an die großzügigen Steuergeschenke für Besserverdienende, die damit in den letzten Jahren den Wiederaufbau-Ost zum Reichtumsaufbau-West umfunktionieren konnten.

Aber auch schon bei der Aufteilung unseres Leistungskuchens sind die Arbeitenden in der Hinterhand. Denn der Anspruch des Kapitals, zumindest der des Geldkapitals, muss nicht nur vorrangig bedient werden, seine Größe und sein Zuwachs steht auch schon vorher unverrückbar fest, gleichgültig ob die Wirtschaftsleistung ausreichend, wenig oder gar nicht zunimmt: Resultierend aus Geldkaptital mal Zinssatz, sind diese jedes Jahr um etwa sieben Prozent wachsenden Zinsansprüche eine Größe, die niemals zur Debatte steht. Auch nicht bei den Tarifverhandlungen, die in jedem Frühjahr mit viel Medienecho zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern ausgetragen werden. Auch hier streitet man sich nur noch um den »Rest des Kuchens«, der nach der Kapitalbedienung übrig geblieben ist. Das heißt, das Geldkapital diktiert in unserer Wirtschaftspraxis die Bedingungen, zu denen es sich für Kredite zur Verfügung stellt. Die Erfüllung dieser Bedingungen ist also die Voraussetzung für alle Wirtschaftstätigkeiten, einschließlich der Schaffung von Arbeitplätzen!

Die Höhe der Zinssätze ist aber nicht nur entscheidend für die Höhe der Kapitalansprüche an den Leistungskuchen, sondern auch für das weitere Wachstum der Geldvermögen. Denn deren Zunahme stammt in einer älter werdenden Wirtschaftsepoche immer weniger aus erspartem Arbeitseinkommen und immer mehr aus Zinsgutschriften. Selbst die Bundesbank spricht bereits von einer »Selbstalimentation der Geldvermögen«. Und da diese Geldvermögen rascher wachsen als die Wirtschaftsleistung, bleibt von dieser Wirtschaftsleistung für die Arbeitseinkommen relativ immer weniger übrig. Und ist der Leistungszuwachs geringer als der Mehranspruch des Geldkapitals, müssen sich die Arbeitleistenden sogar mit absoluten Rückgängen ihrer Anteile abfinden.

Das Auseinanderdriften dieser Größen geht aus der Grafik hervor, in der die Entwicklungen der westdeutschen Privatvermögen ab 1970 bis 1992 mit jenen der verfügbaren Haushaltseinkommen und der Nettolöhne verglichen werden. Außerdem sind darin die Zinserträge der Banken wiedergegeben, die in etwa mit der fremdkapitalbedingten Zinsbelastung der Wirtschaft gleichzusetzen sind. Sichtbar werden in dieser Kurve auch die explosiven Anstiege dieser Belastung, die mit jeder Hochzinsphase zu verkraften sind. Gleichzeitig spiegeln diese Zinslasten die dahinter stehenden Zinserträge der privaten Haushalte wider, die sich wiederum in den verfügbaren Einkommen der Haushalte niederschlagen. Da die Entwicklung dieser verfügbaren Einkommen jedoch der des Sozialprodukts entspricht, müssen die steigenden Zinserträge zwangsläufig zu Verringerungen der Arbeitseinkommen führen. Diese zeichnen sich entsprechend in den eingetragenen Pro-Kopf-Einkommen ab.

Besonders betroffen sind von den Folgen der Hochzinsphasen die meist verschuldeten Produktionsunternehmen. So mussten diese beispielsweise 1992 mit durchschnittlich rund 12.000 DM je Arbeitsplatz doppelt soviel an Zinsen aufbringen wie vier Jahre zuvor. Hochverschuldete Unternehmen wurden dadurch zu zehntausenden in den Konkurs gezwungen, die anderen zu Reduzierungen der Investitionen und Lohnkosten. Beides wiederum führt zu mehr Arbeitslosigkeit, was wiederum den Konjunktureinbruch verstärkt.

Was sind die Folgen für den Staat?

Konjunktureinbruch und abnehmende Beschäftigung haben nicht nur rückläufige Steuereinnahmen und Engpässe in den öffentlichen Kassen zur Folge, sondern auch noch ansteigende Sozialkosten. Der Versuch, dieses doppelte Dilemma durch höhere Kreditaufnahmen zu schließen, schlägt mit einem rasanten Anstieg der öffentlichen Schuldenzinsbelastung zu Buche. Abzumildern sind diese zunehmenden Probleme nur durch ein erneutes und möglichst hohes Wirtschaftswachstum.

Diese Wechselwirkungen erklären, warum die Verantwortlichen bei uns und anderswo auch dann noch nach mehr Wirtschaftswachstum rufen, wenn dabei die Umwelt auf der Strecke bleibt. Denn sie haben heute wirklich nur die Wahl:

- entweder ohne Wachstum in den sozialen
- oder mit Wachstum in den ökologischen Kollaps.

Da jedoch das Wirtschaftswachstum schon lange nicht mehr mit dem der Geldvermögen und Zinsströme mithalten kann, steuern wir zwangsläufig auf beides zu.

Resümee:

Entgegen immer wieder zu hörenden Behauptungen, fehlt es in unserer Volkswirtschaft also nicht an Geld. Es sammelt sich jedoch, vor allem aufgrund der zins- und zinseszinsbedingten Vermehrungsmechanismen, immer mehr in jenen Kassen, die bereits zuviel davon haben. Die sich dort ansammelnden Überschüsse aber können nur durch zusätzliche Kredite in den Wirtschaftskreislauf zurücktransferiert werden. Mit diesen Rücktransfers aber wachsen die Zinsströme und damit die Umverteilungsspannungen zwischen Arbeit und Besitz nur noch mehr an. Die daraus resultierenden sozialen Polarisierungen aber entwickeln sich zu einer immer explosiveren Mischung.

Geldvermögen und Schulden müssen sich heute also wechselseitig hochschaukeln, wenn die Wirtschaft weiter funktionieren soll. Das heißt, unser Wirtschaftssystem funktioniert auf Grund der monetären Störungen wie ein Motor, der nur bei ständig zunehmender Treibstoffzufuhr weiterläuft. Alle Systeme und Prozesse aber, die auf diese Weise rückgekoppelt sind, müssen aus einfachen mathematischen Gründen in Selbstzerstörungen enden.

Als Folge unserer gegebenen monetären Wirkungsmechanismen sind also weitere Problemzunahmen in Wirtschaft und Gesellschaft unausweichlich vorprogrammiert. Neben der Umwelt gefährden sie vor allem den sozialen Frieden. Schon *Ernst Breit* hat zu seiner Zeit darauf hingewiesen, dass bei uns einer zunehmenden »verschämten Armut« ein ebenso zunehmender »unverschämter Reichtum« gegenübersteht. Und der Bürgermeister von Hamburg, *Ortwin Runde*, hat vor einigen Jahren als Sozialsenator festgestellt, dass in seinem Stadtstaat zwei Bevölkerungsgruppen besonders rasch wachsen würden, nämlich die der Sozialhilfeempfänger und der Millionäre. Wenn es uns nicht gelingt dieser Polarisierung zwischen Arm und Reich Einhalt zu gebieten – so hat er weiter gewarnt – würden uns »Auseinandersetzungen wie in Lateinamerika drohen«. Sicher ist das etwas hochgegriffen. Doch was uns täglich näher rückt, sind die Tendenzen, die wir seit zwei Jahrzehnten in Großbritannien und in den USA registrieren können: Steigende Reichtumskonzentration bei zurückbleibenden oder sinkenden Masseneinkommen!

Das alles dies die Stabilität und den Frieden in unseren Gesellchaften gefährden muss, bedarf keiner näheren Erklärung. Aber nicht nur der Frieden innerhalb unserer Gesellschaft wird durch diese Entwicklungen immer mehr bedroht, sondern auch jener zwischen den Völkern. Und der Versuch, diese Problemzunahmen im sozialen Umfeld durch immer neues Wirtschaftswachstum zu lösen, ist durch seine ökologischen Folgen verbaut.

Wer also nach Erklärungen für die zunehmenden Engpässe in den öffentlichen oder eigenen Kassen sucht, für die Einschnitte ins soziale Netz und die widersprüchliche Entwicklung von Reichtum und Armut, kommt nicht daran vorbei, sich mit den Wirkungsmechanismen und Fehlstrukturen unserer Geldordnung zu befassen.●

Zur Person:

Der Autor befaßt sich – nach 35 Jahren Wirtschaftspraxis – seit 20 Jahren mit Analysen unserer Wirtschaft, vor allem in Bezug auf die Auswirkungen der gegebenen Geldordnung. 1989 erhielt er einen Lehrauftrag an der Uni Kassel und war Kandidat für den alternativen Nobelpreis. Sein letztes Buch: Das Geldsyndrom – Wege zu einer krisenfreien Wirtschaft, erscheint in der 6. Auflage als überarbeitete und erweiterte Neuausgabe im Januar 2001 bei Econ.

GLS-BANK

Fonds für junge Arbeitslose

Die GLS Gemeinschaftsbank eG hat gemeinsam mit dem Land Brandenburg den »GLS-Fonds für Neue Arbeit« in Höhe von 480.000 DM aufgelegt. Aus diesem Fonds werden jungen Menschen, denen sonst die Arbeitslosigkeit droht oder die bereits arbeitslos sind, Mikrokredite in Höhe von bis zu 12.000 DM zur Verfügung gestellt.

Redaktion Heidelberg ● Ein regionaler Beirat beschließt über die Mittelvergabe. Erste Auszahlungen fanden bereits im November statt. Umgesetzt wird dies durch das »Projekt Enterprise«, das bereits seit Mitte 1999 arbeitet und inzwischen 20 Unternehmensgründer erfolgreich begleitet und qualifiziert hat. Ziel von »Enterprise« ist es, jungen Existenzgründern in Brandenburg zu ermöglichen, ihre Geschäftsidee umzusetzen und selbstständig zu werden. Mit dem nun aufgelegten GLS-Fonds kann das Projekt, das ursprünglich nur auf anderthalb Jahre befristet war, fortgesetzt werden.

Die GLS-Bank, die älteste bundesweit arbeitende ethisch-ökologische Bank (mit Sitz in Bochum und Filialen in Hamburg und Stuttgart), will mit dem Fonds einmal mehr innovative und unkonventionelle Finanzierungsinstrumente hervorbringen. Während in Ländern der sogenannten »Dritten Welt« Mikrokreditsysteme vielerorts schon etabliert sind, haben Existenzgründer in Deutschland in der Regel keinen Zugang zu Kleinstkrediten. Die Vergabe solcher Kredite ist den »konventionellen« Banken zu teuer. Die GLS-Bank stellt nun nicht nur 100.000 DM für das Projekt zur Verfügung, sondern entwickelt federführend die rechtlichen Rahmenbedingungen und übernimmt die Verwaltung.

Hauptgründe für die Projektförderung sind für die GLS Gemeinschaftsbank eG:

- Das Projekt steht für ein sinnvolles pädagogisches Gesamtkonzept – junge Menschen lernen selbstständig zu werden, übernehmen Verantwortung für sich, später für andere.
- Die Projektkoordinatoren von »Enterprise« sind fachlich in der Lage, die Existenzgründer vor, während und nach der Existenzgründung zu beraten und zu qualifizieren.
- Das Projekt hat einen solidarischen und sozialen Charakter: Wem jetzt aus Mitteln des GLS-Fonds geholfen wird, zahlt diesen Kredit in kleinen Raten über Jahre zurück – und ermöglicht so eine fortlaufende Erneuerung des Fonds für andere junge Existenzgründer.
- Der GLS-Fonds ist ein positiver Beitrag gegen die Jugendarbeitslosigkeit im Land Brandenburg.●

Aus einer Presseerklärung der GLS-Bank vom 4.12.2000

HERAUS AUS DER KRISE – HINEIN IN DEN ÖKOLOGISCHEN LANDBAU

Zukunftsstiftung Landwirtschaft

Über die Zukunftsstiftung sollen Projekte gefördert werden, die durch ihre Arbeit den Marktanteil ökologisch erzeugter Lebensmittel deutlich steigern und damit dem Bio-Landbau zum Durchbruch verhelfen können.

Redaktion Heidelberg ● Beim Start der *Zukunftsstiftung Landwirtschaft* am 13. Dezember in Köln sagte Rolf Gerling, einer der Gründungsstifter: »Die Krise der gegenwärtigen Agrarwirtschaft ist offensichtlich. Nicht zuletzt der BSE-Skandal zeigt, dass wir eine grundlegende Neuorientierung der Landwirtschaft brauchen. Notwendig ist ein radikales Umdenken. Wir laden alle ein, mit uns gemeinsam aktiv zu werden und zukunftsweisende Anbaumethoden und Projekte auf breiter Ebene voranzutreiben.« Um beispielhafte Projekte – von ökologischen Höfen bis hin zu Züchtungs-, Forschungs- und Bildungsinitiativen – fördern zu können, werden dringend weitere Stifter gesucht.

Zu den Initiatoren gehören zahlreiche Einzelpersonen sowie die *Gerling-Foundation, die Schweisfurth-Stiftung* und die *GLS-Gemeinschaftsbank eG*. Die Zukunftsstiftung Landwirtschaft will dazu beitragen, den Marktanteil ökologisch erzeugter Lebensmittel jährlich um mindestens 10 bis 15 Prozent zu erhöhen. Der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Anbaufläche in Deutschland soll bis zum Jahr 2010 auf 10 Prozent, bis 2020 auf 30 Prozent steigen. Das Stiftungskapital von 3,2 Millionen Mark soll im Jahr 2001 auf 4 Millionen Mark erhöht werden. Das Fördervolumen wird sich im Jahr 2001 auf mindestens 1,7 Millionen Mark belaufen. Der Stiftungsrat hatte in Köln die Mittelvergabe von 500.000 Mark für zunächst acht Projekte beschlossen. Dazu gehört beispielsweise die Anschubfinanzierung einer Internet-Saatgutbörse, die über die Verfügbarkeit von Gemüse- und Getriedesaatgut aus ökologischer Züchtung informiert. Ein weiteres Beispiel ist die Förderung des Projektes der Arbeitsgemeinschaft Rinderzucht, die Zuchtlinien für Milchkühe entwickelt, die Langlebigkeit sowie Robustheit und Gesundheit mit der Fähigkeit verbinden, aus betriebseigenem Futter gute Milchleistungen zu erbringen. Im Jahr 2001 soll die ökologische Züchtungsarbeit auf Schweinerassen ausgedehnt werden.●

Die Zukunftsstiftung Landwirtschaft wurde im Mai 2000 als unselbständige Stiftung gegründet. Die Geschäftsführung der Stiftung wurde von der Gemeinnützigen Treuhandstelle e.V. (GTS) übernommen. Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

Kontakt: Zukunftsstiftung Landwirtschaft in der GTS,
Oskar-Hoffmannstr. 25, D-44789 Bochum
Tel. (02 34) 579 71 72, Fax 579 71 33
E-Mail: stiftung-ldw@gemeinschaftsbank.de

Auf's Kleingedruckte achten

Gen-Money-Polution

Mit der Lupe in den Supermarkt

80% der Bevölkerung lehnen gentechnisch hergestellte Nahrungsmittel ab. Doch nur die wenigsten wissen, dass in ihrem täglichen Essen Gentechnik-Produkte verarbeitet sein können. Die Kennzeichnung ist nicht eindeutig. Renate Beckmann von der Verbraucherzentrale Niedersachsen bringt Licht ins »Etikettendunkel«.

Sandy Richter, Redaktion Bremen-Umland ● Auf dem europäischen Lebensmittelmarkt sind derzeit vier verschiedene gentechnisch manipulierte Maissorten, eine Sojasorte sowie diverse Gen-Rapsöle zugelassen. Alle Nahrungsmittel, in denen das gentechnisch manipulierte Erbmaterial dieser Pflanzen nachweisbar ist, müssen laut Novel-Food-Verordnung gekennzeichnet werden. Novel-Food heißt soviel wie »Neuartige Nahrungsmittel«. Die Verordnung wurde 1997 von der Europäischen Kommission entworfen. »Doch bis heute ist sie keine Durchführungsverordnung. Die Hersteller gentechnisch veränderter Produkte werden noch nicht zur Anwendung gezwungen«, so Renate Beckmann von der Verbraucherzentrale in Oldenburg. Auch ist die Kennzeichnungs»pflicht« für Gen-Nahrung sehr schwammig. Laut Novel-Food-Verordnung müssen nur die Lebensmittel gekennzeichnet werden, in denen die genetische Veränderung noch nachweisbar ist. Das betrifft Produkte, die direkt genetisch verändert wurden, wie zum Beispiel die Gentomate. Doch in vielen anderen Lebensmitteln kann der Nachweis aufgrund komplizierter Verarbeitungsprozesse nicht mehr gebracht werden. Die DNA (Träger der Gene) des Ausgangsstoffes wird bei der Verarbeitung so verändert, dass im Endprodukt ein Nachweis manipulierter Gene kaum noch möglich ist. »In gentechnisch erzeugtem Raps kann man die veränderten Gene nachweisen, im Rapsöl schon nicht mehr. Deshalb fallen 80% aller Lebensmittel nicht in die Novel-Food-Verordnung. Und auch Aromen und Zusatzstoffe sind nicht mit drin«, erklärt Frau Beckmann.

Die 1%-Hürde

1998 wurde eine Zusatzverordnung für gentechnisch veränderte Mais- und Sojaprodukte eingeführt. Sie gilt für vier Maissorten des Schweizer Saatgutkonzerns Novartis sowie für die Sojapflanzen von Monsanto. Nach dieser Verordnung müssen gentechnisch veränderte Maisprodukte wie Cornflakes, Maismehl und mit Einschränkung auch Maisstärke auf der Verpackung mit dem Etikett »Aus genetisch verändertem Mais hergestellt« gekennzeichnet werden. Maisöl und aus Maisstärke gewonnene Süßungsmittel (wie Sorbit) erhalten dagegen keine Etikettierpflicht. Denn nach der Verarbeitung des genetisch veränderten Mais kann im Endprodukt kein Nachweis mehr erbracht werden. Bei Monsantos Sojaprodukten sieht es nicht anders aus. Tofu, Sojaflocken und -sprossen müssen in der Zutatenliste den Hinweis »Aus genetisch veränderten Sojabohnen hergestellt« enthalten. Für Sojaöl und Zusatzstoffe aus Soja gilt die Kennzeichnung nicht.

Im April diesen Jahres wurde diese spezielle Verordnung durch die Aufnahme von gentechnisch erzeugten Aromen und Zusatzstoffen erweitert. Außerdem trat die 1%-Regelung über eine zufällige gentechnische Verunreinigung »sauberer« Mais- und Sojaprodukte in Kraft. Eine Verunreinigung kann erfolgen, wenn Pollen der Genpflanzen durch Wind oder Insekten auf Nachbarfelder getragen werden und sich mit den herkömmlichen Pflanzen kreuzen. Auch bei Transport und Lagerung können manipulierte Sorten mit gentechnikfreien in Berührung kommen. Wenn der Lebensmittelproduzent nachweisen kann, dass die Verschmutzung unbeabsichtigt erfolgte und der Anteil gentechnisch veränderter Bestandteile unter ein Prozent liegt, muss das jeweilige Endprodukt nicht gekennzeichnet werden. Besteht der Mais auf der leckeren Pizza aber zu 1,5% aus einer genetisch veränderten Sorte und zu 98,5% aus einer normalen, dann muss das auf der Packung vermerkt sein. Was die Neuregelung der Zusatzstoffe und Aromen betrifft, sind nur die über der 1%-Hürde kennzeichnungspflichtig. Renate Beckmann: »Das ist eigentlich eine Verschlechterung der vorherigen Bedingungen.«

Gen-Schokolade?

In den USA ist die Hälfte der Soja- und ein Drittel der Maisernte gentechnisch verändert. Auf den deutschen Markt gelangen diese Genprodukte hauptsächlich in Form von Mais- und Sojaölen. In den Ölen lässt sich die manipulierte DNA der Ausgangsstoffe nicht mehr nachweisen. Produkte, in denen die Fette enthalten sind, müssen auf der Packung nicht gekennzeichnet werden. Deshalb kann der Konsument beim Verzehr von Nuss-Nougat-Creme, Eis, Schokolade, Fertiggerichten und Co. nie sicher sein, ob deren Fettbestandteil aus gentechnisch manipulierten Sojaöl besteht oder nicht. Weil man im Endprodukt enthaltene Gentechnik-Bestandteile nicht eindeutig nachweisen kann, fordern Verbraucherverbände die Kennzeichnung schon während des Herstellungsverfahrens. Ein weiteres Problem sieht Renate Beckmann auch in den fehlenden Bestimmungen für Tierfutter: »Es gibt noch keine Novel-Feed-Verordnung. Aber gerade im Tierfutter ist der größte Absatz gentechnisch veränderten Sojamehls. Tierische Endprodukte wie Milch, Käse oder Eier könnten dadurch genmanipulierte Bestandteile enthalten. Deshalb fordern wir ganz stark eine Kennzeichnung bei der Herstellung.«

Auf Nummer sicher gehen

Generell sollte jeder Verbraucher, der Gentechnik ablehnt, beim Einkaufen die Zutatenliste auf der Packung genau studieren. Der Hinweis auf genetisch veränderte Inhaltsstoffe ist meist kleingedruckt und recht unauffällig. Da die meisten Lebensmittel aus der Kennzeichnungspflicht rausfallen, empfiehlt die Verbraucherzentrale möglichst unverarbeitete Produkte zu verwenden. Mit Obst und Gemüse aus dem eigenen Garten fährt man sowieso am besten. Wer bei Brot, Saft und Käse absolut gentechnikfreie Produkte kaufen will, sollte zu Bioprodukten greifen. Im ökologischen Anbau ist Gentechnik nämlich tabu. Die Biobauern müssen sogar garantieren, dass ihre Ernte auch nicht zufällig zu 1% mit manipulierten Genen »verseucht« wurde. Um den Verbraucher zu schützen, hat Greenpeace eine »schwarze« Liste mit genmanipulierten Lebensmitteln zusammengestellt. Die kann jeder unter dem Faxabruf 040-38 99 80 80 anfordern. Ausführlichere Infos zu Genprodukten gibts auch im Internet unter www.greenpeace.de/einkaufsnetz. Außerdem fordern der Umweltverband und die Verbraucherzentrale alle zum Mitmachen auf: Werden Sie Gen-Detektiv! Machen Sie genmanipulierte Nahrungsmittel in den Regalen ausfindig und informieren das Greenpeace-Einkaufsnetz im Internet.●

Renate Beckmann von der Verbraucherzentrale Niedersachsen fordert strengere Bestimmungen bei der Kennzeichnung gentechnischer Inhaltsstoffe in Lebensmitteln.

Kurz Notiert

KWS verwirrt - doppelresistente Rüben

Peinlich: Das niedersächsische Saatgutunternehmen KWS Saat AG produzierte unwissentlich eine gentechnisch veränderte Zuckerrübe, die gleich gegen zwei Pflanzenschutzmittel resistent ist. Beabsichtigt war, dass die Rüben nur gegen das Totalherbizid Liberty resistent sein sollte. Auf Anbauflächen wurden nun auch Pflanzenbeobachtet, die zusätzlich noch gegen das Herbizid Roundup resistent waren. Das Unternehmen bestätigte inzwischen die »unbeabsichtige Einstäubung in Zuckerrüben-Experimentalhybriden« und sperrte alle entsprechenden Saatgut-Partien. KWS glaubt, dass die Zweitresistenz gegen das Herbizid Roundup durch Pollenflug im Gewächshaus hervorgerufen worden sei. (Pressemitteilung KWS Saat AG, 9.10.00) Die Panne fiel erst auf, nachdem das Unternehmen die gentechnisch veränderten Rüben bereits auf 39 Versuchsflächen in Deutschland und auf 9 Flächen in anderen europäischen Ländern ausgepflanzt hatte.
(Financial Times, 8.10.2000) (sr)

Pappeln für die Wüste

Israelische Wissenschaftler haben nach eigenen Angaben Pappeln genetisch so verändert, dass sie auch unter Wüsten-Bedingungen wachsen können. Arie Altmann, der Leiter des Projekts an der landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Jerusalem, will im kommenden Jahr mit der Anpflanzung in der Negev-Wüste im Süden des Landes beginnen, berichtete die Tageszeitung Haaretz. Die Bäume sollen so genügsam sein, dass sie mit wenig und notfalls auch noch salzigem Wasser auskommen. »Wüsten erobern langsam aber sicher unseren Planeten«, meinte Altmann. »40 bis 50 Prozent der Erde werden in den nächsten 50 Jahren verwüsten«. Die Verwüstung aber könne durch die Bepflanzung mit Bäumen gestoppt werden.
(FR 5.9.00) (sb)

Virus hebt Herbizidresistenz auf

Gentechnisch veränderter Raps verliert seine Herbizidresistenz, wenn er mit einem natürlich vorkommenden Umweltpathogen, dem Blumenkohlmosaik-Virus (CaMV), infiziert wird. CaMV ist ein gewöhnlicher Krankheitserreger bei Brassica-Arten, zu den beispielsweise Kohl, Blumenkohl und Raps gehören. In diesem speziellen Fall verlor der infizierte Raps seine Herbizidtoleranz gegenüber Bialophos. Scheinbar wurde das resistenzvermittelnde Gen von dem Blumenkohlmosaik-Virus abgeschaltet. Dieses »gene silencing« (silence, engl.: Stille) wird auf eine Interaktion des eindringenden Pathogens mit dem eingeschalteten Herbizidtoleranz-Gen zurückgeführt. Denn der so genannte virale Promotor stammt vom Blumenkohlmosaik-Virus. Er wird bei den meisten gentechnisch veränderten Pflanzen eingesetzt. Ein weiterer interessanter Punkt der Studie betrifft das Herbizid Bialophos. Es ist verwandt mit Glufosinat-Ammonium, dem Wirkstoff, gegen den die Gentech-Pflanzen von Aventis resistenz gemacht wurden. (Al-Kaff et al., Nature Biotechnology 18).
(Gentechnik Nachrichten 09/00) (nl)

Quelle: GID Nr. 142/2000

Patentierung von Saatgut

Die Bauern in der Zange

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. (AbL) arbeitet unter anderem aktiv an der Aufdeckung von Problemen, die Gentechnik mit sich bringt. Schleichend und folgenschwer für Landwirte, erarbeiten sich große Konzerne weltweit Patente auf Saatgut und Pflanzen.

Carmen Füllgraf, Redaktion Bremen-Umland ● Die Gentechnologie sei eine Risikotechnologie, so die *AbL. Karl-Heinz Rengstorf:* »Die Folgen sind nicht abzusehen, und es ist auch fraglich, ob das möglich ist. Freigesetzte Organismen kann man nicht wieder zurückholen. Für Landwirte ist es schwierig, abzuschätzen, wohin das im einzelnen führt. Der bäuerliche Betrieb hat nur Nachteile. Er muss Patentgebühren bezahlen und gerät unter totale Kontrolle.« Der sogenannte »gläserne Landwirt« muss genau angeben, welche und wie viele Pflanzen er angebaut hat. Er darf keinen Nachbau betreiben. Das heißt, keine Aussaat patentierter Keimlinge durch eigene Nachzucht. Die Spritzmittel bestimmen die Firmen und verkaufen sie gleich dazu. Das bedeute totale Abhängigkeit. »Vom Acker bis zum Tellerrand.« Die Erfahrung in den USA zeigen, die Gentechnik hat nicht das gebracht, was man sich erhoffte. Folgen waren unter anderem Mindererträge und keine Einsparung von Spritzmitteln. Die amerikanischen Farmer haben Absatzprobleme mit genveränderten Pflanzen. Wer einmal auf seinem Acker Gentechnik-Kulturen angebaut hat, riskiert die Belastung seiner Flächen durch den Durchwuchs transgener Pflanzen in Folgekulturen. Außerdem machen die Pflanzen mit ihrem Kreuzungsverhalten nicht an den Grundstücksgrenzen halt. Und die Bienen auch nicht.

Monopolinteressen

Seit zwölf Jahren betreibt Rengstorf aus Oiste bei Verden aktive *AbL*-Arbeit für konventionell oder biologisch arbeitende Landwirte: »Die Gentechnik macht Bauern abhängig und zerschlägt weltweit bäuerliche und mittelständische Strukturen in der Pflanzenzüchtung. Die Monopolstellungen der Gentechnik-Hersteller sollen abgesichert werden durch die Patentierung ihrer gentechnisch veränderten Organismen.« Es sollte die freie Entscheidung eines jeden Bauern sein, welche Saaten er in den Boden einbringt. Genmanipulierte Ware soll die Zukunft sein. Es werden keine Kosten und Mühen gescheut, diese an die Frau und an den Mann zu bringen. Rengstorf weiß, dass auf diesem Gebiet die Verbraucher nicht so recht mitspielen: »Der Verbraucher hat große Macht. Er hat es in der Hand, in welchem Umfang die Gentechnik zum Einsatz kommt.« Selbst große Lebensmittelketten wollen diese Waren nicht mehr in ihren Regalen stehen haben, weil sie nicht verkauft werden. (Es sei denn, »man weiß nicht, was man hat.« Guten Abend) Der Landwirt muß sich am Markt orientieren. »Ein großer Genbefürworter ist unser Bundeskanzler Schröder. Landwirtschaftsminister Funke ist Vertreter der Konzerne und Umweltminister Trittin freut sich, dass er an der Macht ist und schweigt zu diesem Thema. Da fühlt man sich doch im Stich gelassen«, so der Bauer. Dass es gesetzwidrig ist, Patente auf Pflanzen und Tiere zu erlassen, stört Politiker und Konzerne wenig. Es werden Gesetzeslücken gesucht und somit nimmt der »Fortschritt« seinen Lauf.

Karl-Heinz Rengstorf ist Regionalgruppensprecher der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. Die kritische Organisation vertritt konsequent die Interessen der bäuerlichen Betriebe. Foto: Carmen Füllgraf

Widerstand

Gentechnik ist kostenintensiv, somit teuer und vor allem auf die reichen Länder gerichtet. Rengstorf bezweifelt, dass so dem »Welthunger« entgegengewirkt wird. »Wir sind eine relativ kleine Organisation, aber mit guten Aktionen. Mit einem Misthaufen zogen im Mai die *AbL* und *Greenpeace* vor eine Tagung des Europäisches Parlaments in München, um ein Zeichen gegen die Patentierung zu setzen. Verhandlungsthema: ein Patent des Konzerns Monsanto. Ich selbst habe bei einer nicht angekündigten Protestaktion in Hannover auf einer Landwirtschaftsmesse mitgewirkt. Dort wurde der Einsatz von genmanipulierten Soja propagiert.«

In unser Region sorgten die Freilandversuche mit Genmais und Genraps für erhitzte Gemüter. In Benkel wurde das Maisfeld zerstört, während die *AbL* gerade eine Podiumsdiskussion mit dem Konzern führte. Wobei in Oberboyen ein Genraps-Versuch durch Feldbesetzung verhindert wurde. Rengstorf: »Die meisten Freilandversuche werden in Ostdeutschland durchgeführt. Dort ist die Gegend dünner besiedelt und der Widerstand geringer.

Man nennt die *AbL* auch Agraropposition. Wir sind der Stachel im trägen agrarpolitischen Fleisch.« Die Zeitung »Unabhängige Bauernstimme« informiert monatlich über brisante Themen und Ereignisse und ebenso der jährliche »Kritische Agrarbericht«.●

ABL Bauernblatt Verlag, Tel.: (0 52 42) 4 81 85,
Fax: 4 78 38
www.bauernstimme.de.

»JA« ZU GEN-MAIS

Gen-Money-Polution

Vertrauen ist alles

Bauer Knüppelmann vertritt keine leichte Position. Der Landwirt aus dem Flecken Ottersberg könnte sich durchaus vorstellen, die Möglichkeiten, die die moderne Gentechnik bietet, in Zukunft für sich zu nutzen.

Der Landwirt mit seinen 85 Milchkühen. Eine ökonomische Arbeitsweise hält Hartmut Knüppelmann heutzutage auch im bäuerlichen Bereich für unerlässlich: »Sonst ist man mit 50 total am Ende.« Foto: Iris Meyer

Iris Meyer, Redaktion Bremen-Umland ● Trotz aller Begeisterung über das Experimentieren mit den Genen äußert er dennoch Bedenken. Wie jede Technologie habe auch die Genforschung nicht nur Vorteile, sondern berge auch Gefahren in sich. »Man kann aber nur über Risiken sprechen, wenn man diese auch kennt«, fasst *Hartmut Knüppelmann* seinen Standpunkt zusammen. Die einzige Möglichkeit, die Gefahren der Gentechnik zu minimieren sieht er daher in der praktischen (Er-)forschung an Versuchsfeldern. Zwar bleibe ein gewisses Restrisiko – wie in allen Bereichen – bestehen, das jedoch auch hier eingegangen werden müsse. Dabei setzt *Hartmut Knüppelmann* als Laie volles Vertrauen in die Wissenschaft und das Sicherheitsdenken der verantwortlichen Experten. Allerdings kann er durchaus auch die Position von Gentechnikgegnern akzeptieren. Schließlich könne jeder frei entscheiden, wie er sich dem Thema gegenüber verhalte.

Die Zerstörung von Versuchsfeldern wie in Benkel toleriert er aber nicht. Seiner Meinung nach sei es nicht in Ordnung die Genforschung in dieser Weise zu blockieren und damit Risikominimierung unmöglich zu machen. In diesem Zusammenhang sieht er auch die aktuelle rechtliche Situation nicht als ein Problem an. Dieses sogenannte »Vereinfachte Verfahren« erlaubt Konzernen wie *Monsanto* das Anlegen von Versuchsfeldern, ohne dass zuvor kommunale Behörden oder Bürger informiert werden müssen. Hat das *Robert-Koch-Institut* in Berlin Freisetzungsversuche mit einer Pflanzenart erstmalig genehmigt, muss nur beim ersten Mal eine Bürgerinformation stattfinden. Danach können bundesweit weitere Versuche ohne Vorabinformation durchgeführt werden. *Hartmut Knüppelmann* hält das oft kritisierte Verfahren für richtig. Es sei nicht der Sinn der Sache, Versuchsfelder als solche zu deklarieren und damit ihre Zerstörung durch aufgebrachte Bürger zu riskieren. Im Fall von Benkel müsse der Firma *Monsanto* zudem zugute gehalten werden, dass sie freiwillig die kommunalen Behörden informiert habe – allerdings erst, nachdem das Saatgut bereits im Boden war.

Zeit ist Geld

Als Landwirt hat Herr Knüppelmann verständlicherweise ein Interesse daran, möglichst ökonomisch zu arbeiten. »So ein Bauernhof ist ja letztendlich ein wirtschaftlicher Betrieb wie jeder andere auch. Deshalb ist es wichtig, den Arbeitsaufwand in einem gesunden Maß zu halten.« Bereits jetzt erleichtern automatische Fütterungsanlagen und moderne Laufställe für die 85 Milchkühe die Arbeit auf dem Hof. Der Landwirt ist davon überzeugt, dass gentechnisch verändertes Saatgut auch die Bewirtschaftung der Ackerflächen, auf denen zu 75% Futtermais angebaut wird, optimieren könnte.

Besonders interessant ist für ihn eine gegen das Totalherbizid »Round Up« resistente Maissorte. Dieses Unkrautvernichtungsmittel ist bereits seit 25 bis 30 Jahren auf dem Markt und wird auch von *Hartmut Knüppelmann* schon seit Jahren eingesetzt. »Round Up« wirkt nicht artspezifisch (selektiv), sondern gegen alle grünen Pflanzen. Daher wird es in der konventionellen Landwirtschaft nur zur Nachbehandlung der Felder nach der Ernte eingesetzt, um den Boden vor der nächsten Aussaat von unerwünschten Wildkräutern zu befreien. Beim Anbau von resistentem Mais wäre der Einsatz des Giftes nicht nur auf die Nachbehandlung der Äcker beschränkt. Stattdessen könnte es auch in der Wachstumsphase gespritzt werden, ohne dass die Maispflanzen dabei Schaden nähmen. Für den Bauern bedeutet diese Vorgehensweise eine erhebliche Arbeitserleichterung. Statt wie bisher zwei bis drei Mal jährlich die Anbauflächen mit verschiedenen selektiv wirkenden Herbiziden (Unkrautvernichtungsmittel) zu spritzen, würde eine einzige Behandlung mit »Round Up« genügen, um sämtlichen Unkräutern auf einmal den Garaus zu machen. Die Giftmenge wird dadurch allerdings nicht zwangsläufig auch reduziert. Statt, wie zuvor, mehrmals eine geringere Dosis aufzubringen (jeweils zirka 5 Liter pro 20 Quadratmetern), wird lediglich die gesamte Menge einmalig gespritzt.

Druck der Konkurrenz

Gentechnisch veränderte Maissaat und »Round Up« funktionieren also nur im Doppelpack. Beides wird von der Firma *Monsanto* produziert und vertrieben. Die Gefahr der skrupellosen Ausnutzung dieser Patente sieht Knüppelmann nicht: »Monsanto hat ja ein Interesse daran, gegenüber konventionellen Züchtern konkurrenzfähig zu bleiben. Sollte das Gen-Saatgut wesentlich teurer sein als das der Konkurrenz, würden die Bauern es schließlich nicht kaufen. Auch Wirtschaftsriesen sind letztendlich immer vom Verbraucher abhängig.« Aktuell bezahlt man für eine Einheit (80.000 Samen) etwa 200,– DM. Dazu kommen noch Nebenkosten, zum Beispiel für Spritzmittel.

Das *Monsanto*-Patent führt auch dazu, dass die Bauern jedes Jahr ihr Saatgut neu kaufen müssen, da die Saat nicht weitervermehrt werden kann. Aber auch die Saat aus konventioneller Züchtung kann von den Landwirten nicht selber nachgezüchtet werden. Sehr ertragreiche Maissorten sind meist Hybride (Mischlinge), die bei einer Weitervermehrung ihre leistungsstarken Eigenschaften verlieren. Der Bauer muss die Saat jedesmal neu vom Züchter kaufen. Hier besteht also kein wesentlicher Unterschied zu der Maissaat der Gen-Tech-Riesen. Solange sich der Preis für konventionelle und genmanipulierte Saat etwa die Waage hält und Herr Knüppelmann weiterhin von den Vorteilen überzeugt bleibt, würde er auf jeden Fall seinen (wirtschaftlichen) Nutzen aus der Gentechnik ziehen. Könnte er jedoch die Gen-Produkte an die Molkerei nicht verkaufen, bliebe er auch weiterhin beim konventionellen Anbau. Auch ein landwirtschaftlicher Betrieb richtet sich schließlich in erster Linie nach dem Verbraucherinteresse.●

Kleines Gentechnik-Wörterbuch

- **Auskreuzung:** Liegen zwei Felder mit der gleichen Pflanzenart direkt nebeneinander, können durch Wind und Insekten unkontrolliert Pollen übertragen werden. Auf diese Weise können unabsichtlich gentechnisch veränderte Pflanzen mit herkömmlichen gekreuzt werden.
- **DNA:** Durch vier verschiedene Basen (chemische Substanzen) wird die Erbinformation jedes Lebewesens auf dem DNA-Strang (ähnlich einer Strickleiter) im Zellkern verschlüsselt. Dieser »DNA-Code« ist die Vorlage für die Bildung 20 verschiedener Proteine.
- **Gen:** die kleinste, unteilbare Einheit der Erbinformation im Zellkern. Die Manipulation eines Genes kann den Aufbau eines Proteins verändern und damit alle biochemischen Vorgänge und Kettenreaktionen verändern, die dieses Protein auslöst.
- **Hybride:** sind die Nachkommen zweier (Pflanzen-)Sorten einer Art, die miteinander gekreuzt wurden: also Mischlinge. Die Hybride vereinen dabei jeweils einzelne Merkmale beider Eltern in sich.
- **Hybridzüchtung:** Züchtungverfahren zur Erzielung eines hohen Ernteertrages. Die Nachkommen der ersten Generation sind dabei leistungsfähiger als die Pflanzen der Elterngeneration. Alle folgenden Züchtungen sind jedoch ertragsschwächer.
- **Protein:** Eiweiß
- **Robert-Koch-Institut:** oberste Entscheidungsbehörde zum Anlegen von Gentechnik-Versuchsfeldern mit Sitz in Berlin.
- **Selektion:** ist das natürliche Auswahlverfahren in der Natur. Manche Individuen einer Art sind zufällig (durch natürliche Mutation) besser an bestimmte Umweltbedingungen angepaßt und können sich daher stärker vermehren. In der Landwirtschaft steigert man durch künstliche Selektion (= Sortenzüchtung) Erträge und Widerstandsfähigkeit der Nutzpflanzen.
- **selektiv:** artspezifisch. Zum Beispiel wirken die meisten Pflanzengifte/Spritzmittel selektiv, d.h. sie töten nur eine ganz bestimmte »Unkraut«sorte, während sie alle anderen unbeschädigt lassen.
- **Terminatortechnologie:** Ein gentechnisches Verfahren der Firma Delta and Pine, das Saatgut nur ein einziges Mal keimen läßt. Dabei bildet die Pflanze einen Giftstoff, der den Samen in zweiter Generation zerstört, sobald dieser keimt. Die Landwirte können das Saatgut nicht mehr selber weitervermehren und müssen es jährlich neu kaufen. Bis 2005 streben die Konzerne eine Terminatorlösung für alle wichtigen Nutzpflanzen (Reis, Mais, Hirse, Soja, Weizen) an (laut Greenpeace-Information).
- **Vereinfachtes Verfahren:** Das Anlegen von mehreren Versuchsfeldern zu derselben Versuchsreihe muß kommunalen Behörden und Bürgern nur ein einziges Mal mitgeteilt werden. Danach ist eine Information bei Folgefeldern bundesweit nicht mehr notwendig. Diese Handhabung ist rechtlich strittig.

Iris Meyer

DAS PATENTSYSTEM

Hunger und Patente

Das Recht auf ausreichende Nahrung ist im internationalen Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte fest verankert. Dieses Menschenrecht wird aber einem großen Teil der Menschen verweigert, denn für 830 Millionen Menschen, die vor allem in Entwicklungsländern leben, ist Hunger eine tägliche Erfahrung: Alle 3,6 Sekunden verhungert jemand auf unserer Welt.

Bernd Nilles, Misereor ● Gleichzeitig vertritt eine Gruppe von transnationalen Konzernen die Position, dass ihre Anstrengungen im Bereich der Bio- und Gentechnologie unter Anwendung modernster technologischer Prozesse eine echte Möglichkeit darstellen, ausreichende Ernährung für alle zu sichern. Die Industrie wirbt mit diesem Argument bei den Verbrauchern Europas um Akzeptanz für die Bio- und Gentechnologie, in die sie seit Jahren Milliardenbeträge investiert. Eine zentrale Bedingung, die ersehnten Gewinne zu erwirtschaften, besteht in der stark auf die Interessen der Industrie zugeschnittenen Neuordnung und Internationalisierung der Rechte auf geistiges Eigentum, einschließlich des Patentschutzes auf Lebensformen.

Durch das Abkommen über handelsbezogene geistige Eigentumsrechte TRIPS sind die 139 Mitgiedsstaaten der Welthandelsorganisation WTO verpflichtet, Patente für Mikroorganismen (die Lebensformen sind) und mikrobiologische Prozesse (die natürliche Prozesse sind) zu gewähren. Genau diese Möglichkeit bildet das Einfallstor für die patentrechtliche Kontrolle über Pflanzen, die auf genmanipulierten Mikroorganismen basieren. Die in einem Artikel des Abkommens (Art. 27.3 (b)) enthaltene Option, Pflanzen und Tiere von der Patentierung auszuschließen, wird dadurch nahezu unwirksam.

Das Interesse der Industrie an der Patentierung von Lebensformen und natürlichen Prozessen ist eng mit dem Ziel der Kontrolle über den Saatgutmarkt verbunden. Lebewesen wie Pflanzen und Mikroorganismen können sich selbst weiter vermehren, nachdem sie verkauf worden sind. Dies schränkt den möglichen Gewinn durch »biologische Erfindungen« ein. Wenn aber ein Verfahren zur Zucht einer genmanipulierten Pflanze patentiert wird, hat der Patentinhaber das ausschließliche Recht über alle Pflanzen, welche mit Hilfe dieses Verfahrens erzeugt würden.

Aus diesem Grund ist es Bauern und Bäuerinnen nicht erlaubt, Saatgut, das von solchen Pflanzen stammt, neu auszusäen. Sie sollen dazu gezwungen werden, für jede Aussaat neues Saatgut zu kaufen bzw. jedes Mal Gebühren an die Patenthalter zu bezahlen.

Das Patentsystem wirkt sich also im Wesentlichen dadurch auf die Ernährungssicherheit negativ aus, dass es die Monopolisierung der Kontrolle des Saatgutes fördert und damit die Abhängigkeit der Bauern von Saatgutunternehmen verstärkt. Bereits jetzt dominieren fünf Konzerne die internationalen Märkte für Saatgut, die die weltweit wichtigsten Grundnahrungsmittel wie Weizen, Reis und Mais umfasst. 97% aller Saatgutpatente befinden sich in den Händen von Unternehmen aus Industrieländern, obwohl 93% der biologischen Ressourcen aus dem Süden stammen.

Ein weiteres Risiko bildet die kontinuierlich abnehmende Sortenvielfalt. Mehr als 75% der landwirtschaftlichen Nutzpflanzensorten sind im letzten Jahrhundert bereits aus der Landwirtschaft verschwunden. Verschärft wird diese Entwicklung durch die zunehmende Konzentration der Saatgutproduzenten auf wenige patentierte Sorten, welche größere Gewinne abwerfen. Je weniger Sorten angebaut werden, desto größer ist die Gefahr, dass Krankheiten, Insektenbefall oder extreme klimatische Bedingungen eine ganze Ernte vernichten. Das kann in armen Weltreligionen schnell zu einer Katastrophe führen. Vielfalt mindert dieses Risiko.

Schließlich wird mit Hilfe des Patentsystems die Industrialisierung der Landwirtschaft weiter vorangetrieben: Kleinbauern in Entwicklungsländern sehen sich zunehmend vor die Aufgabe gestellt, mit den Agrobusinessunternehmen und mit hoch subventionierten Großbauern aus Industrieländern in Konkurrenz zu treten, was höchst ungleiche Bedingungen darstellt. Wenn aber nur noch Großbauern über genügend Ressourcen verfügen, um in dieser Landwirtschaft zu überleben, dann wird die Existenz vieler Kleinbauern und die lokale Versorgungslage vielerorts bedroht und Landflucht verstärkt.●

Aus: GERMANWATCH, Zeitung für zukunftsfähige Nord-Süd-Politik, 3. Ausgabe 2000

Aktiv gegen Gen-Produkte

Gen-Money-Polution

Biobauern in der Zwickmühle

Im Frühjahr 1999 wurde ein Acker in Benkel zum Schauplatz eines Bürgerprotestes gegen »heimliche« Freisetzungsversuche. Die Firma Monsanto hatte dort ein Feld mit herbizidresistentem Gen-Mais angelegt.

Iris Meyer, Redaktion Bremen-Umland ● Ursprünglich sollte der Versuch über drei Jahre andauern. Allerdings wurde er bereits nach einem Jahr abgebrochen. »Es ist nie herausgekommen, wer das Feld in einer Nacht- und Nebelaktion einfach abgemäht hat. Und es hat auch nie jemand wirklich nachgefragt«, so *Volker Bielenberg*. *Monsanto* unterschrieb daraufhin eine Verzichtserklärung für weitere Versuche in Benkel. Angeblich aus Mangel an Saatgut, tatsächlich wohl aufgrund der starken Proteste der Bevölkerung, die ein zweiter Freilandversuch wahrscheinlich ebensowenig wie der erste überstehen würde. Mit einem »Picknick« am Feldrand hatten die Gentechnikgegener gegen den Gen-Mais protestiert. *Monsanto* und die Staatsanwaltschaft sahen darin allerdings eine unangemeldete Demonstration und versuchten *Volker Bielenberg* dafür verantwortlich zu machen. Es kam aber zu keiner Verhandlung. Die Ermittlungen wurden eingestellt. Der Landwirt sieht darin einen Versuch der Einschüchterung und der Kriminalisierung der Gengegner in der Öffentlichkeit.

Volker Bielenberg ist seit 15 Jahren Demeter-Bauer. Gentechnisch verändertes Saatgut kommt ihm nicht aufs Feld. Er verwendet in seinem Betrieb nur Produkte, die er selber ökologisch angebaut hat. Foto: Iris Meyer

Bioprodukte in Gefahr

Als Demeter-Bauer hat der gelernte Diplompädagoge auch ein existentielles Interesse am Protest gegen die grünen Gene. Er ist verpflichtet, ausschließlich Produkte aus ökologischem, in seinem Fall aus eigenem Anbau zu verwenden. Sollten bei einer Kontrolle manipulierte Gene nachgewiesen werden, müsste der Landwirt mit erheblichen Schwierigkeiten und wirtschaftlichen Verlusten rechnen. Die Angst vor »Verunreinigung« seiner Bioprodukte ist berechtigt. Im vergangenen Jahr wurden vom Robert-Koch-Institut alle Bestimmungen über Sicherheitsabstände für nichtig erklärt. Es besteht also die Gefahr, dass Genpflanzen von Versuchsfeldern durch Pollenflug unkontrolliert auskreuzen – für Öko-Landwirte ein Disaster. Auch rechtlich ist das sogenannte »Vereinfachte Verfahren« fragwürdig. Es beschreibt ein Genehmigungsverfahren für Genversuchsfelder ohne Vorabinformation der Bürger oder kommunalen Behörden. Erst kürzlich hatte das Oberverwaltungsgericht Münster einem Landwirt den Verkauf seines Rapses verboten. Dieser wuchs direkt neben einem Versuchsfeld mit genveränderten Pflanzen. Begründet wird das Urteil damit, das durch Auskreuzung genveränderter Raps ohne Genehmigung in den Handel käme. *Volker Bielenberg* sieht in diesem Fall das beste Beispiel dafür, dass Freisetzungsversuche mit genmanipulierten Pflanzen nicht nur gesundheitlich, sondern auch rechtlich bedenklich sind. »Man schafft durch Freisetzungsversuche Risiken, die nicht einzusehen sind. Ich würde es begrüßen, wenn die Gentechnik auf der Forschungsebene bleibt. Statt dessen werden Forschungs- und Freisetzungsebene vermischt.«

Verbraucher informieren

Als Langzeitfolge bildete sich in Ottersberg der *»Arbeitskreis für gentechnikfreie Lebensmittel«*. Dieser hat sich die Information der Bürger und nicht etwa die Zerstörung von Versuchsfeldern zur Aufgabe gemacht. »Wir wollen mit erlaubten Mitteln wie Podiumsdiskussionen informieren und aufklären. Gewalt und illegale Aktionen führen aber nicht zum Ziel«, formuliert Bielenberg den Standpunkt der Initiative. »Der Bürger hat das Recht der freien Entscheidung. Genprodukte ohne Kennzeichnung und »heimliche« Versuchsfelder (im Rahmen des »Vereinfachten Verfahrens«) sind ein Betrug am Verbraucher. Der soll die Möglichkeit haben, frei zu entscheiden, ob er Genprodukte kauft oder darauf verzichtet.«

Der Erfolg der Initiative ist beachtlich. Bielenberg ist sicher, dass sich in der Bevölkerung ein starkes Problembewusstsein gebildet hat. Die Medaille hat für ihn aber auch eine Kehrseite. Gerade andere (konventionelle) Landwirte reagieren zum Teil sehr empfindlich auf die angeregte Diskussion. Sie fürchten, ebenfalls ins kritische Licht der Öffentlichkeit zu geraten. Teilweise wird der Öko-Landwirt dafür verantwortlich gemacht, dass sich die Bürger nun kritisch mit dem politisch brisanten Thema Landwirtschaft auseinandersetzen.

Der Arbeitskreis für gentechnikfreie Lebensmittel trifft sich regelmäßig in Ottersberg. Ort und Zeit erfahren Sie unter: (0 42 93) 5 89. Spendenkonto: AG bäuerl. Landwirtschaft, Konto 201 78 38, BLZ 478 535 20, Kreissparkasse Wiedenbrück, Stichwort: Gen-Nie – Spendenbescheinigungen zur Zeit nicht möglich.●

DIREKT AUS DÜSSELDORF

Mit Monsanto im Dialog

Von Umweltverbänden wird er scharf kritisiert, in der Bevölkerung wenig akzeptiert und selbst Wissenschaftler stehen ihm nicht immer positiv gegenüber. Die Rede ist vom Saatgutkonzern Monsanto.

Sandy Richter, Redaktion Bremen-Umland ● *Dr. Andreas Thierfelder* ist verantwortlich für die Kommunikation bei *Monsanto*. Sein Ziel: dem Konzern und der grünen Gentechnik mehr Ansehen zu verschaffen. Deshalb referiert er im Inteview gleich zu Anfang ausführlich über die Vorteile der Gentechnik in der Landwirtschaft. Die Schlagwörter sind Schonung der Umwelt, Optimierung der Erträge und Nutzung von Marginalstandorten. Das sind Standorte, die bisher nicht landwirtschaftlich genutzt werden konnten: 1) wenn die Erde zu trocken ist, 2) bestimmte Unkräuter zu dominant sind oder 3) der Boden belastet ist. Auf die von Greenpeace und anderen Umweltorganisationen proklamierten Nachteile ging Thierfelder nicht ein: Gesteigerte Allergiegefahr, Abhängigkeit der Bauern und Umweltschädlichkeit der Totalherbizide blieben außen vor. Für ihn liegen die Nachteile der grünen Gentechnik eher darin, dass derzeit noch starke Informationsdefizite in der Bevölkerung vorherrschen und daher die Akzeptanz gering sei. »Als Verantwortlicher für die Kommunikation bei Monsanto möchte ich der Öffentlichkeit die Skepsis gegenüber der grünen Gentechnik nehmen.«

Chemie- und Saatgutkonzern

Die deutsche Tochtergesellschaft des amerikanischen Konzerns *Monsanto Company* gibt es schon seit 1964. Nimmt man es genau, sind unter dem Namen Monsanto gleich zwei Firmen in einer vereint: Produktentwicklung und Saatguthandel. Geforscht wird vor allem auf der Ebene der Gentechnik. Die neu entwickelten Gene läßt sich Monsanto patentieren. Von den Saatgutfirmen verlangt der Entwickler Lizenzgebühren. Eine davon ist Monsanto selbst. Sie produzieren Pflanzensaat mit den eigenen entwickelten Genen. Das genetisch hergestellte Saatgut bietet der Konzern dann auf dem freien Markt an.

Seit 1999 dürfen deutsche Landwirte genetisch veränderten Mais kommerziell anbauen. Da Monsanto Lizenzen auf sein gentechnisch verändertes Saatgut besitzt, muss der Bauer auch dafür zahlen. Und zwar jedes Jahr wieder neu. Außerdem bietet der Konzern dem Landwirt gleichzeitig das passende Pflanzenschutzmittel an. Vor 25 Jahren in Monsantos Chemilabor entwickelt, tötet das Herbizid »Roundup« alles Grüne bis auf die genetisch veränderten Pflanzen. Den Vorwurf, dass sich die Landwirte dadurch von dem Konzern abhängig machen, dementiert Andreas Thierfelder: »Wer unser Saatgut kauft, um seine Produktion zu steigern, will auch das Mittel Roundup dazu.«

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Teure Versuchsreihen

In Deutschland konzentriert sich Monsanto derzeit allerdings mehr auf Feldversuche als auf den Verkauf von Saatgut. Angebaut werden Mais, Raps und Zuckerrüben. Pro Versuchsreihe werden zehn Felder angelegt. Ein kompletter Versuch dauert meist drei bis vier Jahre. Was untersucht wird, hängt von der jeweiligen landwirtschaftlichen Fragestellung ab. Monsanto testet vor allem Herbizide (vernichtet Unkraut) und Pestizide (vernichtet Schädlinge). Je nachdem wo besonders hartnäckige Unkräuter oder Schädlinge vorkommen, setzt der Konzern seine Versuchsreihen an.

Warum werden gerade in Ostdeutschland besonders viele Versuche durchgeführt? Thierfelder: »Generell sind die Versuchsfelder von Monsanto über die gesamte Bundesrepublik verstreut. Unkrautkulturen kommen regional verschieden vor. Wenn nun in Brandenburg bestimmte Unkräuter, an denen wir unser Herbizid testen wollen, verstärkt auftreten, dann machen wir die Versuche natürlich dort. Genauso gibt es auch in Niedersachsen Unkrautarten, die bisher schwierig zu bekämpfen waren. So wie bei unserem Feldversuch in Benkel.«

Und damit spricht der Experte ein Thema an, mit dem Monsanto in der Vergangenheit stark zu kämpfen hatte. 1999 säte der Konzern auf einem Feld in Benkel/Ottersberg erstmals genmanipulierten Mais zu Versuchszwekken aus. Der Protest der Bevölkerung war groß. Obwohl das Feld überwacht wurde, schafften es Gentechnik-Gegner, den Genmais in einer Nacht- und Nebelaktion kurzerhand abzumähen. Der Verlust für Monsanto war groß. »Eine Versuchsreihe kostet uns mehrere Hunderttausend Mark«, meint Dr. Andreas Thierfelder. Weil ihnen der Standort Benkel zu »unsicher« ist, wurde 2000 kein neuer Versuch unternommen. Auch für das nächste Jahr ist vorerst keiner geplant. Bisher ist Benkel das einzige Versuchsfeld im Raum Rotenburg und Verden. Laut Thierfelder bestehe aber in Zukunft schon die Möglichkeit, weitere Versuchsreihen in der hiesigen Gegend durchzuführen: »Die grüne Gentechnik ist auf dem Vormarsch. Bei den Bauern steigt die Nachfrage nach der Technologie stetig. Natürlich wird es auf dem Lebensmittelmarkt zunächst Absatzschwierigkeiten geben. Aber wenn der Konsument den Nutzen der Gentechnik erst einmal für sich persönlich erkannt hat, wird sie aus unserem täglichen Leben nicht mehr wegzudenken sein.« Warten wir's ab.●

Videofilm: »India-Express-Europe«

»Gipfel stürmen« war das Motto 1999 zum EU- und G8-Gipfel in Köln. Jedoch war die Linke vor, während und nach den Gipfeln mehr damit beschäftigt, sich selbst Wunden beizufügen und deren Zerrissenheit behindert auch heute noch so manche Aktion. Eines der herausragenden Ereignisse 1999 war eine indische Fernreise durch Europa. Die interkontinentale Karawane von 500 indischen Bauern bereiste einen Monat lang Westeuropa, um gegen genmanipuliertes Saatgut zu demonstrieren und sandte auch eine Delegation zum Kölner »Gipfelsturm«.

Ein jetzt fertiggestelltes dokumentarisches Roadmovie ist als VHS-Tape zu erhalten. Der Dokumentarfilm begleitet diese skurrile Reise und zeigt das Aufeinandertreffen der indischen und westeuropäischen Kulturen.

Die beiden Filmemacherinnen zum Inhalt: »Sumangala schreibt alles auf, was sie sieht, um alle Erinnerungen bewahren und später in ihrem Dorf erzählen zu können, was sie gesehen und erlebt hat...« Die Ökobäuerin, Moped- und Traktorfahrerin begleitet uns auf der Reise durch die europäischen Städte und ist die einzige Frau, die ohne ihren Mann hergekommen ist. Sie interessiert sich nicht nur für die Versicherungsmarken in den Ohren der Kühe, sondern fragt, warum die Mädchen mit 16 hier noch nicht verheiratet sind.

421 indische Bauern reisen quer durch Euorpa, um gegen genmanipuliertes Saatgut und die damit verbundene Abhängigkeit von den multinationalen Saatgutherstellern zu protestieren. Es geht in dem Film aber nicht nur um die Probleme der indischen Bauern, sondern vor allem um die verschiedenen Sichtweisen zweier Kulturen: »Eure Autos, Eure Strassen, Euer Geld können mich nicht dazu bringen, in diesem Land zu leben«, es geht um das Verstehen und Nicht-Verstehen: »...und einige indische Männer gehen immer noch auf die Frauenklos...klar! Das europäische Zeichen für Frau ist ein Mensch in einem Rock!«, und es geht um die Faszination des Einander-Kennenlernens: »Ich fühle mich hier nicht einsam, Ihr seid alle Freunde für mich!«●

dp

INDIA – EXPRESS – EUROPE, eine indische Fernreise durch Europa – ein dokumentarisches Roadmovie. Brüssel, Paris, Milano, Rom, Genf, Bern, Basel, Köln in 4 Wochen (incl. indischer Verpflegung). Ein Film von Julia Kaulbars und Nele Kontzi, Kamera: Kirsten Wagenschein und Julia Kaulbars, Schnitt: Julia Kaulbars, 59 min. Digital, Deutschland 2000
e-mail: bade-latschen@gmx.net

Bei Interesse bitte eine Bestellung an:
bade-latschen@gmx.net schicken und 50 DM Unkostenpauschale an folgendes Konto überweisen:
Kto-Nr: 3005774501, Postbank Berlin, 201 100 22, Julia Kaulbars.
Oder eine Karte an: autofocus – Videowerkstatt, Lausitzerstr. 10, D-10997 Berlin

Nachweis in Lebensmitteln

Gen-Money-Polution

Nur, wo Gentech draufsteht ... ?

»Mit Sicherheit kann man der Gentechnik heute nicht mehr aus dem Weg gehen«, meint der Ottersberger Biochemiker Dr. Heribert Wefers vom Arbeitskreis für gentechnikfreie Lebensmittel.

Wolfram Telle, Redaktion Bremen-Umland ● Gentechnik ist heute in aller Munde: Industriekost, die aus gentechnisch veränderten Organismen, mit Hilfe solcher oder aus deren Bestandteilen hergestellt wird. An erster Stelle Mais und Soja, denen kunstfertig Resistenzgene aus anderen Organismen vermittelt wurden, um sie gegen Herbizide, Insekten und Viren mit Resistenz zu versehen. Beide werden im wesentlichen importiert und gelangen als Viehfutter direkt in die Nahrungskette. Jedoch mehr noch haben Mais und Soja durch ihre Inhaltsstoffe (Lecithin, Stärke, Zucker, Eiweißstoffe) einen erheblichen Stellenwert für die »Hochleistungsprodukte« der weiterverarbeitenden Industrie wie Naschwaren, Tütensuppen und Fertiggerichte.

Kennzeichnungs-Leid

Der Gentechnik-Markt boomt. Der Verbraucher will das nicht akzeptieren. Aber wie kann er Genkost vermeiden? Haben wir eine sichere Kennzeichnungs- und Nachweispraxis? Dr. Wefers dazu: »Wir müssen annehmen, dass es kaum noch völlig gentechnikfreie Produkte auf dem Markt der verarbeiteten Lebensmittel gibt.« Eine Kennzeichnung finde kaum statt, ergänzt er. Obwohl davon ausgegangen werden müsse, dass viele dieser Erzeugnisse zu erheblichen Teilen mit Inhaltsstoffen von »Gensoja«, »Genmais«, »Genraps« und ähnlichen angereichert seien. Eine Kennzeichnungspflicht besteht bei den meisten Produkten ohnehin nicht, weil durch die biochemischen Isolierungsverfahren (theoretisch) das genetische Material (DNA) abgeschieden wird. Reine Maisstärke, reines Rapsöl und reines Sojalecithin enthalten angeblich weder DNA noch Proteine. Weitere Verunsicherung bringt zudem die Richtlinie, nach der Produkte mit einem »unbeabsichtigten« Anteil gentechnisch veränderter Organismen bis zu 1% nicht kennzeichnungspflichtig

Dr. Heribert Wefers: »Bewusstes Einkaufen senkt das Gentechnik-Risiko für den Einzelnen.«

sind. Sicherheit bringt allein die Bezeichnung »ohne Gentechnik«. Nach dieser muss der Weg vom Grashalm bis zum Hüttenkäse zu 100% sauber sein. »Das«, bemerkt Wefers kritisch, »können manchmal nicht einmal mehr Demeter- oder Bioland-Bauern gewährleisten, weil sie keinen Einfluss darauf haben, was von außen in ihre Felder geweht wird.« Das Problem des Pollenfluges von Genfeldern entfernter Nachbarn. Er vermutet, dass die Richtlinie womöglich mit Absicht so strikt gefasst worden sei.

Nachweis funktioniert doch

Steht denn auch die weiterverarbeitende Industrie so völlig hilflos da? Wo kein genetisches Material mehr drin ist, sprich: keine DNA, (wie in Stärke, Öl, Lecithin), da kann eigentlich auch keine fremde DNA mehr nachgewiesen werden. Die industriellen Reinigungsverfahren sind aber nicht so präzise, wie sie hingestellt werden. Vollständige Auftrennungen erfolgen niemals. So weist man mit der sogenannten PCR (engl.: polymerase chain reaction = Polymerase Kettenreaktion) DNA in winzigsten Konzentrationen nach. Dies geschieht durch eine exponentielle Vervielfältigung kleinster Mengen (weniger Moleküle) von bestimmten Teilen der Fremd-DNA. Man kann sogar davon ausgehen, dass mit der PCR ein Nachweis überall dort möglich ist, wo er wirklich gewollt wird. Zur Empfindlichkeit des Verfahrens Dr. Lothar Kruse von der Bremer Firma Hanse Analytik: »Wenn ein Lastwagen zunächst zehn Tonnen Sojalecithin aus gentechnischer Produktion mit sich führt, (das nach Industrieansicht ja schon keine DNA mehr enthalten sollte), gereinigt wird und anschließend konventionelles Lecithin lädt, dann bleiben immer noch ein paar Kilo der ersten Fuhre drin. Und die Fremdgene aus diesen paar Kilo weisen wir in den zehn gentechnikfreien Tonnen nach!«

Wie schützt man sich?

Für die weiterverarbeitende Industrie gibt es eigentlich kein Kostenthema. Wohl aber für Kleinunternehmer, Landwirt und Verbraucher. Sie können doch nicht jede Tafel Schokolade und jede Tasse Milch zum Labor tragen. Dr. Wefers: »Am ehesten schützt man sich durch bewusstes Einkaufen. Produkte aus kontrolliert biologischem Anbau, naturbelassene und wenig weiterverarbeitete Nahrungsmittel überhaupt sind die sicherste Investition in ein gentechnikfreies Leben.« Nur Konsumentenverhalten kann das Industrieverhalten ändern. Auch Dr. Wefers beklagt die fortschreitende Kommerzialisierung in der Landwirtschaft. Er sieht aber Möglichkeiten der Abwehr. »Wenn es beispielsweise einer Molkerei gelänge, glaubwürdig nachzuweisen, dass ihre Milch von Kühen kommt, die nicht mit Gen-Soja und -Mais gefüttert wurden, dann wäre das ein klarer Marktvorteil.« Die Standardisierung eines solchen Nachweises ist zur Zeit in Planung. Allein: finanzielle und zeitliche Ressourcen im privaten Bereich sind begrenzt. Dass man selbst sowieso nichts tun könne, das widerlegt aber die Arbeit des Arbeitskreises für gentechnikfreie Lebensmittel in Ottersberg.

Die Internetseite zu Gentechnik in Lebensmitteln findet sich unter www.transgen.de. Zudem bietet der Autor im Internet (www.clickfish.com/clickfish/wissenbildung/biologie/gentechnik) eine fundierte Quelle allgemeiner und spezieller Web-Links.●

DRESCHFLEGEL SAATGUT

Sorten sanft selektieren

Es gibt Menschen, die denken beim Begriff »Sorten« nicht an Devisen, sondern an Kulturpflanzen. Die denken bei Kulturpflanzen nicht an Kilometer lange Gewächshausreihen, sondern an offene Gärten, in denen Selbstversorger gesundes, hochwertiges Gemüse bis zur Ernte begleiten. Zu diesen gehört Reinhard Ehrentraut aus Rhauderfehn.

Wolfram Telle, Redaktion Bremen-Umland ● Er ist Statthalter der nördlichsten deutschen *»Dreschflegel«*-Dependance. Entstanden ist Dreschflegel aus der politischen Arbeit für die Natur als eine Art Rettungsunternehmen für alte und schützenswerte Sorten. Vor zehn Jahren haben sich unter dem Dreschflegel-Dach acht Gärtner aus Nord- und Mitteldeutschland zusammengeschlossen, um Saatgut für Gemüse, Kräuter und Blumen für den privaten Einsatz zu kultivieren.

Bundessortenamt

»Leider«, meint Reinhard Ehrentraut dazu, »ist das mit den alten Sorten nicht so einfach. Jede Sorte hat einen beim Bundessortenamt registrierten Erhaltungszüchter, der für die Erhaltung zuständig ist. Alle paar Jahre wird vom Amt überprüft, ob die Sorte, sei es nun Blumen- oder Grünkohl, noch dem Sortenbild entspricht. Gibt es Abweichungen in Homogenität, gleichem Aussehen, gleicher Abreife, dann ist die Sorte »der Gesellschaft nicht mehr tauglich« und fliegt raus.« Das heißt letztlich, dass sie auch nicht mehr gegen Geld vertrieben werden darf. Nur wenn jemand äußerst idealistisch ist, dann kann er das Gemüse weiter veredeln und – verschenken. »Viele alte Sorten, die noch als Saatgut existieren, sind in schlechtem Zustand«, so Ehrentraut. Er weist darauf hin, dass eine Sorte, die nicht ständig veredelt wird, sich zur Wildform zurückentwickelt. Veredelung heißt hier Selektion, das heißt, für die Saatgutgewinnung wird von einer Population Pflanzen nur die Elite verwendet. Im Pflanzenbereich wahrlich o.k.!

Blick über'n Zaun

Reinhard ist ein Idealist, dem es schwer fällt, alten Sorten nicht die Beachtung zukommen zu lassen, die sie seines Erachtens verdienen. Er betreibt »Sortentourismus«, schaut schon mal in fremden Gärten über den Zaun und fragt nach ein wenig Saatgut. Nur leben – interessiert mich – kann man das denn von solch einer Arbeit? »Wir sind kurz davor, dass sich das Geschäft trägt«, meint Reinhard. Seine Frau züchtet zudem Milchschafe, eine professionelle Milchverarbeitung ist in Planung. Reinhard Ehrentraut ist noch kein Erhaltungszüchter für eine bestimmte Sorte. Erhaltungszüchter zu sein mag sich zwar hin und wieder lohnen. Es kostet den Züchter aber pro Sorte und Jahr etwa 500 Mark. Wenn das eine Sorte ist, die nur ein Schattendasein führt, kann es ganz schön ins Geld gehen. Das gehobene Ziel bei Dreschflegel ist dennoch, langfristig neue Sorten zu entwickeln, die in Privatgärten besser nutzbar sind.

Saatgut in Uniform

Die Welt-Saatzucht ist auf wenige Multis konzentriert. Die Folge: Hybridsaatgut ist »in«, das bei Weitervermehrung seine fruchtbaren Eigenschaften verliert. Frei abblühende Sorten dagegen werden immer weniger. Was ist, will ich wissen, denn überhaupt der Unterschied zwischen dem biologischen Saatgut, das Reinhard Ehrentraut vertreibt und dem »Industriesaatgut«? Ein ganz wesentlicher: »Privaten Gärtnern ist die Qualität ihrer Erzeugnisse das oberste Gebot. Im Industriebereich ist entscheidend, dass man beispielsweise Bohnen mit der Maschine ernten kann.« Dafür sollten alle Bohnen gleichzeitig reif sein und alle auf einer standardisierten Höhe wachsen, damit präzise Vorhersagen für Ernte und Transport gemacht werden können. Und natürlich müssen die Pflanzen auf standardisierten Böden mit leicht löslichen Dünger wachsen. Für den Heim-Gärtner ist es dagegen egal, ob ein Strauch ein bisschen höher steht als ein anderer. Es ist hier sogar oft wünschenswert, dass man die Erbsen und den Salat über ein paar Wochen ernten kann. Und dass die Pflanzen im Freiland das (norddeutsche) Wetter überhaupt ertragen!

Abschließende Frage: Gibt es denn im Rhauderfehner Dreschflegel-Betrieb Vorlieben? »Klar«, erwidert Reinhard Ehrentraut, »ich widme mich besonders dem Ostfriesischen Pool an Grünkohlsorten«. (Ach, es gibt mehr als eine!?) Und wenn man auf dem Bild sieht, dass es Grünkohl gibt, der mehr an Kokospalmen erinnert als an die Pflänzchen, die bei uns im Kleingarten wachsen, dann bleibt nichts als das Staunen ...●

Infos zu Sortenzucht und Saatgut:
Dreschflegel, Tel. (0 49 52) 75 80

Reinhard Ehrentraut vor seinem ostfriesischen Palmenhain

Buchbesprechung: »Gentechnologie«

Mit leichter Hand gelingt es Sabine Riewenherm in ihrem soeben bei Rotbuch erschienen Band »Gentechnologie«, den gesamten Themenkomplex aufzufächern. Nicht einmal hundert Seiten umfasst ihr Rundgang durch die verschiedenen Teilaspekte der Gentechnologie – und bleibt doch durchweg verständlich und wohlinformiert. Wissenschaftliche Grundlagen und Forschungsgeschichte, Medizin und Pharmaforschung, Kinder aus dem Reagenzglas und manipulierte Lebensmittel, der Börsenboom der Biobranche, EU-Recht und Nachdenken über die Zukunft der Industriegesellschaften – so dicht kann wohl nur schreiben, wer wie die Autorin seit vielen Jahren zum Thema publiziert. Obwohl ausgewiesene Kritikerin der Gentechnologie, schreibt Sabine Riewenherm nicht mit dem erhobenen Zeigefinger, sondern lässt Raum für eigenes Denken. Sogar für amüsante Anekdoten und erhellende Zitate bleibt Platz – eine gelungene und bis zur letzten Seite spannende Einführung in dieses brisante Thema. Empfehlenswert!●

Susanne Billig, GID-Redaktion

Sabine Riewenherm, Gentechnologie, Rotbuch 3000, ISBN 3-434-53510-1, 14,90 DM

Literatur, Adressen und Aktivitäten

Kontakte/Infos:

● Gen-ethisches Netzwerk, Brunnenstr. 4, D-10119 Berlin, Tel. (0 30) 685 70 73, Fax 684 11 83
E-Mail: gen@gen-ethisches-netzwerk.de, www.gen-ethisches-netzwerk.de

● Positivliste von Produzenten gentechnikfreier Lebensmittel: Verbraucherberatung Freiburg, Bettina Eckert, Tel. (07 61) 202 02 35

● Greenpeace e.V., Postfach, D-22745 Hamburg, Tel. (0 40) 30 61 80, Fax 30 61 80 00

● Verein für gentechnikfrei erzeugte Lebensmittel e.V., Brauweg 19, D-37073 Göttingen

● Monsanto (Deutschland) GmbH, Vogelsanger Weg 91, D-40470 Düsseldorf, Tel. (02 11) 36 75-0

● Öko-Institut, Binzengrün 34a, D-79114 Freiburg, Tel. (07 61) 45 29 50

Literatur:

● Übersicht der Vermarktungen gentechnisch veränderter Pflanzen weltweit (kann beim Öko-Institut Freiburg angefordert werden).

● Tappeser, Beatrix: Risikoaspekte von gentechnischen Produktionsverfahren und gentechnisch veränderten Organismen in der Lebensmittelherstellung. Aus: Koletzko, B. (Hg.): Alternative Ernährung bei Kindern in der Kontroverse. Springert Verlag. Berlin 1996.

● Öko-Mitteilungen 3/96: Gene – der achte Tag der Schöpfung, sowie Reader vom Öko-Institut Freiburg

● Gen-ethischer Informationsdienst, Schwerpunkt Landwirtschaft und Lebensmittel, Nr. 142, Oktober/November 2000, 12 DM zzgl. Porto, Bestellung über Gen-ethisches Netzwerk, Anschrift s.o.

● GERMANWATCH, Die patentierte Armut, 4 Seiten Berliner Format, 3. Ausgabe 2000, 0,50 DM pro Stück zzgl. 3 DM Versandkosten, Bezug über: GERMANWATCH, Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn, Tel. (02 28) 60 49 20, Fax 604 92 19,
E-Mail: germanwatch@germanwatch.org, www.germanwatch.org

Aktivitäten:

● Bundesministerium für Gesundheit, z. Hd. Frau Andrea Fischer, Am Probsthof 78a, D-53108 Bonn mit der Bitte sich für die Kennzeichnung von Lebensmitteln ohne Gentechnik einzusetzen!

● Fordern Sie Unterschriftenlisten an: Koordinierungsstelle »Gentechnikfrei aus Niedersachsen«, Goebenstraße 3 A, D-30161 Hannover

Zusammenstellung: Iris Meyer/CONTRASTE

EU-GIPFEL IN NIZZA

EU für Wachstum und Erweiterung: Abbau der Sozialstandards

Der EU-Gipfel verlor sich nur scheinbar harmlos im Administrativen. Die öffentliche Nachrichtenwelt konnte wieder nur spärlich über die Weichenstellung des zähen Gipfels berichten. Das Europa der Zukunft bleibt demnach ohne Profil für seine Bewohner, in seiner Beschlusslage und Zielsetzung weder durchschaubar noch dienlich.

Birgit Koch, Hamburg ● Leider versteckt sich dahinter immer noch der politische Verwaltungsapparat mit seinen unvermeidlichen Sachgesetzen. Die elementaren Säulen der etablierten Wirtschaftsweise der Expansion nach Außen und Sicherheit nach Innen werden weiter verfolgt. Bis zum Überdruss wurde die Stärkung des Kommissionsvorsitzenden wie die Neuverteilung der Kommissariate bisher thematisiert. Bekannt wurde auch, dass in Sozial-, Asyl-, Handels-, und Finanzfragen nach wie vor ein Vetorecht der Einzelstaaten gilt.

Im 109 seitenstarken Vertrag von Nizza (http://ue.eu.int/cigdocs/de/cig2000-DE.pdf) liest sich das dann so:

- Die gemeinsame Handelspolitik wird nach einheitlichen Grundsätzen gestaltet; dies gilt insbesondere für die Änderung von Zollsätzen, den Abschluss von Zoll- und Handelsabkommen, die Vereinheitlichung der Liberalisierungsmaßnahmen, die Ausfuhrpolitik und die handelspolitischen Schutzmaßnahmen, zum Beispiel im Fall von Dumping und Subventionen.
- Die Kommission unterbreitet dem Rat Vorschläge für die Durchführung der gemeinsamen Handelspolitik.
- Sind mit einem oder mehreren Staaten oder internationalen Organisationen Abkommen auszuhandeln, so legt die Kommission dem Rat Empfehlungen vor; dieser ermächtigt die Kommission zur Aufnahme der erforderlichen Verhandlungen. Es ist Sache des Rates und der Kommission, dafür zu sorgen, dass die ausgehandelten Abkommen mit den internen Politiken und Vorschriften der Gemeinschaft vereinbar sind.

Die EU-Politik bleibt unübersichtlich

Der Europäische Rat verabschiedete die Grundrechtecharta in Nizza ohne rechtsbindende Wirkung. Statt die sozialen Errungenschaften der europäischen Länder zusammenzufassen und sichtbar zu machen, fällt der Text hinter die Erklärung der Menschenrechte von 1948 zurück. Ein Widerstandsrecht wie in der Deutschen Verfassung mit Art.20 ist nicht vorgesehen. Die Kritik an dem Wegfall erkämpfter Rechte für Arbeit und Soziale Absicherung ist also weiter aktuell.

In Nizza wurde die weitere Modernisierung der Sozialen Sicherungssysteme beschlossen. Seit 1997 gilt eine europäische Beschäftigungsstrategie mit vier Aktionslinien (Beschäftigungsfähigkeit, Unternehmertum, Anpassungsfähigkeit und Chancengleichheit). Der Fachministerrat »Arbeit und Soziale Angelegenheiten« verabschiedet jedes Jahr beschäftigungspolitische Leitlinien, die die Mitgliedstaaten im Rahmen eines Nationalen Aktionsplans umsetzen müssen.

Der von den »Europäischen Märschen gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung« herauskristallisierte Artikel 137 des EU-Vertrages, nach der die Bedingungen von Leistungen, die Bezugsdauer wie die Definition der Verfügbarkeit der Erwerbslosen für den Arbeitsmarkt auf europäischer Ebene geregelt werden soll, ist weiter in der Schwebe. Ein Mindesteinkommen ist bisher überhaupt nicht in der Diskussion. Die »Euromärsche« schlagen für alle Länder der EU gemeinsame Kriterien zur Festlegung eines Mindesteinkommens vor: angemessener Anteil am Bruttoinlandsprodukt (vom erarbeiteten Reichtum z.B. 50%), Bedarfsdeckung und jährliche Anpassung an Preissteigerung und Wachstum.

Nicht nur in Deutschland soll das Militär effektiver werden. Seit Nizza ist die kontinentale rüstungspolitische Zusammenarbeit amtlich. Ein neues Profil für die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), auch innerhalb der NATO, ist die Zielvorgabe. Die von Frankreich vorgeschlagene NATO-Unabhängigkeit wurde abgelehnt, statt dessen hat man sich über den Aufbau einer europäischen Interventionsarmee verständigt.

Wirtschaftlich fit statt demokratisch?

Das EU-Komitee für die Erweiterung der Regionen beurteilte Malta, Zypern, Estland, Ungarn, Polen sowie Tschechien und Slowenien in ihren »Fortschrittsberichten« Anfang Dezember als wettbewerbsfähig für den Beitritt ins Wirtschaftsgebiet der EU.

Macht fürs Kapital auch im Osten

Die Infrastruktur Gesamteuropas liegt bei wenigen Großkonzernen. Die wesentlichen Bereiche sind auch im Osten nahezu verteilt. Eine Freisetzung der vornehmen Art: Privatisierung, Rationalisierung, Entlassungen, Niedriglöhne sind die Folgen. Gerade die Aufnahme von Billiglohnländern gibt manchem EU-Mitgliedsland Hoffnung auf ideologische Akzeptanz des weiteren Lohndumpings vor Ort. Der Umbau der Sozialversicherungssysteme forciert Armut, Krankheit mit individueller Schuldzuweisung bei weiterem Arbeitsplatzabbau und Zunahme der Billigjobs. Bisher trägt die allgemeine Entpolitisierung Früchte; denn dies ist ohne Massenproteste und öffentlichen Aufschrei europaweit möglich.

Bestimmungen über die verstärkte Zusammenarbeit

Die Unterstützung zur verstärkten Zusammenarbeit bei mindestens 8 Mitgliedsstaaten zur Förderung der EU soll neue Handlungsspielräume schaffen und damit auch Mehrheitsentscheidungen durchsetzen, die bisher scheiterten. Neu ist auch ein Rechtsrahmen, der die Fusion europäischer Unternehmen zur Europäischen Aktiengesellschaft regelt. Wesentlicher Verhandlungspunkt war die Arbeitnehmermitbestimmung. Nun sind freie Verhandlungen der beiden Parteien, bei Wahrung der in Deutschland üblichen Mitbestimmung, beschlossen worden.

Euro(pa): Investitionen des Tafelsilber?

Erfolglose Stützungskäufe der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt schmälern die Reserven und die fehlende Euroakzeptanz, gerade in Osteuropa, wo Dollar oder Pfund als stabile Währungen gelten, schwächen den Euro. Es wird ein Rückgang der US-Konjunktur erhofft, so dass der Dollar seine Attraktivität verliert. Damit könnte der Euro im internationalen Währungsvergleich nachfragewirksam werden.●

TOUS ENSEMBLE

Für ein anderes Europa

Für 1.400 ItalienerInnen endete eine bezahlte Zugreise nach Nizza an der Grenze bei Genua. Und auch alle Busse Richtung Frankreich wurden aufgehalten. Obwohl Italien und Frankreich das »Schengener Abkommen« unterzeichnet haben und keine Grenzkontrollen mehr vorgesehen sind, standen bei der Reise nach Nizza schon auf italienischer Seite Carabinieri, die sämtliche Busse herauswinkten und die Fahrer nach dem Reiseziel fragten.

Redaktion Heidelberg ● Eine überflüssige Nachfrage, denn am Morgen des 6. Dezember fuhren fast alle Reisebusse nach Nizza zur Großdemonstration und zur darauffolgenden Blockade gegen das Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs. Auf die Fragen der Carabinieri nach Ziel und Gruppenzugehörigkeit half schließlich der Hinweis eines Mitreisenden »Wir sind eine Delegation der IG Metall«. Das war ein Zauberwort, und der Bus, in dem neben Erwerbslosen, Studierenden und Migranten zwei Mitglieder der IG Metall saßen, wurde durchgewunken.

Ganz anders sah das für die italienischen Zugreisenden des »Global Action Express« aus. Den von »Rifondazione Comunista« finanzierten Sonderzug, in dem außer der Parteijugend auch Mitglieder der radikalen Gewerkschaft »sin cobas« und Aktivisten der »Centri Sociali« mitfuhren, stoppten 1.000 französische Polizisten der berüchtigten Spezialeinheit CRS. Der dem französischen Innenminister unterstellte Präfekt des Departments Alpes-Maritimes begründete das Einreiseverbot mit einem Artikel des »Schengener Abkommens«. Demnach können wegen »Gefahren für die innere Sicherheit« die lange abgeschafften Kontrollen wieder eingeführt werden.

Doch die Italiener blieben nicht untätig. Sie besetzten die Zuggleise und die Autobahn sowie einen weiteren Zug. Dort übernachteten sie und demonstrierten am nächsten Tag zum französischem Konsulat. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen mit italienischen Polizisten, die aus nächster Nähe Tränengasgeschosse abfeuerten. Einige der Protestierenden mussten anschließend in Krankenhäuser gebracht werden. Nach Angaben des italienischen Fernsehens solidarisierten sich zahlreiche Einwohner der Grenzstadt Ventimiglia mit den Demonstranten. Eine Klage der Mitorganisatoren vor dem Europäischen Gerichtshof wird wegen der Repressalien erwogen. Auch zu Fuß oder mit dem Taxi überquerten einige die Grenze, um nach Nizza zu gelangen.

Ganz in rot gekleidete Gwerkschafter des linken französischen Gewerkschaftsdachverbandes regelten in Nizza den städtischen Schienenverkehr. Viele der Demonstranten aus allen EU-Ländern waren bis zum Hauptbahnhof gereist und mussten an den im Norden gelegenen Bahnhof St. Roch geleitet werden. Prall gefüllt mit italienischen Rentnern, französischen CGTlern und deutschen Erwerbslosen sowie Studenten setzten sich die Bahnen langsam in Bewegung. Laut war es in den Waggons, die in den Farben ihrer

Foto: Wolfgang Hamann

Organisationen ausstaffierten und mit Transparenten bestückten Fahrgäste sangen kämpferische Arbeiterlieder und riefen Parolen. »Tous ensemble! – Alle zusammen!« hieß die mit Abstand beliebteste.

Unterdessen formierte sich die Demonstration am Nordbahnhof von Nizza. Die »Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung«, die »Initiative gegen kapitalistische Globalisierung« (ATTAC) und die »französische Ligue Communiste Revoltionaire« (LCR) mit rund 10.000 TeilnehmerInnen mussten allerdings fünf Stunden warten, bis sie den ersten Schritt machen konnten. Vor ihnen sammelten sich die Gewerkschaften des »Europäischen Gewerkschaftsbundes« (EGB).

Die Teilnahme an der Demonstration entsprach den Erwartungen der OrganisatorInnen, die von 80 bis 100.000 DemonstrantInnen sprachen, während die Polizei behauptete, es seien lediglich 50.000 gewesen. Mit mehr als 50.000 TeilnehmerInnen stellte die CGT mit Abstand das größte Kontigent der Demonstration. Hinter einem Meer von roten Fahnen kam der Dachverband CFDT mit deutlich weniger TeilnehmerInnen. Beide sind im EGB, haben dort aber unterschiedliche Positionen bezogen. Während die CFDT für eine Rechtsverbindlichkeit und Aufnahme der umstrittenen EU-Grundrechtecharta in die EU-Verträge ist, lehnt die CGT dies konsequent ab, da sie eine Verschlechterung für soziale und gewerkschaftliche Rechte befürchtet (siehe CONTRASTE Nr. 195).

Es folgten Delegationen aus Italien, Spanien und Portugal, die jeweils mehrere tausend TeilnehmerInnen stellten. Der DGB, mit neun Millionen Mitgliedern stärkste im EGB, setzte sich dem Gespött der französischen Presse aus. Die überregionale Tageszeitung *L'Humanité* zählte gerade mal einhundert GewerkschafterInnen aus Deutschland, immerhin auch Prominenz wie den IG-Metall-Chef *Klaus Zwickel*. Süffisant berichtete die Tageszeitung, dass allein aus Slowenien zweihundert GewerkschafterInnen den Weg nach Nizza gefunden haben.

Nach der frühzeitig beendeten Abschlusskundgebung zogen mehr als 1.000 DemonstrantInnen an den Hauptbahnhof, den sie umgehend besetzten, um eine Weiterreise der italienischen GenossInnen zu ermöglichen. Ihr Versuch wurde von der Polizei mit Tränengas und Schlagstockeinsatz vereitelt. Gebeutelt von den Strapazen des Tages zogen viele in eine kurzfristig angemietete Turnhalle.

Die Turnhalle diente als Übernachtungs- und Konferenzort gleichzeitig. Während sich während der Konferenz *Susan George*, stellvertretende Vorsitzende sowie *Pierre Tatakowski*, Generalsekretär von ATTAC, für eine Eindämmung der Macht der transnationalen Konzerne aussprachen und *Christophe Auguiton* von den *EuroMärschen* den Forderungskatalog der sozialen Bewegungen vorstellte, hörten viele Gäste in der Turnhalle zu, während andere schon vor Erschöpfung in ihren Schlafsäcken lagen. »Chaotische Zustände« im Provisorium, an denen aber niemand Anstoß nahm.

In aller Frühe begann die Blockade des Konferenzzentrum »Acropolis« mit ca. 5.000 DemonstrantInnen, die aber den Ablauf des Gipfels nicht behindern konnte. Lediglich der Einsatz der mit Tränengaskanonen ausgerüsteten Einsatzkräfte erreichte, dass einige der Konferenzteilnehmer mit geröteten Augen und gereizten Schleimhäuten ihr Gipfeltreffen beginnen mussten.

Die weiträumigen Absperungen des mitten in der Stadt gelegenen Kogresszentrums und zahlreiche Straßenblockaden durch DemonstrantInnen brachten den gesamten Nahverkehr zum Erliegen. Mit Stinkbombenaktionen in Banken, Supermärkten und Fastfood-Restaurants wollten einige GlobalisierungsgegnerInnen darauf aufmerksam machen, »wie sehr die Dinge in der Welt stinken«. Ihre Ziele mussten anschließend evakuiert werden.

Nach Einschätzung einiger SprecherInnen von »ATTAC« und »EuroMarsch« waren die Sicherheitskräfte und Behörden vor und während des Gipfels mehr als bei den Protesten gegen die EU-Gipfel in den Jahren zuvor bestrebt, unliebsamen Protest und direkte Aktionen mit Repression und willkürlichen Beschränkungen der Freiheitsrechte zu unterbinden. Dennoch habe sich in Nizza mit den bisher größten Protesten gegen die EU-Politik die Kontur eines anderen Europa abgezeichnet, eines sozialen, demokratischen und solidarischen Europa.●

ALLE GEMEINSAM !

»Eine Arbeit ist ein Recht, ein Einkommen eine Pflicht!«

Birgit Koch, Hamburg ● Nizza gehört mit 400.000 Einwohnern zu den großen Städten Frankreichs. Der bis vor kurzem in der rechten Front National (FN) organisierte Bürgermeister Name verweigerte jegliche Verantwortung für die öffentliche Versorgung mit Toiletten oder Schlafplätzen. Den Organisatoren der Demonstration wurde lediglich das Recht zur Kundgebung gewährt.

Korruption und Rechts: gegen Ausländer, Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Unsicherheit in Frankreichs Städten, die, neben überalterter Bevölkerung durch Alterswohnsitze in der Region, Werftenkrise, hohe Jugendarbeitslosigkeit an der Cote d'Azur besonders präsent sind. Nizza, einzige Großstadt der Region und traditionell Hochburg der Rechten wie des organisierten Verbrechens. Drogenhandel, Prostitution, Bankenkriminalität und Wirtschaftsverbrechen im großen Stil sind hier seit jeher zu Hause.
(S. 178 Dumont Reisetaschenbuch: Cote d'Azur; Köln 1998)

Die Stadt selbst läßt nichts vom mondänen Leben der Cote d'Azur vermuten. Gewarnt vor kriegsähnlichen Zuständen, wie die Prager blieb man Zuhaus oder versuchte arglos den Tagesgeschäften nachzugehen.

Billigjobs in Nizza – für ein existenzsicherndes Einkommen in ganz Europa

Für Saisonarbeit im Hotel werden Löhne um 3.200 FF (ca. 970 DM) bezahlt. Abhängig von der Lebenssituation erhält eine alleinerziehende Frau mit vier Kindern 4.200 FF (1273 DM). Ihre Zweizimmerwohnung kostet 3.000 FF im Monat (909 DM). Die Arbeitslosenunterstützung wird auch in Frankreich gekürzt.

Alle gemeinsam – eine neue Qualität?

Erwerbslose, Migranten, Umweltaktivisten, Politische und Autonome, Türken, Kurden, Basken und Korsen, Gewerkschafter und Frauen aus ganz Europa sorgten, einen Tag vor dem EU-Gipfel in Nizza am 7.12.00, für die größte Protestaktion gegen die EU-Politik. Forderungen für soziale Existenzrechte per Geld – und Landverteilung einte. Parolen in vielen Sprachen sollten die Mächtigen des Kontinents mahnen für wen sie eigentlich zu entscheiden hätten.

Der Europäischen Gewerkschaftsbund, uneinheitlich im internen Für und Wider um die Grundrechtecharta war besonders mit überragender Beteiligung aus Frankreich vertreten. Die Großdemonstration verlief absolut friedlich. Die DGB-Beteiligung, größter Verband im EGB, fiel dagegen mager aus.

Der nächste EU-Gipfel findet bestimmt statt. Schweden übernimmt die nächste Ratspräsidentschaft. Und in Göteborg ist die nächste Versammlung.

Genügend nationale Themen mit kontinentaler Bedeutung stehen zu Verfügung, um zu diskutieren und sich einzumischen. Die zarten Netzwerke vor Ort pflegen und ausbauen, inhaltliche Plattformen verbreitern, kann eine Aufgabe sein.●

Tous ensemble! Alle gemeinsam!

KOMPOSITIONEN MIT MATHEMATIK UND PHILOSOPHIE

Das inszenierte Chaos & Klaus der Geiger

Der ist doch berühmt! Der könnte Geld machen wie Heu! – denken nicht nur Passanten, die ihn mal auf der Domplatte, in der Fußgängerzone Osnabrücks oder auf WDR und Arte sehen, das denken auch neidvoll besserstehende Kollegen, deren Talent eher im Sichverkaufen als im Sichverwirklichen liegt, wobei am ärgerlichsten für solche Menschen wohl ist, diese Vernichtung von Profit, das in den Wind schlagen von Chancen, der Verzicht auf künstlerische Auserwähltheit, außerdem macht er die Preise kaputt. Eine Antiberühmtheit ist nämlich auch eine Berühmtheit, und das macht begehrlich, aber Klaus: »Da hab ich kein Bock drauf! Da muß ich mich ja anpassen.«

Herrmann Cropp, Osnabrück ● Das wäre die Gelegenheit für ein paar indiskrete, persönliche Fragen, seine Offenheit lädt ein ihn zu demontieren, z.B. als Egoisten, wie sein Sohn ihn in einem Fernsehfilm nannte, denn mangels Sachfragen, die nicht mehr so recht in dieses lackierte Zeitalter passen, gibt es jetzt diesen demokratischen Reflex, Helden zu stürzen. Aber Klaus stürzt sich selber, »Ich war einer von den Männern, die ihr ganzes Geld versaufen, ja ehrlich, ich hab gesoffen! Und wie! Aber wir hatten trotzdem genug, es war hart, das stimmt, aber wir hatten genug, man muß ja auch nicht immer alles haben. Manchmal war es schon schlimm, schwer, aber das Saufen hat mir nichts gemacht, sieht man ja heute.«

Musikalischer Pluralismus

Köln Ende Oktober 2000, angekündigt sind zwei Konzerte mit Kompositionen von Klaus dem Geiger mit dem Verdi Quartett und einem Konzertsänger, eine Werkvorstellung,

Quartett für 6

Die Musiker haben noch nicht ihre Plätze eingenommen, da beginnt die erste Geige einen einzigen Dauerton, zwei Violinisten und ein Notenhalter laufen mit verhaltener Eile durch den Zuschauerraum zur Bühne und spielen vom Blatt, so fängt der komponierte Ulk an. Das Widersinnige daran überrascht am meisten, etwa wenn zwei Streicher auf einem Cello oder einer Geige spielen, oder wenn während des Spiels die erste Geige aufsteht und tut, als wollte sie gehen, das ist in solcher Präzision einfach zu toll, denn wirklicher Ulk würde sich verselbständigen und ausufern, während dieser hochkonzentriert ist: eine Geige klassikt, eine andere knirscht, als stürbe sie, bums – da fällt ein Eimer, der Tenor probt mit gewichtiger Miene einen schiefen Ton, Klaus hebt bedeutungsvoll den Komponistenfinger, Einsatz für das denkwürdige Sicherheben einer Violinistin mit weit ausholendem Bogen ... sie setzt an zum Spiel ... und setzt sich unverrichteter Dinge, zwei der sechs klatschen als Publikumsersatz, einer ruft Pfui, einer Bravo, alle springen auf und fangen an zu diskutieren, setzen sich und versuchen zu spielen – wenn nur der Komponist ihnen glanzvollere Parts zugewiesen hätte, aber aller Fortgang der Musik ist ein Unterbrechen. Schließlich wird das bisher Gespielte über Lautsprecher rückwärts abgespielt, während die Musiker weiter vorwärts ... nein, nun steht in den Noten: zurückblättern, vorblättern, zurück, Nervosität, Aufregung, Ärger, Klaus nimmt den Gong und bearbeitet ihn, nur noch Krach, eine Geigerin steht auf und geht, das Cello folgt, noch eine Geige geht, der Gong lärmt, bloß die erste und letzte Geige hält aus und endet nach allem Lärm mit einem einzigen Dauerton, der auch der Anfang des Stücks war. Klaus: »Das B läuft durch das ganze Stück, das war son Anker, am Schluß wird er immer leiser, er darf eigentlich nicht aufhören, nur leiser werden. Der Ton muß bleiben,« und indem er verschwindet, setzt er sich in der Erinnerung fort.

die eine Vorstellung davon geben könnte, was nach der Straßenmusik kommt. In letzter Zeit äußert er sich unzufrieden über die Straßenmusik, »Entweder macht man Straßenmusik richtig, oder gar nicht. Straßenmusik ist etwas, wo man immer am Ball bleiben muß,« und ich glaub, er sprach auch mal davon, daß es anstrengend sei. Ein andermal bedauerte er, schon lange nicht mehr auf der Straße gespielt zu haben. »Wenn ich mal ne Woche oder so nicht auf der Straße war Musik machen, merk ich das, mir fehlt dann was, im Grunde ist das wie eine Sucht.« – bißchen hin und her, oder? Jedenfalls macht Klaus noch vieles andere, spielt in mehreren Bands, übernimmt Theaterrollen, zB in einem Stück von Karl Valentin oder den Meister Eder im Pumuckel. Außerdem hat er wieder angefangen zu komponieren – und das ist ernst! – nach dreißig Jahren Straßenmusik kommt nun doch etwas Neues, möglicherweise bei seiner Liebe zur Disharmonie ein neuer Aufbruch zur musikalischen Toleranzerziehung und Verbesserung der Menschen durchs Gehör.

Die Musikkneipe Loft ist erste Adresse für »Neue Musik« und Jazz in Köln, voll war es leider nicht, vielleicht weil die Musikfreunde eine Bastardisierung Neuer Musik mit Straßenniveau befürchteten. Während eines Stücks, das Klaus allein spielte, war es interessant die Musiker – nicht das Publikum – zu beobachten: eine Künstlerin drückte auf schöne Weise durch ihr Gesicht den Eindruck, den die Musik auf sie machte, aus, sie saß zurückgelehnt mit geweiteten Nasenflügeln, als könnte sie die wirren, schrillen Wirbel des Crescendos einatmen, und schien sehr aufmerksam. Bei der nächsten Steigerung senkte sie den Kopf und schob die Unterlippe vor wie zu einem genießenden Kirschenmund, und beim Schluß des Stückes empfand ich, hatte sie etwas Stolzes, Zufriedenes im Gesicht, wieder zurückgelehnt und die Augen weit offen, als könnte sie Musik sehen, schmecken und riechen. Ich erläutere dies so genau, weil die kommunikative Bedeutung der Sprache Musik selten beachtet und noch seltener verstanden wird, und übrigens war gerade dieses Stück »Computata« eins seiner »unharmonischsten«.

Harmonien möchte Klaus nämlich kaputt machen, er kratzt einige Antiharmonien auf der Geige und frägt, »ist eigentlich gut, ist auch Musik, nä?« Mir als Vielhörer sind Abwechsung und Vielfalt sowieso lieber, wie übrigens auch sonst im Leben, Abweichungen von zu erwartender Melodie und Harmonie wirken auf mich wie spürbare Erleichterungen im Kopf, als sehnten meine Synapsen sich danach endlich neue Verbindungen zu knüpfen. Das Musik kaputt Machen könnte man allerdings auch anders nennen: eine Erweiterung des Hörbaren, Schaffung neuer Töne und Harmonien, was gerade heute so notwendig ist zum Erlernen von Toleranz gegenüber dem Unbekannten und Fremden, musikalischer Pluralismus als Einübung von Denkweisen, die auch sozial notwendig sind. Möglicherweise besitzt Klaus nicht die Virtuosität der Klassikstars, aber er produziert einen akustischen Reichtum und eine Vielseitigkeit der Stimmen, was direkt mit sozialem Reichtum zu tun hat. Ich rate jedem, und zwar dringend, zu seiner neuen CD, z.B. Mozarts Nachtmusik ist darauf gecovert, eine Erholung von der Klassik!

Anarchistischer Dämon

Samstag morgen, nach dem ersten Konzert, saß ich mit Klaus beim Frühstück, »Du hast ja Blumen auf dem Tisch!« (es war nur eine, und zwar eine Rose.)

»Das ist die Ruhmesblume von gestern.«

»Aber sie läßt den Kopf schon hängen.«

Das kommt Klaus Selbstzweifeln entgegen, »Ja, der Ruhm welkt schnell dahin.«

Nach einiger Zeit kommt Ulla, Klaus Frau, dazu, wir reden und irgendwann bemerke ich, »Oh, die Blume richtet sich auf!«

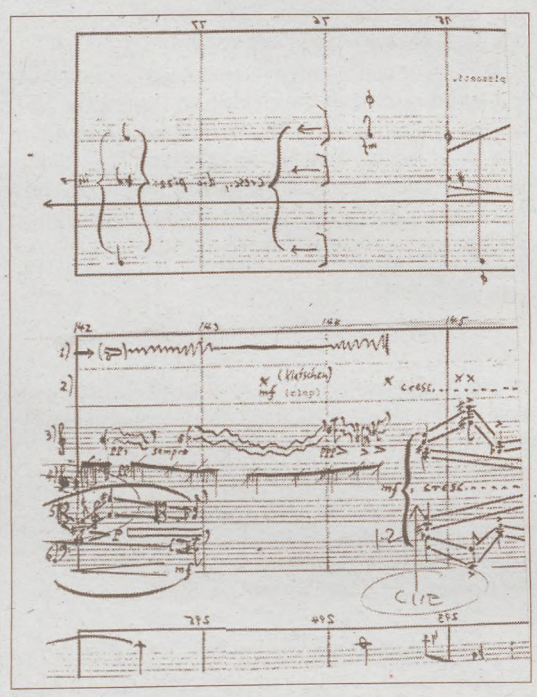
»Tatsächlich,« staunt Klaus, und ich erlaube mir das Kompliment, »Seit Ulla hier ist.«

Am nächsten Morgen beim Frühstück stelle ich fest, daß die Rose sich noch weiter aufgerichtet hat und sogar aufzublühen beginnt. Wir schauen zu Ulla, aber sie versachlicht, »Ich sehe das schon die ganze Zeit, ihr nicht?«

Klaus: »Was hast du gemacht, daß sie so aufblüht?«

»Ich hab nichts gemacht, ich hab sie nur angekuckt.«

»Kannst du mich nicht auch mal so ankucken?«



Ausriß aus einem Notenblatt: vorwärts und rückwärts...

Aber jetzt hat Ulla keine Freude mehr an dem Spiel und fragt zurück, »Willst du auch nochmal aufblühen?«

Gut, das haben wir verstanden, außerdem glaube ich, ist sein Verhältnis zur Musik frühlingshaft genug, das blüht auch so, und ich bin hingerissen, echt! Die überraschendste seiner Kompositionen ist das Quartett für 6 von 1968, und ein Kritiker, der das ganze mißversteht, würde meinen: Hah! da hat der Chaot sich selbst widerlegt, das präzise Chaos, quasi vom Laplace'schen Dämon durchkomponiert, ein wahrhaft künstlerisches Plädoyer für deterministisches Chaos! Was dem Kritiker bloß nicht passen wird, ist der schmuddeli-

Quartett für 6

ge, anarchistische Stil und die Art und Weise des Komponisten, der sich zwar irgendwie auch als Dämon fühlt, aber gewiß nicht im deterministischen Sinne.

Das inszenierte Chaos mag ein Widerspruch in sich sein, und dann noch auf die »zehntel Sekunde genau«, wie Klaus betont. Eben darum geht es, das Sich nicht fügen Wollen der individuellen Akteure in einer punktgenauen Komposition zu erfassen, denn wenn man den Künstlern zur Darstellung des Sich-nicht-fügen-Wollens auf der Bühne keinerlei Vorgaben machte und alles dem Zufall überließe, kämen erstens wahrscheinlich nicht soviele gute Szenen heraus, zweitens wäre die Darstellung des Sich nicht fügen Wollens ja auch schon eine Vorgabe ... und drittens, wie gesagt, würde so ein offenes Konzept schnell verflachen oder ritualisieren. Dieses Stück von 1968 repräsentiert die Aufgeregtheit, die nervliche Anspannung, die Phantasie und den Veränderungswillen einer Umbruchzeit, soetwas im Jahr 2000 aufzuführen läßt den Kontrast zur heutigen business-as-usual-Stimmung deutlich werden – »Neue Musik von 68? Das soll ich mir kaufen?«

Ideale, oder?

Das ist natürlich ein Argument, aber wir können ja nach der Vorstellung etwas trinken gehn und uns unterhalten, und das Bier ist sicher nicht von 1968. In der Künstlerkneipe sitzen wir mit zwei »Violinen« und reden über Straßenmusik und Krautrock und über das inszenierte Chaos im Quartett für 6.

»Chaos – ja, da bin ich voll drauf. Das Stück ist nur ein Rumwühlen im Chaos, so wie es damals war, ich hab alles kaputt gehaun. In der Komposition ist durch die Präzision zwar viel Mathematik drin, viel Mathematik, (das bezieht sich auf die Form, ohne Mathematik kann man nicht komponieren) und auch Philosophie (Fluxus), aber dann hab ich es kaputt gehaun. Ich hab ein halbes Jahr an dem Stück gemacht, das war in Kalifornien, es war Sommer, Sonne, und ein Kolibri kam immer durchs Fenster rein, der hat mir das Stück kaputt gemacht,« was heißt, Klaus hat sich ablenken lassen, und das war ihm wohl auch recht so. »Die Californischen Nächte waren das Chaos, darum ging das. ... und die Zwölftongeschichte mache ich so, du spielst vier von unten oder sieben von oben, da fehlen noch fünf ... oder ich laß sie zusammenlaufen ...«, weitere Fragen dürfte der nebenstehende Partiturausriß erklären.

Klaus erinnert sich, »Als ich 1970 mit der Straßenmusik anfing, und ein halbes Jahr in Knast kam, schrieb mir meine Elektronik-Lehrerin Pauline Oliveros, ich hätte die Kultur verraten. Sie war der Meinung, daß Kultur und Politik sich nicht vermischen lassen, und wir hätten die Kultur zu verändern,« – wenngleich er sich 30 Jahr lang in diesem Sinne als Kulturverräter betätigt hat, sieht man ihm bei der Erinnerung die Ratlosigkeit an – »Als sie uns später besuchen kam, haben wir uns wieder vertragen, sie war ganz anders drauf, sie hat z.B. Karten gelegt und die politischen Ereignisse vom Spielen auf der Straße bis zum Gefängnis tarotmäßig erklärt.«

Wie, weiß ich nicht mehr, kamen wir dann auf andere Musiker zu sprechen, die zur Alternativkultur gehören und eine vergleichbar unabhängige Existenz führen. »Mit Manni Neumeier von Guru Guru oder Christian Burchard von Embryo würde ich gerne einmal spielen, aber ich weiß nicht, ob die mich nicht akzeptieren, oder woran das liegt, daß es nicht klappt.« ... diese Bemerkung, deren Bedeutung mir erst nicht aufging, beschäftigte mich einige Zeit, bis ich darauf kam, daß es den andern Musikern ja ähnlich geht, z.B. bei Rio fiel mir diese eigenartige Isolation auf, die auch durch einen All-Stars-Auftritt am Schluß der Veranstaltung nicht gemildert wurde. Wären es lauter Kommerztypen, könnte ich verstehn, wie Klaus nach einer Studioaufnahme für BAP über das leere Gerede bei einem teuren Drink an der Hotelbar klagt, aber den authentischen Krautrock zeichnet ja grade aus, und zwar ganz im Gegensatz zum angloamerikanischen Rock, daß er sich von dem Hippieideal wildromantischer, linker Kommunezeiten nie emanzipieren konnte. Nirgends ist Underground so underground geblieben wie in Deutschland, und dennoch hat die Isolation sie/uns mit den Jahren ereilt, uns, die wir so gläubig für eine neue, emanzipierte menschliche Gemeinschaft eingetreten sind. (Christian Burchards globale Dauertour z.B. hat sicher viel mit Alleinsein zu tun, und trotzdem kommt er mit seiner Band, wenn wir ihn rufen.)

Zum Schluß gingen wir in den hinteren Saal der Kneipe, wo die arrivierten Künstler der Domstadt den Geburtstag einer der Ihren feierten, ich kann nur sagen: rauschend! berauschend wäre zu wenig, mehrere gut gekleidete Kellner bedienten die geladenen Gäste, die Musik war ausgesucht, kann man in Köln ja gar nicht anders erwarten, vom Buffet war auch noch was übrig – die Gelegenheit für Leute wie mich, die sonst immer zu spät oder zu kurz kommen. Die Geburtstags-wie sage ich das? -Prinzessin trug ein wenigstens fußlanges, rotes Samtkleid, es saß wie angegossen, ich hatte das Vergnügen, da sie mir beim Tanzen auf den Fuß trat, sie in der Hüfte einwenig aufzufangen und war so überrascht von der Weichheit wahrscheinlich des Stoffs, oder? daß ich Schuldgefühle bekam wie ein Dieb, der aber statt Geld Zärtlichkeiten stiehlt, doch sie entschuldigte sich noch – Nun bin ich ganz durcheinander, ob nicht diese elegante, geschmackvolle Künstlerwelt der gefühlsrohen, unausgegorenen Straßenkultur vorzuziehen ist, zumal dort auch nicht so ein Darben ist, die Existenz immer auf der Kippe, nie richtig ernst genommen werden und sich nur auspowern. Oder?●

Die neue CD »Klaus d. Geiger« gibts bei selbigem für 30,– [illegible] Porto, Mainzerstr. 27, D-50678 Köln

VERBRAUCHERGENOSSENSCHAFTEN OST

Widersprüchlichkeit als Konzept

– Der »Konsum« im Spagat von Auflösung, Anpassung und Expansion

Der dieses Jahr neu gegründete Gesamtverband Deutscher Konsumgenossenschaften (GDK), Berlin, will seine Mitglieder national und international vertreten. Sie sollen sich im rauhen Klima von Preiskrieg und Globalisierung behaupten. Ziel ist es, die Existenz der angeschlossenen Unternehmen zu sichern und dafür sorgen, dass die Kerngedanken der Genossenschaft – Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung – fortbestehen. Der GDK vereint 119 Mitgliedsunternehmen mit knapp einer Million Einzelmitgliedern. Darunter befinden sich noch 22 aktive ostdeutsche Konsumgenossenschaften. Von diesen ist mit 150 Jahren die Konsumgenossenschaft Sachsen-Nord die älteste in Deutschland.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Seit Ende Juni dieses Jahres gibt es mit dem *Gesamtverband Deutscher Konsumgenossenschaften* (GDK) mit Sitz in Berlin eine einheitliche Interessenvertretung aller Verbrauchergenossenschaften. Gründungsmitglieder sind der ostdeutsche *Konsumverband Berlin* sowie der westdeutsche *Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften Hamburg*. Sie arbeiten unter einem Dach, bleiben aber eigenständig. Zusammen erzielen die Genossenschaften beider Verbände einen Einzelhandelsumsatz von 4,2 Milliarden DM. Die 51 Konsumgenossenschaften im engeren Sinne betreiben 1.299 Läden und beschäftigen 17.300 Mitarbeiter.

Als Hauptgründe für die späte Vereinigung betonen die Verbandsvertreter, die unterschiedlichen Probleme und Strukturen in West und Ost. Da im Einigungsvertrag vieles »vergessen« wurde, gab es komplizierte Eigentumsfragen. Der Wandel der Rahmenbedingungen von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft stürzte die meisten ostdeutschen Konsumgenossenschaften in eine Existenzkrise, die in zahlreiche Liquidationen und Pleiten mündete. 1989 existierten in der DDR noch 198 Konsumgenossenschaften mit 30.000 Geschäften, 6.000 Gaststätten und 50 Industriebetrieben sowie 4,6 Millionen Mitglieder. Heute gibt es in Ostdeutschland noch 22 aktive Konsumgenossenschaften, die einen Jahresumsatz von 1,3 Mrd. Mark erwirtschaften. Hinzu kommen noch zwei Hotels und drei Produktionsunternehmen.

Wurzeln in Eilenburg

Am 12. Juli des Jahres 2000 feierte die *Konsumgenossenschaft Sachsen-Nord eG* Jubiläum. Genau vor 150 Jahren war der Gründungstag der Lebensmittel-Association zu Eilenburg, ein Gebiet, das heute im Einzugsbereich der Genossenschaft liegt. In Eilenburg liegen die Wurzeln der konsumgenossenschaftlichen Bewegung deutschlandweit. Dem Anlaß entsprechend ließ die Konsumgenossenschaft am Gründungstag auf einer Festveranstaltung in Eilenburg die gesamte Bandbreite der Entwicklung der konsumgenossenschaftlichen Bewegung Revue passieren.

Ein Laden der ältesten Konsumgenossenschaft in Deutschland aus dem Jahr 1930

Heute zählt die Konsumgenossenschaft Sachsen-Nord eG rund 22.000 Mitglieder. In den Regionen Wurzen, Torgau und Eilenburg besitzt das Unternehmen einen Marktanteil von 15 Prozent. Bei dem harten Verdrängungswettbewerb auf den Lebensmittelmarkt ein stolzes Ergebnis. Der »Konsum« beschäftigt gegenwärtig 278 Arbeitnehmer und stellt 29 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Damit gehört die Genossenschaft zu den großen Arbeitgebern der Region.

Besonders ältere Bürger aus Torgau, Wurzen und Eilenburg schätzen es, dass der Konsum noch 55 Läden und Märkte auf dem Lande betreibt. Der Kleinste befindet sich in Bockwitz. 1999 realisierten alle Läden zusammen einen Umsatz von 73 Millionen DM. Arbeit für die Region schafft die Konsumgenossenschaft Sachsen-Nord eG auch, indem sie allein 1999 zwölf Läden und Märkte modernisierte. Die Aufträge dazu werden ausschließlich an regionale Handwerker und Ausrüstungsfirmen vergeben. Im Jahr 2001 sollen elf Läden und Märkte ein neues »Outfit« erhalten. Eingeplant sind dafür 1,4 Millionen DM. Ziel der Genossenschaft bleibt es, ihre Verkaufsstellen in der Nähe der Mitglieder und Kunden zu halten.

Aufwärtstrend in Altenburg

Nach jahrelangem Krisenszenarium können mittlerweile auch die 35.522 Mitglieder der Konsumgenossenschaft (KG) Altenburg und Umgebung aufatmen. 1999 war für ihr Unternehmen ein gutes Geschäftsjahr, da ein Gewinn von rund 600.000 DM erzielt werden konnte. Damit zeichnet sich eine Konsolidierung der Genossenschaft ab. Entsprechend wurde das Geschäftsguthaben der Mitglieder von rund einer halben Million Mark erstmals mit 3,5 Prozent verzinst. Aufgrund ihrer wirtschaftlich verbesserten Situation investierte die Genossenschaft im zurückliegenden Jahr, ohne die Aufnahme von Krediten rund 1,1 Millionen DM. Mit dem Geld wurden mehrere Gebäude des Unternehmens saniert. Im neuen Geschäftsjahr sollen in ausgewählten konsumeigenen Immobilien weitere zwei Millionen Mark investiert werden. Etwa 20 Prozent davon wird mit Eigenmitteln finanziert. Der Rest haben ist durch eine langfristig gesicherte Fremdfinanzierung abgedeckt.

Neben der schrittweisen Sanierung der konsumeigenen Gebäude bemüht sich die Genossenschaft auch darum, Immobilien zu verkaufen. Bei den sechs veräußerten Objekten handelt es sich vor allem um leerstehende Gebäude. Die Erlöse werden zur Entschuldung verwendet. Bei den übrigen Immobilien versucht die Konsumgenossenschaft, eine längerfristige Nutzung zu sichern. Immerhin hat sie im Altenburger Land 19 und im Raum Borna und Geithain 18 eigene Objekte. Derzeit laufen Verhandlungen, auch in Borna, Bad Lausick und Kitzscher, die Grundstücke der dort ansässigen Geschäftsstellen zu erwerben. Als Folge ihres Geschäftszweiges – Vermietung und Verpachtung von Immobilien – konnte die Genossenschaft im Geschäftsjahr einen Gewinn von rund 276.000 Mark abrechnen.

Immobiliengeschäft in Berlin

Der Wandel der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend eG ist extrem. Ursprünglich war sie Teil des defizitären DDR-Handelsriesen Konsum. Heute stellt sich die Genossenschaft als Immobilienunternehmen dar. Dabei sah es 1990 noch so aus, als ob der Konsum Berlin mit seinen Supermärkten (»Kaufhallen«) und Geschäften, über 14.000 Mitarbeitern und einem Umsatz von drei Mrd. DM die Marktwirtschaft nicht überlebt. Zwei Drittel des Umsatzes und damit der Erträge gingen kurzfristig verloren. Die Probleme in Einkauf und Logistik waren durch zentrale Organisation und staatliche Lenkung hausgemacht. Zwar orientierte sich das Unternehmen nach der Wende wirtschaftlich und juristisch als eingetragene Genossenschaft neu. Doch die Schwierigkeiten für ihre 1.000 Filialen, darunter 66 Kaufhallen, verschärfte sich durch die kurzzeitige Übernahme des bankrotten Westberliner Traditionsunternehmens Bolle.

Relativ schnell trennte sich der Berliner Konsum von seinen Bolle-Anteilen durch Verkauf an die Asco. Bei der Genossenschaft blieb jedoch Ernst Vatter aus der Bolle-Geschäftsführung, der seine Erfahrungen im Finanzmanagement in das Ostberliner Unternehmen einbrachte. Heute Vorstandsvorsitzender der Genossenschaft organisierte er dessen Ausstieg aus allen Handelsaktivitäten. Statt dessen wurde ins Immobiliengeschäft investiert. Entstanden sind Großprojekte wie das Allende Shopping Center für 41 Mio. DM im Berliner Bezirk Köpenick, 60 modernisierte oder neu gebaute Märkte, etwa 200 Wohnungen und 190 Shops. Durch langfristig abgeschlossene Mietverträge über zehn bis zwanzig Jahre mit so großen Filialisten wie extra, Plus, netto, Lidl und Rossman sichert der Konsum die Zukunft seiner »Kaufhallen«.

Heute erzielt das Unternehmen im sechsten Jahr in Folge schwarze Zahlen und konnte ebenfalls zum sechsten Mal eine Dividende von sechs Prozent ausschütten. Beschäftigt werden nur noch 175 Mitarbeiter. Der Gewinn im Jahr 1999 betrug 3,3 Mio. DM. Fast schon wie Ironie wirkt es, wenn zum 100. Geburtstags der Konsumgenossenschaften in Deutschland ein erster eigener geschlossener Immobilienfonds für über 28 Mio. DM plaziert wird, der an das Einkaufs- und Dienstleistungszentrum Taut-Passage im Berliner Bezirk Köpenick gekoppelt ist. Die 4.844 qm Nutzfläche, davon 690 qm Bürofläche, sind vollvermietet. Die Genossenschaft selbst übernahm die Generalanmietung des kompletten Objekts für die Dauer von zwanzig Jahren. Für die Zukunft ist eine weitere Umstrukturierung vorgesehen. Weil sich am Markt für Einzelhandelsimmobilien eine Übersättigung abzeichnet, sind als neues Geschäftsfeld altersgerechte Wohnimmobilien geplant.

Demokratie in Weimar

Einen gewissen Vorzeigecharakter hat der Konsum Weimar: Sie ist die einzige Konsumgenossenschaft, deren Vertreter Aufsichtsrat und Vorstand direkt wählen. Die neue Vertreterversammlung wurde Ende diese Jahres wieder neu bestimmt. Insgesamt 50 Vertreter und zehn Nachrükker wählte die 7.856 Mitglieder zählende Genossenschaft entsprechend ihrer Statuten. Jeder Fünfte von ihnen ist neu im Genossenschaftsparlament. Ihnen präsentierte Vorstand und Aufsichtsrat die beste Bilanz der Unternehmensgeschichte. In die vergangenen fünf Jahre fallen der Bau eines Handelshauses sowie zwei neuer Geschäfte. Weitere Läden sollen aus 1B- in 1A-Lagen umziehen. Die Genossenschaft verfügt derzeit über Vermögenswerte von 21 Millionen Mark, denen Verbindlichkeiten von zehn Millionen gegenüber stehen. Allein die Bankkredite wurden seit 1996 von 14 auf sieben Millionen Mark reduziert. Bemerkenswert auch die Anteilsentwicklung: 1996 hielt jedes Mitglied durchschnittlich 1,23 Anteile (58,52 Mark), 1999 waren es 2,18 Anteile (98,60 Mark) und zur Generalversammlung dieses Jahres waren es 126,67 Mark je Mitglied. Hat Demokratie und Mitgliederengagement vielleicht doch etwas miteinander zu tun?●

Heute präsentiert sich der Consum-Verein Eilenburg unter dem Dach der Konsumgenossenschaft Sachsen Nord eG, die ihr 150-jähriges Jubiläum feierte

WORKSHOP TAK AÖ

Alternative Ökonomie im 21. Jahrhundert Konsequenzen aus der UNEP-Studie »Global Environment Outlook – GEO 2000« – Workshop vom 2. - 4. März 2001 in der Akademie Frankenwarte

»Die Industrieländer müssen ihren Rohstoffverbrauch um 90 Prozent senken« – das ist eine Forderung, die sich aus der UNEP-Studie »Globale Umwelt Aussichten – GEO 2000« zwingend ergibt. (UNEP ist das Umweltprogramm der Vereinten Nationen mit Sitz in Nairobi). Die Forderung ist zwingend, weil »der exzessive Verbrauch einer reichen Minderheit und die anhaltende Armut der Mehrheit der Weltbevölkerung die Hauptgründe für Umweltzerstörung sind.«

Was hier von dem reichen Fünftel der Menschheit verlangt wird, das etwa vier Fünftel aller Ressourcen verbraucht, ist für Problembewusste nicht neu: Die Agenda 21 nach der UN-Konferenz über »Umwelt und Entwicklung« in Rio 92 und die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« des Wuppertal Instituts haben bereits ähnliches aufgezeigt. Trotzdem machte GEO 2000 die Adressaten – vor allem Politik und Wissenschaft – derart ratlos, dass sofort Verdrängung einsetzte.

Der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie TAK AÖ und die Akademie Frankenwarte wollen »GEO 2000« als Anstoß zum Nachdenken nutzen und laden deshalb zu diesem Workshop ein. Nach einer Darstellung der UNEP-Studie durch Dr. Stefan Summerer vom Umweltbundesamt und von beispielhaften neueren Ansätze in der »Alternativen Ökonomie« durch Dr. Christa Müller von der »anstiftung ggmbh« haben die Workshop-Teilnehmenden die Gelegenheit, sich der Problemsituation zu stellen, statt sie zu verdrängen.

Gefragt wird, welche Kontrapunkte sich zu den einfallslosen wirtschaftspolitischen Konzepten des »Weiter so!« setzen lassen und welche Themen dazu gehören: Regionalisierung? Wiederherstellen von Nahstrukturen? Entwicklung einer antikonsumistischen Lebenskultur? Wohlergehen statt aufwendigem Lebensstandard? Konkrete Experimente, die gesellschaftliche Anerkennung und Unterstützung finden? – Was könnten Ansätze und Ausgangspunkte zur Weiterentwicklung der alternativen Ökonomie sein, die ins 21. Jahrhundert passt? Und wird dadurch eine durchhaltbare Entwicklung (sustainable development) im Norden vorangebracht?

Programm und Anmeldebedingungen sind erhältlich von: Thea Momper, Akademie Frankenwarte, Tel. (09 31) 804 64 33, Fax 804 64 44
E-mail: Thea.Momper@fes.de

WESTDEUTSCHE KONSUMGENOSSENSCHAFT

Überlebenskampf in Wildemann

Dagegen hatte sich die Konsumgenossenschaft in Wildemann ein weiteres Mal mit einem Hilferuf an die Öffentlichkeit gewandt. Der Einkaufsmarkt am Bohlweg kämpft erneut ums Überleben. In einem Faltblatt werden Einwohner und Gäste aufgerufen: »Unterstützen Sie den Konsum.« Die Idee zu dem Faltblatt entstand auf einer Sitzung von Vorstand und Aufsichtsrat im Juni 2000. Die Situation des Einkaufsmarktes mit Tante-Emma-Flair zeigt sich seit Jahren als sehr schwierig. Die Einschätzung der Führungsgremien klingt pessimistisch. Sie sehen kaum Chancen, den Kampf gegen die Supermärkte im Umfeld zu gewinnen, so daß sich die Frage nach dem Erhalt des Konsums immer wieder stellen wird.

Neben der Konkurrenz im Umland erklärt sich der Umsatzrückgang der Vergangenheit auch mit dem Rückgang der Einwohnerschaft um mehr als 300 Personen in den vergangenen drei bis vier Jahren und einer gleichzeitigen Verringerung von auswärtigen Gästen im Ort. So schloss die Bilanz 1999 mit einem Minus von 7.000 DM. In den Jahren zuvor war schon einmal ein Fehlbedarf von 40.000 DM aufgelaufen. Sorgen bereitet den Verantwortlichen, dass bereits alle Einsparmöglichkeiten ausgeschöpft wurden. Gegenwärtig arbeiten in dem Laden zwei festangestellte Vollzeitkräfte. Sie werden von einer Halbtagskraft und zwei Mitarbeitern auf 630-Mark-Basis unterstützt. Eine Verkäuferin wurde nach dem Einschnitt 1998 entlassen. Zudem wird die alltägliche Buchhaltung nicht mehr an ein Steuerberaterbüro gegeben, um Kosten zu sparen.

Zur Gewinnerzielung müssten mehr Waren verkauft werden. Mit einem neuen Faltblatt will die Geschäftsführung die Bevölkerung dazu »motivieren«. Die Chancen hierfür sind nicht schlecht. Stellt doch die Schließung des Ladens für alle, die nicht mobil sind, einen großen Verlust dar. Für den Ort wäre die Schließung ein starker Einschnitt: Immerhin gibt es den einen Konsum in Wildemann seit 1878. Nach Schätzungen der Beschäftigten kaufen pro Tag 150 bis 200 Kunden im Konsum ein. Die Einkaufskörbe sind allerdings bei weitem nicht so voll, wie in den großen Märkten im Umland. Die Genossenschaft verfügt gegenwärtig noch über 248 Mitglieder – auf dem Papier. Von einigen ist nicht einmal die Anschrift bekannt. Als überlebenswichtig erweist sich eine hohe Anzahl von Mitgliedern für die Genossenschaft allerdings nicht. Schließlich belaufen sich die Einlagen pro »Genossen« nur auf 50 DM.●

Burghard Flieger

Shamrock und Davidstern

»Irland hat, sagt man, die Ehre, das einzige Land zu sein, das niemals die Juden verfolgt hat. Wussten sie das? Nein. Und wissen Sie, warum? ... Weil es sie nie hereingelassen hat, sagte Mr. Deasy feierlich.« Nur der letzte Satz dieses Zitats aus dem Ulysees von James Joyce entspricht der Wahrheit. »Unsere Praxis ging dahin, jeden spürbaren Anstieg der jüdischen Bevölkerung im Vorfeld zu verhindern«; erklärte der langjährige irische Justizminister Roche in einem Interview nach dem 2. Weltkrieg. Tatsächlich hofften verfolgte Juden – von der Zeit der zaristischen Pogrome Ende des 19. Jahrhunderts bis zu Hitler meist vergeblich, in Irland Schutz vor den zunehmenden Verfolgungen zu finden. Denn auch dort hatte sich der Antisemitismus zu dieser Zeit längst etabliert und die wenigen Juden in Irland waren vor ihm nicht sicher.

Es ist dem *Unrast-Verlag* in Münster zu verdanken, zu diesem bisher kaum beachteten Aspekt ein Buch mit dem Titel *Das jüdische Irland* herausgegeben zu haben. In Essays, Gedichten und Photographien wird die Geschichte des jüdischen Lebens in Irland nachgezeichnet. Der Literaturwissenschaftler *Wolfgang Wicht* analysiert am Beispiel der Zeitung *United Irishman* und dessen Kollumnisten *Arthur Griffith* »den Ausbruch des Antisemitismus innerhalb der Sinn-Fein-Nationalismus«. Christlicher Antijudaismus vermischte sich mit antisemitischen Stereotypen der völkischen Bewegung. »Die drei bösen Einflüsse sind der Pirat (der Engländer), der Freimaurer und der Jude.« Doch bei der Propaganda sollte es nicht bleiben. In Limerick organisierten katholische Fundamentalisten und irische Nationalisten 1904 ein regelrechtes Pogrom. Das Ereignis, bei dem es zwar keine Toten, immerhin aber Schwerverletzte gab, ging in die Geschichte ein. Der Hass auf Engländer und Juden führte bei den irischen Nationalisten zu offener Kollaboration mit den Nazis. Zu diesen Hitler-Verehrern gehörte der inzwischen verstorbene Schriftsteller *Fancis Stuart*, der bis 1945 in Deutschland für den NS-Propagandaapparat tätig war. Kurz vor seinem Tod Ende der neunziger Jahre macht Stuart noch einmal Schlagzeilen, als er in einem Interview erklärte: »Der Jude war stets der Wurm, der in die Rose kroch und sie krank machte.«

Auch der irische Gesandte in Berlin, Bewley, gehörte zu den Nazibewunderern und erklärten Antisemiten. Nachdem er von der irischen Regierung seines Postens entbunden wurde, blieb Bewley im Dritten Reich und sagte vor dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal für Göring aus. Diplomaten wie Bewley waren dafür verantwortlich, dass es vielen verfolgten Juden aus ganz Europa nur in letzter Minute oder überhaupt nicht gelang, sich vor den Nazis auf die grüne Insel zu retten, wie *Hermann Raasche* in seinem Essay *Familie Klaar flieht aus Wien* exemplarisch darstellt.

Ein anderer Beitrag widmet sich dem absurden, aber in Irland eine Weile lang ernsthaft geführten literaturwissenschaftlichen Streit darüber, ob *Leopold Bloom*, die Hauptgestalt von *James Joyces* »Ulysees« wirklich jüdischer Herkunft ist. Als Vertreter der kleinen *Jüdischen Gemeinde Irlands* wird der Schriftsteller *David Marcus* interviewt. »Ich bin durch und durch Jude – ich bin durch und durch Ire«, erklärt er selbstbewusst.

Mehr als eine Annäherung an die bisher kaum erforschte Thematik kann das Buch nicht leisten. Das aber ist der auch optisch ansprechenden Anthologie auf jeden Fall gelungen.●

Peter Nowak

Aus: Allgemeine Jüdische Wochenzeitung 23/2000

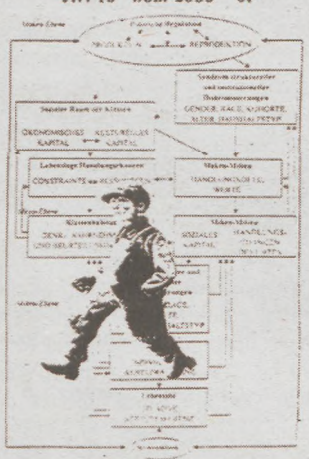
Hans-Christian Oeser, Jörg Rademacher, Ralf Sotscheck (Hrsg.): Das jüdische Irland, Irland Almanach #2, Unrast-Verlag Münster 2000, 240 S., ISBN 3-89771-198-2, 29,80 DM.

Anzeige

Der Männerrundbrief Nr.15 ist raus! Dezember 2000

Mit dem Schwerpunkt **„Soziale Herkunft und Männlichkeit"**, hierzu u.a. Artikel zu Geschlecht und Klasse, Klassensozialisation, „*Den* Mann gibt es nicht".
Ausserdem Buchrezensionen, „Was ist linksradikal", Interview mit Katzenstreik,...
6 DM, ab 5 Exe 4 DM pro Ex, im Abo 5 DM

Männerrundbrief
Nr. 15 Dez. 2000 6.-



Schwerpunkt:
Soziale Herkunft und Männlichkeit

MRB, c/o IL Bankrott, Dahlweg 64, 48153 Münster
e-mail: MaennerRB@aol.com

Wir sind die Guten

Der Antisemitismus in der Linken rückt zunehmend ins Blickfeld von autonomen AntifaschistInnen. Leider gelingt es den AutorInnen von »Wir sind die Guten« nur zum Teil, über das autonome Stereotyp der eigenen Betroffenheit als Annäherung an das Thema hinauszugehen. Eine Ausnahme ist z.T. das Kapitel von *Frank Lohscheller*, der NS-Ideologeme in der Erziehung bis heute nachzuweisen versucht.

Insgesamt wird der subjektive Blick erst im Kontext der beiden Teile von *Tobias Ebbrecht* und der *Gruppe Demontage*. Ebbrecht versucht in antifaschistischen Debatten antisemitische Fragmente zu entdecken und wird vor allem in der Kapitalismuskritik fündig. Die unreflektierte Übernahme einer Ästhetik mit strukturell antisemitischem Inhalt wirft Ebbrecht auch dem AIB mit dem Titelbild der Nr. 37 vor.

Die *Gruppe Demontage* beschreibt in ihrem spannenden Beitrag ihre Erfahrungen, Antisemitismus in der radikalen Linken enttabuisieren zu wollen und wie sie mit dem Versuch eines »Produktiven Streits« scheitert. Besonders hier wird klar, dass die Diskussion erst am Anfang steht. Die Collage über »die radikale Linke, Israel und Palästina« liest sich dann als subjektibes Geschichtsbuch mit der Anregung, Ursachen für das Tabu zu suchen, nicht über Antisemitismus reden zu wollen.

Trotz der fehlenden genauen Analyse ist das Buch empfehlenswert, weil es exemplarisch darstellt, wie defizitär es mit der Auseinandersetzung um Antisemitismus vor allem auch innerhalb der autonomen Antifa bestellt ist.●

Aus: Antifaschsitisches Infoblatt Berlin

Willi Bischof, Irit Neidhardt: Wir sind die Guten. Antisemitismus in der radikalen Linken. 188 S., Unrast-Verlg., Münster, ISBN 3-89771-400-0 26.80 DM

Lohnende Verbrechen

»Verbrechen, die sich lohnen« heißt die neueste anläßlich der Frankfurter Buchmesse vom Diogenes Verlag herausgegebene Zeitschrift *Tintenfass*. Auf reichlich ausgetretenen Pfaden werden hier praktisch sämtliche der zu Recht ziemlich erfolgreichen Kriminalautoren des Verlages, von der bereits verstorbenen *Patricia Highsmith* über die höchst Lebendigen wie *Ingrid Noll* oder *Donna Leon*, wiederverwertet. Unverblümt kommt einem die klassische Mordgeschichte entgegen, an der sich vor allem zwei Dinge lohnen: die Honorare der AutorInnen und die Erlöse des Verlages. Aber ist es deswegen schon ein lohnendes Verbrechen, in handlicher und preiswerter Form, das sei zugegeben, den wievielten Aufguß von StarautorInnen unter einem nicht nachvollziehbaren Titel, denn die Belohnung in den Geschichten erschließt sich auch bei erheblicher krimineller Energie selten, »überforderten Intellektuellen« (Untertitel des Tintenfass) nachzuwerfen?

Dass es sich bei einer klassischen Kriminalgeschichte eigentlich um einen simplen Plott handelt, nämlich diesem, dass eine aus den Fugen geratene abgeschlossene Welt durch vornehmlich DetektivIn/PolizistIn wieder ins Lot gebracht wird und dieser Vorgang als psychische Sublimierung von Wünschen und Frustrationen der LeserInnen verstanden werden kann, davon geht auch ein gänzlich unterschiedliches Buch über Bankraub aus. Neben einer erklecklichen Anzahl von Beispielen des Bankraubes finden ich in *»Vabanque«* sehr unterschiedliche Ansätze zu Theorie und Praxis von Banküberfällen. Wie es sich für linke Verlage gehört, darf auch der Klassenaspekt nicht fehlen, allgemein dürfte der Ansatz jedoch im weitesten Sinne einer Spontisoziologie zuzuordnen sein. Allerdings ist den AutorInnen auch hier anzumerken, dass sie sich in lustvollen Gedankenspielen gewälzt haben, somit ohne moralische Komponente des klassischen Kriminalromans so etwas wie subversiven Tagträumereien nachgegangen sind. Aus diesem Kontext bricht nur ein Autor heraus, nämlich *Klaus Viehmann*, der selbst wegen angeblicher Beteiligung an einem Bankraub der *Bewegung 2. Juni* vor Gericht gestanden hat. Seine profunden Kenntnisse in »Handwerk hat goldenen Boden – reale Technik und ein fiktiver Raub« kommen im Gegensatz zu anderen Beiträgen ohne irgendeine Fußnote über Quellen aus. Erfahrung spricht, wo andere imaginieren. In »Notgroschen der Revolution« bedauert er denn ein bisschen, dass Bankraub »als linker Gelderwerb ausgedient« hat und von Lohnarbeit, Erbschaften, Stiftungen und Staatsgeld abgelöst worden ist. »Eine Linke, die geklautes Geld nutzt, hat sich eine andere Haltung als eine, die sich unbedingt legal finanziert«.

Aber auch wer mit dem Viehmannschen Postulat etwas überfordert ist, wird einen Befreiungsschub für ihre bzw. seine verschüttete kriminelle Energie, die im bürgerlichen Rechtsstaat psychohygienisch ungesund unterdrückt wird, durch die Geschichten von *Ronald Biggs und Co.* fühlen.●

Aus Tatblatt +154

Tintenfass – Das Magazin für den überforderten Intellektuellen. Nr. 24: Verbrechen, die sich lohnen. Diogenes Verlag, 258 Seiten.
Klaus Schönberger (Hg): Vabanque – Bankraub. Theorie. Praxis. Geschichte.
VLA-Schwarze Risse-Rote Strasse, 324 Seiten.

Fairer Handel im Saarland und Rheinland-Pfalz

Das Problem taucht immer wieder auf. Interesse am »Fairen Handel« aber keine Adresse einer Anlaufstelle zur Hand. Jetzt hat die AKTION 3.WELT Saar eine kleine Broschüre zum Thema »Fairer Handel im Saarland« erstellt. Neben den Adressen von Weltläden findet sich auch eine kurze Darstellung des »Fairen Handels«. Diese neue Broschüre wurde Anfang Dezember durch den Saarbrükker Stadtverbandspräsident *Michael Burkert* und *Gertrud Selzer* von der AKTION 3.WELT Saar vorgestellt.

Einhaltung sozialer Mindeststandards, keine Kinderarbeit, umweltgerechte Produktion, keine gentechnisch veränderte Lebensmittel ... dies sind nur einige der Kriterien, die im »Fairen Handel« erfüllt werden. Dabei geht es nicht um Almosen oder Spenden, sondern um gerechtere Preise. Dies wird erreicht durch die Ausschaltung des gewinnträchtigen Zwischenhandels, durch Vorfinanzierung und Preise für die Erzeuger/innen, die über dem normalen Weltmarktpreis liegen. Mit den Mehreinnahmen werden soziale und politische Projekte – z.B. Aufbau von Kreditfonds für Frauen oder Landbesetzungen von brachliegendem Großgrundbesitz – unterstützt. Damit Trittbrettfahrer keine Chance haben, geben die Weltläden Einblick, woher und zu welchen Bedingungen sie ihre Waren beziehen. Um Transparenz zu gewährleisten, unterziehen sich auch die Produzenten/innen einer regelmäßigen Kontrolle.

Als besonderen Service enthält die Broschüre noch einige Adressen aus Rheinland-Pfalz. Sie ist in allen aufgeführten Weltläden erhältlich und wird bei Veranstaltungen der AKTION 3.WELT Saar (ca. 120 im Jahr) verteilt. Sie richtet sich an Privatpersonen, Vereine, Schulen, Kirchengemeinden. Einzelexemplare werden kostenlos gegen Porto abgegeben; bei größeren Mengen werden 0,30DM/Ex. sowie Porto erbeten. Die Erstellung wurde unterstützt von der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Aktion Selbstbesteuerung, Stuttgart.●

Sascha Zenk

Bestellungen über: AKTION 3.WELT Saar, Weiskirchener Str. 24, D-66679 Losheim am See, Telefon (0 68 72) 99 30 56 oder per e-mail: a3wsaar@t-online.de

Comic: Mabuse

Und er brach sein eisiges Schweigen... Mabuse is back! Der Ahnherr aller Superschurken kehrt zurück ans Licht der Öffentlichkeit und er scheint vitaler als je zuvor. Gegen ihn wirken Blofeld, Lex Luthor, Magneto oder Dr. Evil wie Weicheier, denn er hat die Menschheit schon mit seinen Verbrechen bedroht als diese – durchaus »honorigen« – Bösewichte noch nicht mal wussten, wie man das Wort »böse« buchstabiert.

Erfunden wurde das charismatische Verbrechergenie 1921 von dem Reiseschriftsteller *Norbert Jacques*. Bereits ein Jahr später erschien der Film »Dr. Mabuse, der Spieler« (Regie: *Fritz Lang*), der auf dem gleichnamigen Erfolgsroman von Jacques basierte. 1932/33 ließ Lang »Das Testament des Dr. Mabuse« folgen, das – laut Aussage des Regisseurs – eine allegorische Warnung vor dem *Hitler-Faschismus* darstellen sollte. Auch wenn man dies als späte Selbstrechtfertigung Langs deuten kann, hatte er doch zuvor mit »Die Nibelungen« und »Metropolis« Filme gedreht, die politisch zumindest als »naiv« eingestuft werden können (diplomatisch ausgedrückt), so bleibt doch die Tatsache bestehen, dass *Goebbels* das »Testament« sogleich verbieten ließ und Lang in die USA emigrierte. Hier drehte er Streifen, mit denen er künstlerisch nicht mehr an seine expressiven, deutschen Meisterwerke heranreichen konnte. 1960 drehte Lang – wieder in Deutschland – seinen letzten Film: »Die 1.000 Augen des Dr. Mabuse«. Dieser war Auftakt für eine ganze Reihe Mabuse-Filme, von denen zumindest die ersten beiden (»Im Stahlnetz des Dr. Mabuse« und »Die unsichtbaren Krallen des Dr. Mabuse«) überzeugen konnten.

Nun also die furiose Rückkehr des Dr. M., die erstaunlicherweise nicht im Film, sondern im Comic stattfindet: Der Independant-Verlag *Zwerchfell und Carlsen* lassen in Kooperation den Doktor wiederauferstehen. In 6 Folgen im Heftformat streckt Mabuse seine dunklen Krallen aus, um erneut die Weltherrschaft an sich zu reißen. Im Mittelpunkt steht – wie zu Fritz Langs Zeiten – Staatsanwalt Lohmann, diesmal allerdings der Enkel des Film-Lohmanns, denn die Comic-Reihe spielt im Jahre 1998. Heft 1 beginnt in einem Atomkraftwerk, wo ein unter Hypnose stehender Lakai des Doktors beinahe einen Super-GAU verursacht. Aber auch der Altnazi Otto Keller, der sein Dasein im südamerikanischen Dschungel fristet, steht unter dem Bann Mabuses und wird im weiteren Verlauf der Geschichte noch eine wichtige Rolle spielen. Und dann ist da ja noch ein ICE, der auf einen kleinen Ort in Niedersachsen zurast... Darüber, ob die Einfügung des Zugunglücks von Eschede in die Storyline geschmacklos sei oder nicht, mag man geteilter Meinung sein – die Geschichte von *Isabel Kreitz* und *Eckart Breitschuh* ist davon abgesehen äußerst spannend und atmosphärisch dicht geschrieben. Was die Zeichnungen betrifft, so hätte eine Publikation in Albumform vielleicht doch Vorteile gebracht (Auch wenn Kreitz und die Zwerchfell-Leute dies nicht gerne hören), denn eine gewisse – zeitlich bedingte? – Flüchtigkeit im grafischen Bereich sind den Heften schon anzumerken. Dennoch ist das Projekt Top und eine angemessene Plattform für die neuen Schandtaten des finsteren Doktors!●

Jörg Petersen

Mabuse 1-6, Text: Isabel Kreitz, Eckart Breitschuh, Zeichnungen: Isabel Kreitz, Stefan Dinter, jeweils 36 Seiten, schwarz/weiß, 7,90 DM, Carlsen/Zwerchfell

Steuertipps auf CD-ROM

Drei neue Steuererklärungsprogramme gibt es von der Firma Lexware. Mit »Quicksteuer 20001« ist es ArbeitnehmerInnen möglich, die lediglich Standardangaben zu machen haben, ihre Steuererklärung innerhalb von zwei Stunden zu erledigen.

»Quicksteuer Deluxe 2001« hat darüber hinaus alle notwendigen Funktionen für Freiberufler, Selbstständige und kleine Unternehmen, wie zum Beispiel Gewerbe-, Umsatzsteuer, Einnahmen-Überschuss-Rechnung mit den entsprechenden amtlichen Formularen. Hilfreiche Videos vermitteln Steuerinhalte. Im Preis enthalten ist der Buchbestseller »1.000 ganz legale Steuertricks« von Franz Konz auf CD-ROM. Neu im Vergleich zur Vorgängerversion ist unter anderem ein »Steuerstratege«, der die Auswirkungen der Steuerreform bis zum Jahr 2005 berechnet.

Dieselben Verbesserungen gibt es auch bei »Taxmann 2000«, dem Programm für alle, deren Steuererklärung etwas umfangreicher ausfällt: Es bietet Möglichkeiten der Finanzbuchhaltung und der Steuer-Terminverwaltung. Tricks und Kniffe sind im beiliegenden Steuerhandbuch (Buch und CD-ROM) verständlich erklärt.

Die Programme kosten laut Hersteller: Quicksteuer 30 DM, Quicksteuer DeLuxe 70 DM, Taxmann 78 DM. Alle Programme sind von der Steuer absetzbar.●

dp

Infos bei: Lexware GmbH & Co. KG, Jechtinger Str. 8, D-79111 Freiburg, Tel. (0800) 539 92 73

Eros und Thalasso

Gloria Kadoré ist so schön gestorben, wie sie zu Lebzeiten gewesen war. Kein Wunder, dass sich Kommissar Maurice Less besonders für die Aufklärung des Falls engagiert. Während der Recherchen macht er Bekanntschaft mit Glorias ungestümer Schwester, ihrem verschwiegenen Sohn, dem misstrauischen Ex-Geliebten und schließlich mit der mysteriösen Vergangenheit der politisch engegierten Frau. Die Fährte führt den farbenblinden Kommissar immer weiter weg vom Mord aus Leidenschaft und hin zu brisanten politischen Verstrickungen. Doch warum hatte man die Schöne ausgerechnet im Thalasso-Institut zu Granville ihres Lebens beraubt? Bei Massagestunden und Algenbädern erfährt Maurice Less mehr über die Kur mit Spätfolgen.

Die Autorin *Chantal Pelletier*, Psychologin und Journalistin, hat bereits einige Romane, Kurzgeschichten, Humoresken und drei Kriminalromane verfasst. Zudem arbeitet sie als Drehbuchautorin und Texterin für Film und Fernsehen. *Eros et Thalasso* ist zuerst im Jahre 1998 bei Gallimard erschienen.●

dp

Eros und Thalasso. Chantal Pelletier – aus dem Französischen von Eliane Hagedorn und Barbara Reitz, Deutsche Erstausgabe, 196 Seiten, Taschenbuch, 18 DM, DistelLiteraturVerlag, ISBN 3-923208-46-4

Anzeige

...wenn Ideen nötig sind, die an die Wurzeln gehen

Die graswurzelrevolution informiert jeden Monat über:
- widerstand gegen staat und krieg
- ökologie, die über umweltschutz hinausgeht
- antirassismus und antisexismus
- aktualität und geschichte des gewaltfreien anarchismus
- transnationalismus
- bücher
- concert for anarchy

u.v.m.

--> **Sonderhefte und Bücher:** Bitte Informationen anfordern

Jahresabo 40 DM (10 Ausgaben) • **Schnupperabo** 10 DM (3 Ausgaben nur gegen Vorkasse) • **WiederverkäuferInnenrabatt**

GWR • Straßburger Str. 24 • D-10405 Berlin • Fax 030/442 81 85
www.comlink.de/graswurzel

graswurzelrevolution
für eine gewaltfreie, herrschaftslose gesellschaft

JOBSUCHE

Bauingenieur (30) sucht unterstützenswerte Projekte und vernünftige Leute, die ihn brauchen können.
Uli Epple, Lohgasse 1,
D-88142 Wasserburg/Bodensee

Druckvorlagenhersteller sucht Umschulungsmöglichkeit für die digitale Druckvorstufe, da die üblichen Arbeitsamtskurse mir nicht weiterhelfen. Ich bin 49J. und ABM-Berechtigt.
Chiffre: Lust auf lernen

PROJEKTE

Kneipe/Restaurant auf Veganer-Basis zu gründen gesucht. Im Raum MG/Düren. Mitstreiter gesucht und Finanziers.
☎(0 21 66) 55 38 90

Kneipenkollektiv gesucht: Altern. Projekt (Tagungshaus, selbstverw. Betriebe, pol. Initiativen), i. d. Nähe v. Bremen, sucht Kollektiv als Pächter für Cafe/Restaurant.
☎(0 42 31) 95 74 44

Die ultimative Holzaction.
Im Wendland
Alles was mit Holz zu tun hat.
Ein Fest für die Sinne und die Materie.
Wärme und Kälte.
Natur und Technik.
Frischluft und Abgas.
Leise und Laut.
Destruktiv und Konstruktiv.
Holz in allen Variationen.
Als Baum, Meterstück, Kantholz, Brett, Span.
Kostenlose Teilnahme an unserem Workshop. Es gibt sogar noch Essen, Trinken und Bett dazu. Im Januar, in der letzten Woche, vom **21.1. bis zum 30.1.2001**
Bald anmelden, es stehen nur beschränkt Plätze zur Verfügung.
Meuchefitz, ☎(0 58 41) 59 77
www.meuchefitz.de

Kommune (10 Ki + Erw.), Nähe Ostsee, sucht HandwerkerIn zur Erweiterung der Tischlerei, Gemeinschaftsleben, kulturell er bis polit. Alltagsgestaltung!
Gemeinschaftshof Olgashof, Haus 1, D-23966 Ogashof

hallo, wir suchen noch frauen, die mit uns zusammenleben wollen.
Schaut dochmal auf unsere homepage www.meuchefitz.de

Urlaubsvertretungen gesucht:
für April und Mai.
Drei von uns wollen einen längeren Segeltörn machen. In allen Bereichen wird Hilfe gesucht. Schau mal auf unsere website www.meuchefitz.de

INTERNETADRESSE

Auf unserer Website könnt Ihr zu vielen Projekten surfen und andere Medienprojekte besuchen. Unsere Link-Liste wird paralell zur Herstellung der BUNTEN SEITEN 2001 laufend erweitert und aktualisiert. Auch die komplette Ausgabe 1 und demnächst auch Nr. 2 aus dem Jahr 1984 ist dort auf unserer Archiv-Seite zu finden:
www.contraste.org
Seit August 1999 gibt es eine Kommune-Homepage mit Selbstdarstellungen, Angeboten und Gesuchen:
www.contraste.org/kommunen

MEDIENLINKS

Auf unsere Homepage verweisen wir auch auf fast 100 weitere deutschsprachige Zeitschriftenprojekte:
www.contraste.org

JOBS

Wir suchen
eine Fachfrau/einen Fachmann als Abteilungsleiter/In für unsere digitale Druckvorstufe. Fundierte Kenntnisse in den gängigen MAC-Anwendungen, DOS-Programmen, sowie MacOS/Windows NT-Kenntnisse setzen wir voraus. Schön wäre es, wenn die/derjenige auch noch Erfahrungen aus kollektiven Arbeitsverhältnissen mitbrächte.
Wir sind
eine kollektiv geführte Offsetdruckerei. Zur Zeit arbeiten bei uns 13 Menschen. Unsere technische Ausstattung besteht aus 2 Vierfarbdruckmaschinen im Format 36x52cm und 72x102cm und einer kompletten digitalen Druckvorstufe mit vier MAC-Arbeitsplätzen, Scanner, Plotter, Signastation und Signasetter zur Belichtung fertig ausgeschossener Druckbögen bis zum Format 70 x 100 cm. In der Vorstufe arbeiten im Moment 4 MitarbeiterInnen und 1 Lehrling. Unsere Betriebsräume befinden sich in einer kleinen Gemeinde etwa 40 km südlich von München im Voralpenland.
Wir wünschen uns
jemanden, die/der sich zutraut, die Abteilung Druckvorstufe selbständig und eigenverantwortlich zu leiten und zu organisieren. Da wir wissen, dass dies einen hohen Grad an Identifikation mit dem Betrieb voraussetzt, sind wir für jede Form der Mitarbeit offen. Wer Interesse hat, die/der soll sich melden bei:
Ulenspiegel Druck & Verlag GmbH,
Besengassl 4, D-82346 Andechs

Wir suchen **Bäckerin** und **Gärtnerin** mit Lust auf Direktvermarktung für unsere Bioland-Hofgemeinschaft: derzeit 14 Menschen, Landwirtschaft, Tierhaltung, Backstube, Gemüsebau...
Hast du Lust, gleichberechtigt mit uns zu leben und zu arbeiten?
Lindenhof, Presseweg 6, D-38170 Eilum (nahe Braunschweig)
☎(0 53 32) 35 47

DER RABE RALF
Die unabhängige Umweltzeitung aus Berlin
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin
☎ 030 / 44 33 91-0
Abo 20 DM/Hj., Probenummer gratis

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung
11. Jahrgang, Nr. 44, November 2000, 224 S.
Neue Rechte
Butterwegge – Erklärungsmodell für Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt / Wiegel – Verordneter Antifaschismus? / Werner – Zweifel am „ostdeutschen" Rechtsextremismus
PDS-Programmdiskussion
Deppe – Anmerkungen zur PDS-Programmdebatte / Klein – Die Linke und die Moderne / Adler – Streit um Begriffe / Heuer – In welcher Epoche leben wir? / Bischoff, Nick, Steinitz – Moderner Kapitalismus und Strategie der sozialistischen Linken
Und: Tesch – Non-Profit-Organisationen im Wohnungswesen / Janssen – Stalinstadt/Eisenhüttenstadt: Meilenstein der europäischen Stadtentwicklung / Wolfswinkler – Marxistische Staatstheorie im Postfordismus / Laitko – Die späten Chemiestudien von Karl Marx / Wahsner – Bemerkungen zu einer Theorie der Dialektik
Berichte: Berliner Institut für Kritische Theorie; Marxismus und sozialistische Programmatik; Halb-Zeit rot-grün; MEGA-Konferenz; Gewerkschaftslinke
Rezensionen: Marxismus: Kofler, HKWM; Hayek; Faschismus ... und Geschichte; DDR-Rückblicke
Z Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Vers.); im Abo: 60 ; Auslandsabo 70,- (4 Hefte/Jahr incl. Vers). Probeheft: 10,- incl. Vers. Bezug: üb. Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: **Z-Vertrieb:** Postfach 500 936, 60397 Frankfurt / M.-Tel./Fax 069 / 53 05 44 06

SoZ ★
Die SoZ – Sozialistische Zeitung bringt alle 14 Tage Berichte und Analysen zum täglichen kapitalistischen Irrsinn.
Kostenlose Probeausgabe bestellen!
SoZ-Verlag, Dasselstr. 75–77, D-50674 Köln
Fax 9 23 11 97 · E-Mail <soz@link-lev.de>
Webside <www.soz-plus.de>

anti atom aktuell
Zeitung für die sofortige Stillegung aller Atomanlagen
anti atom aktuell
kostet im Jahresabo 60 DM
im Förderabo gerne auch 120 DM
zum Schnuppern gibts ein
kostenloses Probeexemplar
Monat für Monat neu:
8 Fotos
8 Berichte
8 Argumente
8 Hintergründe
Bestellen:
anti atom aktuell
Helgenstockstr. 15
35 394 Gießen
www.anti-atom-aktuell.de
Tel & Fax: 0 64 1 - 49 13 90
aaa-Vertrieb@Amazonas.comlink.apc.org

Der Ratgeber im politischen und praktischen Umgang mit Repression. Jetzt völlig neu überarbeitet!
durch die Wüste
AutorInnenkollektiv (Hrsg.)
EIN ANTIREPRESSIONS-HANDBUCH FÜR DIE POLITISCHE PRAXIS
240 Seiten, 12 DM
Unrast Verlag
ISBN 3-89771-404-3
In jedem Buch- und Infoladen oder direkt beim Unrast Verlag
Postfach 8020, 48043 Münster
Telefon 0251/666293
Fax 0251/666120
E-mail: unrast-verlag@gmx.de
ab 5 Ex. 30% Rabatt für WiederverkäuferInnen
UNRAST

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **10 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **40 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Lesen und lesen lassen
Wer nur abwartet, kommt keinen Schritt weiter. Mit einer Zeitungspende helfen Sie Gefangenen auf dem Weg aus der Kriminalität. Bitte spenden Sie deshalb ein Abonnement von »Contraste« zum Preis von halbjährlich DM 40,- bzw. jährlich DM 80,- oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an:
Freiabonnements für Gefangene e.V., Kennwort: »Contratse«
Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00,
Konto 30 85 400
Telefon/Fax 030-6112189
E-Mail: freiabos@bln.de
Zeitungen für Gefangene
Marc Mendelson, Foto: Dietmar Bührer

nadir infoSystem
betreibt im *worldwideweb* ein *informationssystem* zu *linker politik* und *sozialen bewegungen*
web: http://www.nadir.org/ mail: nadir@mail.nadir.org post: Brigittenstr. 5, 20359 HH
AKTUELL Meldungen und Hintergründe
PERIODIKA Elektronische Kopien von Zeitschriften
ARCHIV linke Theorie und Praxis aus Geschichte und Gegenwart
INITIATIV Selbstdarstellungen und Informationen von Gruppen und Projekten
NETZ Verweise auf weitere linke Infos, Archive, Kontakte etc. im web
Unser Konto für die allzeit willkommenen Spenden: Postbank HH, (200 100 20), Kto-Nr. 797 156 207

Antifaschistischer Taschenkalender 2001
Die Themen
- Diskussion: ...und wo die Antifa geblieben ist
- Die Formierung der Neonazis
- Faschismus & Rassismus in Südamerika
- Gespräch: Bremer Anti-Rassismus-Büro
- Buchbesprechungen, Rechtshilfeinfos, Adressen von Antifas, Infoläden, EA's, aus dem Blätterwald, und und und ...

Neben den typischen Servicefunktionen eines guten und übersichtlichen Kalenders bietet der Antifa-Kalender 2001 wieder eine Reihe von Texten, die sich mit Geschichte und Gegenwart antifaschistischer Bewegung auseinandersetzen.
256 Seiten, 12 DM, ISBN 3-89771-701-8
In jedem Buch- und Infoladen, oder bei uns:
***UNRAST* Verlag**
Postfach 8020 – 48043 Münster
Tel (0251) 666293 — Fax 666120
E-Mail: unrast-verlag@gmx.de

Der Antifa-Kalender geht in das elfte Jahr seines Erscheinens und immer noch ist er auch auf Eure aktive Solidarität beim Vertrieb angewiesen.
Deshalb organisiert Sammelbestellungen, Büchertische und Veranstaltungsverkauf, damit dieses Symbol des antifaschistischen Widerstands überall erhältlich ist.
WiederverkäuferInnen erhalten selbstverständlich die üblichen Rabatte:
ab 5 Ex. 30 %, ab 50 Ex. 35 %, ab 100 Ex. 40 %

IMPRESSUM

CONTRASTE
Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte und Fotos per E-Mail, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zweimal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Görlitzer Str. 16, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; 10961 Berlin, Redaktion Berlin, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@aol.com; 18569 Gingst/Westrügen, Redaktion Rügen/MV, Andreas Küstermann, Teschvitz 3a, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; 22763 Hamburg, Redaktion Hamburg, Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hkgw@vossnet.de, Internet: http://www.web-line.com/bs/contraste; 23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland, Volker Nadolni, Janusstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net, 28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland, Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; 37085 Göttingen, Redaktion Göttingen, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; 49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; 51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 583 890, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: ina@link-lev.de; 60316 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, netz Hessen, Uwe Weppler, Egenolffstr. 5a, ☎ (069) 131 04 07, Fax 131 04 08, E-Mail: netz-hessen@nikocity.de; Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 E-Mail: a3wsaar@t-online.de und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; 69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; 69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: Stefan-Riedel@gmx.de; 71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: p.streiff@link-n.cl.sub.de; 90411 Nürnberg, Redaktion Franken, Stefan Braig, Christian-Wildner-Str. 64, ☎ (0911) 510 60 77, Fax 93 42 00 41 52, E-Mail: r.schaefer@odn.de; Portugal: Kurt Regenauer, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, Internet: www.suedschiene.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; Jugendumweltbewegung: 27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch, Peter von Rüden, Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79, E-Mail: p.rueden@link-n.cl.sub.de; Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 10829 Berlin, Detlef Bansamir, Katzlerstr. 16, E-Mail: Detlef-Bansamir@gmx.de; Information & Kommunikation, 73525 Schwäbisch Gmünd, Karl Dietz, KOMM! Redaktion, Rechbergstr. 39, ☎(07171) 18 18 77, E-Mail: dietz@koma.free.de, Internet: http://komm.ffii.org; Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: projektwerkstatt@apg.wwbnet.de

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 5/98
Herstellung:
Zündsatz GbR, Pleikartsförsterstr. 19, 69124 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders! Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 15 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 2.-4.2.2001
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagunghaus@t-online.de
www.contraste.org/kommunen

KOMMUNIKAKTION

Ein Prozess zum multikulturellen und zwischenmenschlichen Miteinander
Sie kennen folgende Situation: Sie erwarten etwas von anderen Personen, ohne auszusprechen, was Sie erwarten, und Sie fühlen sich enttäuscht, wenn Ihren Erwartungen bzw. Ihren Wünschen nicht entsprochen wird. Oder aber: Sie äußern Ihr Anliegen; trotzdem wird es von ihrem Gegenüber nicht erfüllt, und Sie sind frustriert oder wütend. Die Methode der gewaltfreien Kommunikation ermöglicht:

- die Situation genau zu beobachten und zu beschreiben;
- die Gefühle (die eigenen und die der anderen) wahrzunehmen und entsprechend auszudrücken;
- Interessen und Bedürfnisse zu erkennen und zu benennen um anschließend *konkrete, erfüllbare Handlungsvorschläge* anzuregen, die zur Konfliktbewältigung beitragen können.

Termin: 23.-25.3.2001, Niederkaufungen
Information und Anmeldung:
Arbeit und Leben Rheinland-Pfalz, Walpodenstr. 10, D-55116 Mainz
☎(0 61 31) 140 86 30

NETZ

Veränderungen erfolgreich gestalten
Organisationen befinden sich in einem ständigen Wandel, deren Geschwindigkeit immer mehr zunimmt. Die Frage ist: was soll bleiben und was sollte verändert werden? Veränderungen schaffen nicht nur Begeisterung, sondern auch Angst und Unsicherheit.
In diesem Seminar geht es um den Umgang mit Veränderungsprozessen auf der beruflichen Alltagsebene in Gruppen, Abteilungen und bei inneren Abläufen. Es werden Hilfestellungen gegeben, um mehr Sicherheit zu bekommen, aber auch um Know-how zur internen Bearbeitung sowie zu Vorgehensweisen zu entwickeln.
Termin: 17.-19.2.2001, München
Kosten: 470 DM (teuer!, die Red.)
Information & Anmeldung:
Netz, Schildstr. 12-19, D-28203 Bremen
☎(04 21) 794 90 44
Fax: 794 90 46
E-Mail: netz@aries.de
www.aries.de/netz

MEDIEN

Einführung in die Online-Recherche Suchmaschinen und Online-Datenbanken
Sie finden die Informationen im Web unübersichtlich? Zu viel »Informations-Geröll«? Hilfsmittel der Online-Recherche wie die Suchmaschinen muss man verstehen, um ihnen gezielt Informationen entlocken zu können. Wie finde ich die richtigen Suchworte? Wie kann ich sie verknüpfen und meine Suche einschränken? Welche Online-Datenbanken gibt es überhaupt, und wie finde ich die richtige für mein Thema? Recherchen in Bücher-, Zeitungs- und Zeitschriftendatenbanken runden dieses Praxis-Seminar ab.
Termin: 14. bis 15.2.2001

Die eigene Homepage mit HTML
Hyper Text Markup Language (HTML) heißt die Sprache zum Gestalten der Homepage. Wie zeichnet man Text aus, wie bindet man ein Foto ein, wie setzt man Hyperlinks und »Anker« in den Text? Warum braucht man eine »Tabelle«, um Text zweispaltig zu gestalten, und was bringt der Einsatz von Rahmen (Frames)? Sie lernen das Handwerkszeug für professionelles Web-Design, worauf Sie beim Layout von Web-Seiten achten sollten und wie Sie Ihr Web-Angebot strukturieren.
Termin: 8.-9.2.2001

Von der Meldung zum Kommentar
Vom Aufbau eines journalistischen Beitrages hängt es zunächst einmal ab, ob er gelesen wird. Jedes Thema, jede Information kann man auf verschiedene Weise darstellen. Wie formuliere ich Texte für Terminhinweise, Berichte von Veranstaltungen, wie einen Beitrag für die Tagespresse? Unser Praxis-Seminar führt in die informierenden und kommentierenden Stilformen ein.
Termin: 17. bis 19.1.2001

Web-Design bewerten und entwickeln Vom Konzept zur Realisierung mit Frontpage
Die eigene Webpräsenz ist die Visitenkarte der Firma im Internet. Sie muss zur Außendarstellung (CI) passen und inhaltlich gut gegliedert sein, sonst bleiben die Online-Besucher weg. Am ersten Tag bewerten Sie bestehende Web-Angebote im Internet und erarbeiten Regeln für gutes Design. An den beiden weiteren Tagen lernen Sie mit Frontpage einzelne Web-Seiten anzulegen (Formatierungen, Bilder, Farben, Tabellen, Links) und komplette Web-Angebote zu konzipieren und zu gestalten.
Termin: 5.-7.2.2001

Pressearbeit 1: Pressemitteilung und Presseverteiler
Ihr Ziel: in den redaktionellen Teil der Medien zu kommen, mit Ihren Stellungnahmen, Aktionen, Vorschlägen, Personalien. Ihre Ansprechpartner: Redakteure in den Medien, die Ihre Pressearbeit in Zeitungen und Zeitschriften aufnehmen und daraus eigene Beiträge machen. Wie formuliert, wie gestaltet man eine Pressemitteilung? Wie baut man einen funktionierenden Presseverteiler auf?
Termin: 15. bis 16.1.2001

Fürs Hören schreiben Damit Radiotexte beim Hörer ankommen
Wer hört wie Radio? Was sollen Radionachrichten leisten? Wie kann man sie verpfuschen, wie optimieren? Schreiben für den Hörfunk heißt für Print-Journalisten: umdenken. Radionachrichten sind eine gnadenlose Nagelprobe für sprachliche Sorgfalt. Praktische Übungen mit garantierten Aha-Erlebnissen im Radiostudio bei LORA München beschließen das Seminar.
Termin: 16.-18.2.2001
Information & Anmeldung:
Journalistenakademie
Fax (0 89) 13 14 06
E-Mail: info@journalistenakademie.de
www.journalistenakademie.de

REGIONALENTWICKLUNG

Mehrteiliger Fortbildungskurs
Die Akademie der Katholischen Landjugend führt zum achten mal eine mehrteilige berufliche Qualifizierung für Beratungskräfte in der Regionalentwicklung durch. Die Fortbildung befähigt dazu, beteiligungsorientierte Planungsprozesse zu strukturieren und zielgerichtet zu steuern. Die TeilnehmerInnen erlernen kommunale wie regionale Entwicklungsstrategien mit den Beteiligten umzusetzen und einzelne Projekte in der Produktentwicklung und Markteinführung zu unterstützen.
Der Kurs wird im Zeitraum Februar 2001 bis März 2002 durchgeführt. Er setzt sich aus fünf Blöcken zusammen und schließt mit dem Zertifikat Regionalberater/Regionalmanager ab.
Information & Anmeldung:
Akademie der Katholischen Landjugend, Drachenfelsstr. 23, D-53604 Bad Honnef
☎(0 22 24) 94 65 40, Fax 94 65 44
E-Mail: akademie@kljb.org
http://akademie.kljb.org

WENDLAND

Sommercamp 2001
findet dieses Jahr vom 28.7. bis 5.8.2001 statt! Liebe Orgas! Bitte legt Eure revolutionären, feministischen, antirassistischen und antifaschistischen Camps in einen anderen Zeitraum, so dass wir alle zu allen Camps fahren können! Infos gibt's auch unter www.sommercamp-im-wendland.de.
Wollt ihr weitere Infos für Eure Stadt, auch zum Verteilen, meldet Euch bei uns! Schönen Winter!

BIOFACH 2001

Mehr als 1.600 Aussteller und ca. 18.000 Fachbesucher erwartet die Bio Fach 2001, die vom 15. bis 18. Februar 2001 wieder im Nürnberger Messezentrum stattfinden wird.
Info: Nürnberger Messe GmbH, Messezentrum, D-90471 Nürnberg
☎(09 11) 8 60 60, Fax 860 62 28
E-Mail: info@biofach.de
www.biofach.de

RADIKAL REISEN

Peru
Staats-Terror
Offiziell gilt der Terrorismus des *Sendero Luminoso* in Peru seit 1996 als beendet, in einigen Provinzen der Region Ayacucho wurde der 17 Jahre dauernde Ausnahmezustand aber erst im Februar dieses Jahres aufgehoben, da die – illegetime – Regierung das Phantom des »Terrorismus« zur Erhaltung ihres Machtapparates benötigt. Wer immer sich gegen das Regime wendet, muss mit staatlicher Verfolgung und Überwachung rechnen. Trotz alledem gibt es besonders in Lima und im Süden Perus Gruppen junger Menschen, die sich offen gegen das Regime stellen und den Mut haben, über Politik und Gesellschaftsentwürfe zu diskutieren, von denen sie eigentlich nicht einmal träumen dürften. Mit ihnen werden Treffen und Diskussionen stattfinden.
Termin: 5. bis 15.8.2001
Kosten: 1.600 DM

USA – New York
We the people – Rassismen einer Einwanderungsgesellschaft
New York ist bekannt als »melting pot« einer Einwanderungsgesellschaft, in der jeder sprichwörtlich vom Tellerwäscher zum Millionär werden könne. Zugleich sind die USA seit jeher durchzogen von Rassenkonflikten. Aktuell werden weitere ökonomisch motivierte Ausgrenzungsprozesse vorangetrieben, die nicht rassisch bestimmt sind, aber in den Strukturen klassischer Rassismen funktionieren. Sie richten sich gegen sozial schwache, un(aus)gebildete, sich nicht konform verhaltende, schlecht verwertbare und darum unerwünschte Menschen. Wir wollen in New York erkunden, wie es um diese alten und neuen gesellschaftlichen und staatlichen Rassismen in den USA bestellt ist.
Termin: 6. bis 19.8.2000
Kosten: 1.200 DM

Finnland
Sozialstaatsabbau! Mehr als nur Rentiere und Seen
Im Zentrum der Reise soll die Auseinandersetzung um die Zukunft und Transformation des Sozialstaats stehen. Skandinavien galt lange Zeit als Vorreiter sozialdemokratischer wohlfahrtsstaatlicher Politik. Doch auch dort wird der Sozialstaat gerade Stück für Stück abgebaut. Neben einem mit unserer Partnerorganisation Left Youth Finland gemeinsam gestalteten politischen Programm werden auch finnische Vergnügungen – Saunen, Rentiere anschauen, mit Handys telefonieren usw. – nicht zu kurz kommen.
Termin: 20. bis 27.8.2001
Kosten: ca. 700 DM
Kosten: 1.200 DM
Information & Anmeldung:
JungdemokratInnen / Junge Linke, Pappelallee 9, D-10437 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 66
E-Mail: jdjlbgs@aol.com

REISEPAVILLION

Auf die sanfte Tour
Der Reisepavillion, die größte und bundesweit einzigartige Messe für alternatives und sozialverträgliches Reisen, wird nach zehn erfolgreichen Veranstaltungen in Hannover vom **19. bis 21. Januar 2001** seine Premiere in Heidelberg feiern.
Das mittlerweile mit vielen Preisen ausgezeichnete Forum für nachhaltigen Tourismus möchte mit dem Standortwechsel in diesem Jahr seinen eigenen Horizont erweitern, sein Angebot vergrößern und weitere Zielgruppen im süddeutschen Raum erreichen.
In Heidelberg, Umwelthauptstadt 1997 und seit 1996 beliebter Umweltmessen-Standort, wird der Reisepavillion mit über 100 Ausstellern im schönen Ambiente der Stadthalle anschauliche Informationen zu umwelt- und sozialverantwortlichen Reisen bieten. Ein üppiges Rahmenprogramm mit Vorträgen, Ausstellungen, musikalischen Darbietungen und kulinarischen Köstlichkeiten machen den Messebummel zu einem Erlebnis. Dia- und Videovorträge sprechen sowohl die reizvollen, als auch die problematischen Aspekte des Reisens an, machen aber auch Lust auf Urlaub.
Der Reisepavillion wird auch in Heidelberg seinem Anspruch, kritisches Forum in Sachen Reisen zu sein, gerecht werden. Aussteller, Touristiker, Freizeitforscher und Reisejournalisten suchen den Kontakt zu Naturschützern, Politikern und qualitätsbewussten Verbrauchern, um die Kriterien für sanftes Reisen offenzulegen und neu zu prüfen. Das Thema Ecolabeling im Tourismus wird Diskussionsschwerpunkt in Workshops und Gesprächsrunden sein.
Info: Heuer & Wolf Verlag und Umweltmessen GmbH, Hostackerweg 21, D-69198 Schriesheim
☎(0 62 20) 65 52, Fax 91 10 23
www.umweltdirekt.de

JUNGE LINKE

Wie kommen die Leute eigentlich auf den Scheiß? Lektürenseminar über notwendig falsches Bewusstsein
Warum wenden sich die Menschen in einer Zeit, in der die eklatanten Auswirkungen des Kapitalismus immer offensichtlicher werden, nicht einer emanzipatorischen Alternative zu? Warum suchen sie statt dessen Sündenböcke, fordern eine autoritäre Politik, wählen – wie in Österreich – FaschistInnen in die Regierung, hetzen gegen AusländerInnen, Jüdinnen und Juden, suchen ihr Heil in Religion oder der Kulturindustrie? Kurz: Wie schlägt sich falsches Bewusstsein in den Köpfen der Menschen nieder?
Termin: 12.-14.1.2001, Warstein

Antifas are no aliens!
Try a contact and learn: Was ist und wo steht die Antifa? Was für Arbeit machen AntifaschistInnen? Wie schützt sich die Antifa vor dem Staat oder ist der Staat antifaschistisch?
An diesem Wochenende, von und für die Antifa, bekommt ihr Antworten und könnt weitere Fragen stellen. In cooler Atmosphäre in Arbeitsgruppen oder Vorträgen oder im persönlichen Austausch mit anderen unheimlich netten Menschen.
Termin: 12.-14.1.2001, Moers
Information & Anmeldung:
jungdemokratInnen/junge linke, Kieler Str. 29c, D-42107 Wuppertal
☎(02 02) 493 83 54, Fax 45 11 23
www.jungdemokratinnen.de

Nationalsozialismus und Vergangenheitsbewältigung
Seit der sogenannten Wiedervereinigung tritt Deutschland selbstsicherer auf in der Welt und setzt seine Großmachtansprüche mittlerweile auch militärisch ins Werk. Dabei spielt die Berufung auf »die Verbrechen, die im Namen Deutschlands geschehen sind« eine wichtige Rolle. Heutzutage fühlt sich Deutschland ermächtigt, Krieg zu führen, gerade wegen Auschwitz. Gerade weil »wir« aus »unserer« Vergangenheit gelernt haben, sind »wir« in dert Pflicht, überall auf der Welt dafür zu sorgen, dass Auschwitz sich nicht wiederhole, nichts ähnliches geschehe.

Worin die Ähnlichkeit zwischen den NS-Vernichtungslagern und serbischen Konzentrationslagern oder zwischen der NS-Herrschaft und dem ex-realsozialistischen und inzwischen bürgerlichen Staat Jugoslawien eigentlich bestehen, weiß keiner so recht auf den Begriff zu bringen. Das ist auch kein Wunder, denn selbst in den Zeiten demonstrativer Zurückhaltung ob der deutschen Vergangenheit, war es nur einer verschwindenden Minderheit von Deutschen, darum zu tun, sich den Nationalsozialismus zu erklären.

Der und seine Konsequenzen für Nachkriegsdeutschland waren vielmehr etwas, das bewältigt werden musste. Um wieder als souverän anerkannt zu werden, musste das westliche Nachkriegsdeutschland sich dem Zwang der Alliierten zur Entnazifizierung fügen und sein Volk auf Demokratie trimmen. Dass Faschismus kein erfolgreiches Programm war, konnten die Deutschen anhand der Niederlage ganz gut beobachten, und mit der verordneten Demokratie samt Marshallplan fuhr man gar nicht so schlecht.

Westdeutschland wurde antikommunistisches Bollwerk, war aber als Rechtsnachfolger des Reiches immer wieder mit dem Verweis auf Kriegsschuld und Judenmord konfrontiert. Der diente zumal den Alliierten und Israel als moralische Waffe in der Staatenkonkurrenz, und so bemühte sich die BRD zu beweisen, dass ihr Volk aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt habe.

Die Weise, wie intern mit der Nazi-Vergangenheit aufgeräumt wurde, wandelte sich mit der Rolle, welche die BRD in der Staatenkonkurrenz spielte. Das anfängliche Schweigen über die »dunklen zwölf Jahre« wurde abgelöst durch das demütige Eingeständnis deutscher »Schuld«, später dann »Scham«. Die inszenierte Betroffenheit und redselige Einfühlung in die »Opfer« ist noch nicht passé, doch das Schlusskapitel bildet vorerst, nachdem das Vaterland wieder heil und souverän ist, die Restschuldzahlung von ein paar tausend Mark an ehemalige Zwangsarbeiter und die Selbstermächtigung Deutschlands als moralisch integre Schutzmacht ausgesuchter Opfer dieser Welt.
Termin: 12. bis 14.1.2001
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 04 29, D-30424 Hannover
☎(05 11) 838 62 26
E-Mail: info@junge-linke.de
www.junge-linke.de

»GRÜNES GELD«

Ökologie ohne Markt!
mit Besuch, Diskussionen und Aktionen auf der »Grünes-Geld«-Messe. Kritische Auseinandersetzung mit ökoneoliberalen Instrumenten, Schwerpunkt ethische Geldanlagen, Ökobanken, Ökoinvestment und -fonds. Ökologische und selbstbestimmte Wirtschaftsformen jenseits von Profit und Vermarktung. Teil des Seminares ist der Besuch der »Grünes-Geld«-Messe im Rahmen der »Grünen Woche«.
Termin: 25.-27.1.2001 in Berlin
Info: Institut fuer Ökologie, Fachbereich Wirtschaft & Politik
☎(0 64 01) 90 32 83
http://go.to/umwelt

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 10 DM in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 10 DM mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg